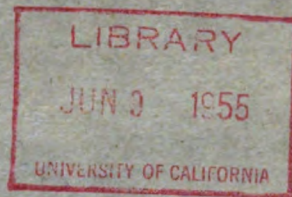


P
v.7.1-6



Die Kommunistische Internationale

1926 / HEFT 1

1,50 MARK

AUS DEM INHALT

Brief des ZK der KP der Sowjetunion an alle Sektionen der KI

*Die internationale Lage und die Perspektiven des Klassenkampfes 1926

A. Martynow: Das neue Agrarprogramm der österreichischen Sozialdemokratie / I. Sorge: Die Stellung der KPD zur Einheitsfronttaktik

G. Smoljanski: Wie wirkte die Stabilisierung auf die Lage der Arbeiterklasse?

VERLAG CARL HOYM NACHFOLGER

DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE

Organ des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Herausgegeben von G. SINOWJEW
Erscheint gleichzeitig in russischer, französischer, englischer und deutscher Sprache. Für die deutsche
Ausgabe verantwortlich PETER GOTTLIEB, HAMBURG. Zuschriften an die Redaktion sind zu richten
an die Adresse des Verlages.

VII. Jahrgang 1926

Heft 1 Januar

(Erscheint verspätet im März)

I N H A L T

	Seite
Brief des ZK der KP der Sowjetunion an alle Sektionen der KI	1
Die internationale Lage und die Perspektiven des Klassenkampfes 1926	5
Bennet: Die englische Unabhängige Arbeiterpartei (ILP) und die einheitliche Internationale	29
A. Martynow: Das neue Agrarprogramm der österreichischen Sozialdemokratie	52
I. Sorge: Die Stellung der KPD zur Einheitsfronttaktik	64
G. Smoljanski: Wie wirkte die Stabilisierung auf die Lage der Arbeiterklasse?	79

P R E I S

Einzelheft	Reichsmark 1,50
Quartal	„ 4,50
Halbjahr mit Register	„ 9,—

Bestellungen sind zu richten an unsere Adresse in Hamburg 36, Stadthausbrücke 13, oder an unsere
Berliner Zweigstelle, Berlin NW 7, Luisenstraße 27-28. Sie werden auch von jeder Buchhandlung und
von den Parteikolporteurs entgegengenommen. Einzahlungen sind zu leisten auf unser Postscheckkonto
Berlin 55547.

VERLAG CARL HOYM NACHF. LOUIS CAHNBLEY
HAMBURG BERLIN

BRIEF DES ZK DER KP DER SOWJETUNION AN ALLE SEKTIONEN DER KI

Moskau, 13. Januar 1926

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion richtet an alle Sektionen der Komintern über die Ergebnisse des 14. Parteitages folgenden Informationsbrief:

Werte Genossen!

Angesichts des besonderen Interesses, das unter den Bruderparteien für die in unserer Partei stattgefundenene Diskussion zu beobachten ist, angesichts dessen, daß das Verhalten der Opposition in der Kommunistischen Partei der Union der Sowjetrepubliken natürlicherweise bei den Proletariern und Kommunisten der ganzen Welt Besorgnis erregt, schließlich angesichts dessen, daß die sozialdemokratische und bürgerliche Presse unsere Diskussion auf jede Weise aufbauscht und systematisch die wahre Sachlage entstellt, hat das ZK der KP der USSR beschlossen, durch die Vermittlung des Exekutivkomitees der Komintern an alle Sektionen der Komintern den folgenden Informationsbrief zu richten.

Die Situation, in der die Meinungsverschiedenheiten in unserer Partei entstanden sind, ergab sich infolge des stürmischen Wachstums der Wirtschaft der Sowjetunion und der außerordentlichen Komplizierung der Aufgaben, vor die sich die KP gestellt sah. Die ausländischen Genossen müssen sich klar vor Augen halten, daß bei uns, unter den Verhältnissen der proletarischen Diktatur, nicht nur die ganze Einstellung zu den tagespolitischen Fragen sich ändert (denn wir üben die eroberte Macht aus zur Verwirklichung des sozialistischen Aufbaues, während die Bruderparteien den revolutionären Machtkampf erst noch zu führen haben), sondern auch alle konkreten Aufgaben äußerst kompliziert werden. Jedes Wort, jeder Beschluß der Partei muß eine Tat bedeuten. Nur so kann und muß eine Partei, die ein siegreiches Proletariat führt, arbeiten.

Ein Jahr des wirtschaftlichen Aufstiegs

Das verflossene Jahr war ein Jahr des großen wirtschaftlichen Aufschwungs. Die industrielle und landwirtschaftliche Produktion erreichte nahezu den Vorkriegsstand. Die sozialistischen Wirtschaftselemente haben sich außerordentlich entwickelt, und ihr spezifisches Gewicht ist gestiegen. Andererseits hat sich der widerspruchsvolle Übergangscharakter unserer Gesellschaft, wo die Mehrzahl der Bevölkerung aus Bauern besteht, unvermeidlich darin geäußert, daß gleichzeitig mit der Entwicklung der sozialistischen Wirtschaftsformen die Elemente des Kapitalismus, insbesondere auf dem Gebiete des Handelskapitals und auf dem Lande in der Form der sogenannten Kulakiwirtschaften, erstarkt sind, wenn auch nicht in gleichem Maße. Die Verstärkung der sozialen Widersprüche im gegenwärtigen Entwicklungsstadium der Verhältnisse, wo im Dorfe eine große Anzahl überschüssiger Bauernhände und in der Stadt Arbeitslosigkeit vorhanden sind, wo es Schichten minderqualifizierter, vorläufig noch schlecht entlohnter Arbeiter,

insbesondere derjenigen, die aus den Dörfern kommen, gibt, stellt vor die Partei die Fragen des konkreten Weges der Entwicklung des Sowjetlandes zum Sozialismus.

Stimmungen der Depression

Die Verzögerung der internationalen Revolution und die verhältnismäßige Stabilisierung des Kapitalismus einerseits, die Zunahme der Klassendifferenzierung innerhalb des Landes andererseits haben in der Partei Depressionsstimmungen hervorgerufen. Diese Stimmungen haben durch eine Anzahl Behauptungen, die von der Opposition aufgestellt und die zum Gegenstand der Meinungsverschiedenheiten wurden, eine gewisse ideologische Verkörperung erfahren.

Sie behandeln die Frage der Möglichkeit des sozialistischen Aufbaues in unserm Lande, trotz der technischen Zurückgebliebenheit unseres Landes. Hierzu gehört auch die Frage der Beurteilung der Neuen Wirtschaftspolitik (ob diese einen ausschließlichen Rückzug oder auch, von einem bestimmten Augenblick an, eine Offensive gegen das Kapital bedeutet), ferner die Frage nach dem Wesen unserer Staatsindustrie (ob diese ihrem Wesen nach sozialistisch ist oder eine Abart des Staatskapitalismus darstellt), schließlich die Frage des Verhältnisses zur Bauernschaft und ihrer verschiedenen Gruppen. Aus diesem großen Problem entspringen mehrere andere, die, jedes für sich, eine große Bedeutung besitzen.

Soll man sich vom Standpunkte des proletarischen Klassenkampfes in der gegenwärtigen Entwicklungsperiode im Dorfe auf die bloße Neutralisierung der Mittelbauernschaft beschränken? Oder ist es in Übereinstimmung mit Lenins Plänen notwendig, eine Politik des festen Bündnisses mit der Mittelbauernschaft, im gemeinsamen Kampfe gegen die kapitalistischen Elemente des Dorfes, wie die Kulaki usw., zu führen? Darf man sich vom Standpunkt des positiven sozialistischen Aufbaus auf die Neutralisierung der Hauptmasse der Bauernschaft beschränken? Oder muß man, wie es Lenin betonte, alle Bemühungen daran setzen, die Mittelbauernschaft durch das Genossenschaftswesen für den sozialistischen Aufbau zu gewinnen? Darf man sich im Kampfe gegen das Kulakitum auf die Organisierung der armen Bauernschaft allein gegen die Kulaki beschränken, oder muß man gleichzeitig unbedingt die Hauptmasse der Bauernschaft, das heißt die Mittelbauernschaft, gewinnen, durch Herstellung des Bündnisses des Proletariats und der Dorfarmut mit der Mittelbauernschaft zur Isolierung der Kulaki usw.?

Selbstverständlich können wir diese Probleme hier nicht genau erläutern und konkretisieren. Wir zählten nur die wichtigsten auf, um die ganze Kompliziertheit der Fragen zu betonen. Wir bitten die Genossen, die sich für diese Fragen interessieren, sie aufs sorgfältigste auf Grund der vorhandenen Dokumente zu studieren. Vor allem sollten unserer Meinung nach die Resolutionen des Parteitag, insbesondere die Resolution zum politischen Bericht des ZK, studiert werden.

Die Beschlüsse des Parteitages

Der Parteitag erkannte, daß

„der Kampf um den Sieg des sozialistischen Aufbaues in der Sowjetunion die Hauptaufgabe unserer Partei ist, und daß unser Land alles Notwendige zum Aufbau der vollkommenen sozialistischen Gesellschaft besitzt“ (Lenin).

Der Parteitag stellte fest:

„die wirtschaftliche Offensive des Proletariats auf der Basis der Neuen Wirtschaftspolitik und die Fortentwicklung der Wirtschaft der Sowjetunion zum Sozialismus“.

Der Parteitag erklärte, daß

„eine der Voraussetzungen der erfolgreichen Lösung der vor der Partei stehenden Aufgaben der Kampf ist gegen den Unglauben an die Sache des Aufbaus des Sozialismus in unserem Lande und die Versuche, unsere Staatsbetriebe, deren Typ Lenin einen konsequent sozialistischen nannte, als staatskapitalistische Betriebe hinzustellen“.

Der Parteitag erklärte, daß

„der Hauptweg des sozialistischen Aufbaus im Dorfe darin besteht, daß man unter der erstarkenden wirtschaftlichen Führung seitens der sozialistischen Staatsindustrie, der staatlichen Kreditinstitute und anderer Kommandohöhen, die sich in den Händen des Proletariats befinden, die Hauptmasse der Bauernschaft zur genossenschaftlichen Organisation heranzieht, die sozialistische Entwicklung dieser Organisation sichert und ihre kapitalistischen Elemente ausnützt, überwindet und verdrängt“.

Der Parteitag hat auf das entschiedenste die „Furcht vor dem Mittelbauer“ verurteilt und erklärt, daß diese Furcht objektiv zur Untergrabung der proletarischen Diktatur führt.

Der Parteitag erläuterte, daß

„der Kampf gegen das Kulakitum sowohl durch die Organisation der Dorfarmut gegen die Kulaki als auch durch die Festigung des Bündnisses des Proletariats und der Dorfarmut mit der Mittelbauernschaft zur Lostrennung der Mittelbauernschaft von den Kulaki und zur Isolierung der letzteren erfolgen soll“.

Der Parteitag hat aufs entschiedenste sowohl die Abweichung verurteilt, die in der Unterschätzung der Kulakigefahr besteht, wie die Abweichung, die die Bedeutung der Gewinnung der Mittelbauernschaft und deren sozialistische Kooperierung verkennt. Der Parteitag hat besonders die Notwendigkeit der Bekämpfung der letzteren Abweichung betont, da die Partei für den unmittelbaren Kampf gegen die Kulaki besser vorbereitet ist, während die mittlere Abweichung auf dem Unverständnis der komplizierten Kampfmethoden beruht und das Bündnis zwischen der Arbeiter- und Bauernschaft, somit die gesamte Aufbauarbeit, gefährdet.

Dies sind die wichtigsten Antworten des Parteitages auf die Fragen, die unmittelbar mit der Diskussion zusammenhängen. Die Resolution zum politischen Referat des ZK beruht auf der Einstellung auf „die Entwicklung und den Sieg der internationalen proletarischen Revolution“, dem Erstarren der proletarischen Solidarität, der Bekämpfung der heuchlerischen Losungen des Völkerbundes und der II. Internationale.

In der Resolution zum Referat der Delegation der KP der USSR im EKKI ist ausdrücklich die Notwendigkeit des Kampfes um die richtige marxistische Linie betont, wird die Stellungnahme der Delegation in der deutschen, tschechoslowakischen und polnischen Frage gutgeheißen und die Delegation beauftragt, die notwendigen Maßnahmen zur Reorganisierung des Kominternapparats im Sinne einer größeren Teilnahme aller wichtigsten Sektionen an der führenden Arbeit der Komintern zu ergreifen.

Besonders wurde die Bedeutung der Eroberung der Gewerkschaften und des Kampfes um ihre Einheit betont. Das ZK der KP der USSR weist auf das entschiedenste alles konterrevolutionäre Geschwätz über den angeblich beabsichtigten Anschluß der Gewerkschaften der Sowjetunion an den Amsterdamer Gewerkschaftsbund oder über den Anschluß der Sowjetunion an den

Völkerbund zurück. Das ZK der KP der USSR erklärt, daß in den Fragen der Außenpolitik der Sowjetunion, ebenso wie in den Fragen, die die Politik der Bruderparteien betreffen, innerhalb der KP der USSR keinerlei irgendwie wesentliche Meinungsverschiedenheiten bestanden haben.

Die Diskussion über die inneren Fragen ist durch die Parteitagebeschlüsse erledigt.

Die Parteieinheit gesichert

Der Parteitag hat nicht nur grundsätzliche Beschlüsse zu den Fragen der Tagesordnung gefaßt, sondern auch ein besonderes Schreiben an die Leningrader Parteiorganisation gerichtet, wo das Verhalten der Leningrader Delegation, die ihren Korreferenten zum politischen Referat des ZK aufstellte und im Widerspruch zum Vertrauensvotum der Leningrader Gouvernementskonferenz über die Tätigkeit des ZK gegen die Vertrauensresolutionen auf dem Parteitag stimmte, verurteilt wird. Nunmehr wird die Leningrader Delegation auch durch das Leningrader Proletariat und die Kommunisten desavouiert. Bei dieser einmütigen Unterstützung seitens der Parteimassen des ganzen Landes, darunter auch Leningrads, die die Parteitagebeschlüsse finden, ist die Parteieinheit unbedingt gesichert. Unter solchen Bedingungen ist man berechtigt zu glauben, daß die Partei in kürzester Zeit auch die Periode der zeitweiligen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die aus dem wirtschaftlichen Wachstum des Landes hervorgehen, und auf die die Feinde des Proletariats spekulieren, überwinden wird.

Das ZK der KP der USSR ist vollkommen einmütig in der Anschauung, daß die Übertragung der Diskussion über die russische Frage in die Reihen der Komintern unerwünscht ist. Das ZK der KP der USSR ist ebenfalls darin einmütig, daß die Führung der Komintern nach wie vor alles Vertrauen und alle Unterstützung haben wird und haben muß. Das ZK der KP der USSR hofft, daß die Bruderparteien gemeinsam mit der KP der Sowjetunion in geschlossenen Reihen ihren historischen Weg unter dem Banner der Komintern gehen werden.

Zentralkomitee der KP der USSR (Bolschewiki).

BEGLEITSCHREIBEN DES EKKI

Das Präsidium des EKKI richtet an alle Sektionen der Komintern folgendes Begleitschreiben zum Informationsbrief des ZK der KP der Sowjetunion, der durch Vermittlung der Komintern die Bruderparteien über die Differenzen in der KP der Sowjetunion unterrichtet:

Werte Genossen!

Das Zentralkomitee der KP der Sowjetunion sandte an das Präsidium des EKKI den beiliegenden Brief mit dem Ersuchen, diesen an alle Bruderparteien zu versenden. Das Präsidium des EKKI schickt Ihnen den beiliegenden Brief und billigt den Standpunkt des ZK der KP der Sowjetunion, daß es unerwünscht sei, die Diskussion in der KP der Sowjetunion in die Komintern zu tragen.

Das Präsidium des EKKI

*

DIE INTERNATIONALE LAGE UND DIE PERSPEKTIVEN DES KLASSEN- KAMPFES 1926

Der Wirtschaftschronist der bekannten Wiener „Neuen Freien Presse“ schreibt triumphierend in seiner Jahresrundschau über die Wirtschaftslage im abgelaufenen Jahre 1925:

„Im großen und ganzen ist die Welt zum Vorkriegshandel und zur Vorkriegsproduktion zurückgekehrt. So ist beispielsweise die Gesamtförderung an Kohle, die 1924 1335 Millionen Tonnen betrug, 1925 um 25 Millionen Tonnen gestiegen und hat damit nicht nur die Vorkriegsziffer des Jahres 1913 wieder eingeholt, sondern sogar um 10 Millionen Tonnen überflügelt. Hierbei ist in Betracht zu ziehen, daß im Vergleich mit der Vorkriegszeit nunmehr 12—15 Prozent des Bedarfs an Heizmaterial, der früher mit Kohle gedeckt wurde, mit Erdöl und aus „weißer Kohle“ gewonnener Energie gedeckt wird. Was die übrigen Produktionszweige anbelangt, so ergaben auch sie 1925 im Vergleich mit 1924 ein Plus: so ist beispielsweise die Produktion von Gußeisen von 66 Millionen Tonnen auf 73 Millionen gestiegen, Erdöl von 147 auf 151 Millionen, Stahl von 76 auf 81 Millionen, Kupfer von 1 350 000 Tonnen auf 1 600 000 Tonnen, Baumwolle von 23 600 000 Tonnen auf 27 200 000, Weizen von 925 Millionen auf 1079 Millionen Tonnen, Zucker von 24 300 000 auf 24 900 000 und endlich Kautschuk von 550 000 Tonnen auf 580 000 Tonnen“.*

Danach wies die kapitalistische Wirtschaft ein günstiges Bild auf. Indes ergibt sich diese Produktionssteigerung aus der Summierung der Produktionsziffern der Alten und der Neuen Welt. Betrachten wir dagegen die einzelnen Kontinente getrennt, so erhalten wir ein vollkommen verändertes Bild. Wenn wir z. B. den gegenwärtigen Handel der verschiedenen Länder mit ihrem Vorkriegshandel vergleichen, so stellt sich heraus, daß die Zunahme in Amerika 30 Prozent beträgt, Kanada 90 Prozent, Japan 64 Prozent, Australien 35 Prozent. Gehen wir zu den europäischen Staaten über, so erhalten wir Ziffern, die durchaus nicht sehr tröstlich erscheinen: der Außenhandel Deutschlands ist um 47 Prozent zurückgegangen, Belgiens um 34 Prozent, Englands um 5,5 Prozent, und nur Frankreichs Außenhandel ist im Vergleich zum Vorkriegshandel um 25 Prozent gestiegen. Nimmt man die Ziffer des Gesamthandels, so stellt sich heraus, daß 1913 Einfuhr und Ausfuhr zusammen 15,8 Milliarden Dollar betragen, 1925 15,1 Milliarden, was wiederum die Bereicherung der Neuen Welt und Japans auf Kosten des verarmten Europas bestätigt.

Amerikas erstarkende Rolle in der Weltwirtschaft geht aus der steigenden Investierungsziffer amerikanischer Kapitalien in ausländischen Wertpapieren und z. T. in ausländischen Industrieunternehmen hervor. Aus einer von einem unserer großen Bankinstitute veranstalteten Umfrage geht hervor, daß England, das vor dem Kriege das Hauptland für Kapitalausfuhr gewesen war, 1913 die Rekordziffer erreicht hatte, als es 195 Millionen Pfund Kapital, annähernd 948 Millionen Dollar, ins Ausland und in die Kolonien ausführte. 1924 betrug die Emission an Auslandswerten

*) Aus dem Russischen zurückübersetzt.

in Amerika bereits 1248 Millionen Dollar. Selbst wenn man die Geldentwertung in Rechnung stellt, hatte Amerika 1924 die Rekordemission Englands 1913, was den Warenwert des Geldes anbetrifft, eingeholt. 1924 plazierte England auf seinen Märkten für Auslandswerte insgesamt 135 Millionen Pfund oder 648 Millionen Dollar. Amerika führte mehr als doppelt soviel Kapital aus als England. 1925 hat sich das Verhältnis für den europäischen Kontinent noch weiter verschlechtert. Allerdings war die Kapitalausfuhr aus England einen großen Teil des Jahres im Interesse der Stabilisierung des englischen Pfundes inhibiert gewesen. Zieht man jedoch die Gesamthandelsbilanz Englands, von der noch die Rede sein wird, zum Vergleich heran, so wäre die Ausfuhr unter gleichen Bedingungen immerhin noch niedriger gewesen als 1924. Binnen acht Monaten 1925 betrug die Kapitalausfuhr aus Amerika 630 Millionen Dollar. In derselben Zeit betrug die Kapitalausfuhr aus England 270 Millionen Dollar, wovon 212 Millionen in die Kolonien gingen und nur 58 Millionen in andere Länder. Die Kapitalausfuhr ist nicht nur eine Bankoperation, sondern auch ein wirksames Mittel sowohl zur Eroberung von Rohstoffquellen als auch von äußeren Märkten.

Wohin wandert das amerikanische Kapital ab? Nach den letzten Angaben, die das ganze Jahr 1925 erfassen, betrug die Kapitalausfuhr aus Amerika anderthalb Milliarden Dollar. Ein Drittel davon, d. h. 500 Millionen, wurden in Kanada investiert, ein zweites Drittel in Süd- und Mittelamerika, ferner in Australien und Japan. Australien hat von Amerika eine Anleihe von 75 Millionen Dollar erhalten, in erster Linie für seine Elektrifizierung und den Ankauf der entsprechenden Ausrüstung dazu in den Vereinigten Staaten sowie für den Kauf von Personen- und Lastautos. Die von uns zitierte Zusammenstellung besagt, daß die Plazierung der australischen Anleihe auf dem New Yorker Markte in London große Erregung hervorgerufen habe, da London bisher ein faktisches Monopol für die Finanzierung der englischen Kolonien besessen hatte.

Diese Erregung ist verständlich, denn die Unterbringung der australischen Anleihe in Amerika bedeutet die friedliche Eroberung der englischen Dominions durch die Vereinigten Staaten. Der wirtschaftlichen Gravitation folgt die politische. Betrachten wir nunmehr, was die Ziffern für England besagen.

Die englischen Zeitungen bringen bereits die Handels- und Zahlungsbilanz Englands für das Jahr 1925. Wir führen nur die allgemeinsten Ziffern an. Die englische Einfuhr 1925 betrug 1323 Millionen Pfund, die Ausfuhr 927 Millionen Pfund, wovon allerdings 154 Millionen auf reexportierte Waren entfallen, d. h. auf Waren, die über London, Liverpool und Manchester verkauft werden, um von hier in die Kolonien oder Dominions zu gelangen; die Ausfuhr rein englischer Produktion betrug 772 Million Pfund. Summiert man die englische Produktion und den Reexport, so stellt sich heraus, daß die Engländer im Laufe des Jahres 1925 für 395½ Millionen im Auslande mehr eingekauft haben, als sie ausführten, was von einem ununterbrochenen Anwachsen der Passivität der englischen Handelsbilanz spricht. 1922 betrug das Passivum der Handelsbilanz 180 Millionen, 1924 344 Millionen, 1925 395½ Millionen. Allerdings hat England einen bedeutenden sogen. „unsichtbaren“ Export, aus dem es „unsichtbare“ Ein-

nahmen bezieht. Es sind das die Einnahmen aus englischen Kapitalien, die im Auslande, sei es nun in Wertpapieren oder in staatlichen Auslandsanleihen oder in den Papieren von Industrieunternehmen untergebracht sind; dazu kommen noch die Einnahmen aus englischen Versicherungsgesellschaften und schließlich die Einnahmen der englischen Handelsflotte, die Waren anderer Länder befördert. 1924 machten diese Einnahmen insgesamt etwa 400 Millionen Pfund aus. 1925 waren sie noch gestiegen, zumal die Zinsen aus den 1924 ausgeführten Kapitalien einzugehen begannen. Die Summe der unsichtbaren Einnahmen betrug 1925 417½ Millionen Pfund, so daß die englische Zahlungsbilanz Ende 1925 einen Aktivsaldo von 22 Millionen aufwies. Aber mit Betrübnis vermerkten bereits die englischen Zeitungen, daß der Aktivsaldo 1920 gegen 222 Millionen betragen hatte, und daß der Aktivsaldo 1925 nicht bloß nur den zehnten Teil des Aktivsaldos von 1920 betrug, sondern auch niedriger war als 1924, wo er sich annähernd auf 56 Millionen belief. Der einzig tröstliche Umstand, auf den die englische Presse hinweisen kann, ist die Stabilisierung des Pfundes, das nach einem langwierigen und verlustreichen Kampf mit dem amerikanischen Dollar wieder seine Vorkriegsparität eingenommen hat. Es ist bemerkenswert, daß England und Amerika, die in internationalen Fragen häufig eine Einheitsfront bilden, untereinander einen Finanz- und Wirtschaftskrieg führen, der zumeist unterirdischen Charakter trägt, hin und wieder aber auch in Gestalt von akuten Finanz- und Wirtschaftskonflikten nach außen durchschlägt. Wir haben bereits gesehen, wie das amerikanische Kapital die englische Kolonialmacht unterwühlt, indem es seine Einflußsphäre auf die englischen Kolonien und die Dominions ausdehnt. Natürlich legt auch das englische Kapital die Hände nicht in den Schoß, sondern antwortet mit Gegenschlägen. Seine Schläge sind freilich möglicherweise nicht so wirksam wie die der stärkeren amerikanischen Börsenboxer. Aber die Entwicklung der englischen und amerikanischen Wirtschaftsgegensätze befindet sich noch im Vorbereitungsstadium, wo die beiden Kämpfer, bevor sie einander an die Kehle fahren, Komplimente oder nicht sehr empfindliche Schläge austauschen. Wenn die Auflegung der australischen Anleihe an der Londoner Börse „Erregung“ auslöste, so riefen zwei andere Anleihen, die eine zu 5, die andere zu 4 Millionen Pfund, die in London abgeschlossen wurden, nachdem New York sie abgelehnt hatte, an der New Yorker Börse nicht mindere Erregung hervor. Die erste Anleihe betraf die deutsche Kaliindustrie, die zweite das Kaffee-Institut in Sao Paulo in Brasilien. Der Zweck der beiden Anleihen war, England die Kontrolle über zwei wichtige Rohstoffquellen zu verschaffen: das zur Düngung notwendige Kali und den Kaffee. Man wundert sich, daß sich New York diese beiden Anleihen entgehen ließ. Die Erklärung ist einfach: die amerikanische Erklärung trug keineswegs prinzipiellen Charakter. Die New Yorker Börse zögerte nur, um von den Deutschen und Brasilianern günstigere Bedingungen zu erlangen. Und die Engländer nützten dieses Schwanken aus.

Indes waren diese beiden Vorfälle mit der Kali- und der Kaffeeanleihe bedeutungslos im Vergleich mit dem offenen Krieg, der zwischen der New Yorker und der Londoner Börse sowie der amerikanischen und englischen Presse bezüglich der Kautschukpreise entbrannte.

Bekanntlich war England der erste Staat, der die Frage der Kriegsschulden an Amerika regulierte (bereits 1922); seither zahlt England dem amerikanischen Fiskus alljährlich über 30 Millionen Pfund Zinsen. Einige englische Politiker, darunter Lloyd George, protestierten gegen dieses Abkommen, das Baldwin, der nach Amerika gefahren war, abgeschlossen hatte. Vom Standpunkte der Interessen des englischen Finanzkapitals aber war das Abkommen unvermeidlich gewesen, um London die zentrale Stellung, die es bei den Finanzoperationen nicht nur in Europa, sondern auch zwischen Europa und Amerika innehat, bewahren zu lassen. Es war dies das Opfer eines Kommissionärs, der die Aufträge, von denen er immense Kommissionsprofite bezieht, nicht in andere Hände übergehen lassen will. Sir Robert Horne hat berechnet, daß einzig diese Kommissionen schon die Summe, die der englische Fiskus alljährlich an Amerika zahlt, decken. Außerdem zog die Regulierung der Schuldenfrage und die hieraus resultierende Besserung der finanziellen Beziehungen zwischen Amerika und England eine Menge amerikanischer Depositen nach London, die die englischen Banken infolge ihres höheren Diskontsatzes den amerikanischen vorziehen. Aber die Engländer gaben sich damit nicht zufrieden. Als Monopolinhaber auf die Produktion und den Handel mit Kautschuk, den die amerikanische Autoindustrie in gigantischen Mengen verbraucht, begannen sie die Preise für Kautschuk heraufzusetzen und Amerika zu zwingen, riesige Summen alljährlich an England zurückzuzahlen. Namentlich 1925 gewann diese Kautschukspekulation immensen Umfang: der Preis für Kautschuk betrug im Februar 36 Cent, im November bereits 109½ Cent. Der Senator Tilson erklärte damals mit Recht, daß Amerika England jährlich infolge des ständigen Steigens der Kautschukpreise mehr zahle, als es an Zinsen aus sämtlichen Europa gewährten Kriegsanleihen erhalte. In Amerika setzte damals eine wilde Hetze gegen England ein. Der Initiator dieser Kampagne war der Staatssekretär für Handel, Hoover, in eigener Person. Dieser Kampf fand nicht nur in der englischen und amerikanischen, sondern in der ganzen internationalen Presse seinen Widerhall. Die Zeitungen erlegten sich keinerlei Zurückhaltung auf. Die amerikanische Presse beschuldigte England, die englische Presse Amerika. Die New Yorker „Times“ polemisierten mit den Londoner „Times“. Die ersteren warfen den Engländern vor, sie spekulierten schamlos mit den Bedürfnissen der amerikanischen Autoindustrie. Die letzteren erwiderten, die Amerikaner sähen den Splitter in fremden Augen und übersähen den Balken im eignen, denn niemand spekuliere so schonungslos mit den Bedürfnissen der Konsumenten wie Amerika, das die Preise für Getreide, Baumwolle, Kupfer, Erdöl (Produkte, die in den Händen der Vereinigten Staaten beinahe monopolisiert sind), systematisch in die Höhe treibe.

In diese Polemik mischte sich auch die französische Presse ein, die jetzt allem, was sich gegen die jetzt von den Franzosen die Bezahlung ihrer Schulden verlangenden Vereinigten Staaten richtet, Sympathie entgegenbringt. Um eine Vorstellung von dieser Polemik zu geben, führen wir an, was das Organ der französischen Industrie, „Information“, in seiner Nummer vom 30. Dezember 1925 schrieb:

„Die Vereinigten Staaten werden nicht müde, ihrem Unwillen über die Erhöhung der Kautschukpreise Ausdruck zu geben. Indes betrifft diese Erhöhung, wie eine englische Zeitung bemerkte, die Taschen der Leute, die reich genug sind, sich Autos

zu halten, während die unerhörte Erhöhung der Getreidepreise, an der die Amerikaner schuld sind, die Taschen der Armen trifft. Das Problem der Rohstoffverteilung muß demnach in seiner Gesamtheit beurteilt werden. In diesem Falle müßte aufgeklärt werden, mit welcher Begründung die amerikanischen Magnaten die Preise für Getreide, Baumwolle, Zucker, Petroleum und Metalle festsetzen und sie auf einem Niveau halten, das die Vereinigten Staaten systematisch zu Gläubigern aller Länder der Welt macht und ihnen gestattet, deren Hauptreichtümer allmählich zu expropriieren. Mit welcher Begründung versuchen die Amerikaner alle Erdölquellen und Bodenschätze der Welt in ihre Hand zu bekommen? Und schließlich, mit welcher Begründung erhält der amerikanische Arbeiter einen zwei- bis viermal höheren Arbeitslohn als die europäischen Arbeiter?"

In zahlreichen Zeitungen wurde die Vermutung ausgesprochen, die von Hoover inszenierte Hetze verfolge ein bestimmtes Ziel: den Boden für eine Preiserhöhung auf jene Rohstoffe, für die Amerika ein Monopol besitzt, vorzubereiten. Die Empörung der amerikanischen Presse gegen die englische Spekulation sei nur ein Verschleiernsmanöver, damit das europäische Publikum den bevorstehenden Raubzug auf die Taschen Europas, den Amerika vorbereite, nicht bemerke.

Die oben angeführten Tatsachen sind außerordentlich wichtig. Sie sind nicht nach ihrem absoluten Gewicht einzuschätzen, da das englische und amerikanische Kapital, worauf wir oben hingewiesen haben, augenblicklich noch durch zahlreiche gemeinschaftliche Interessen miteinander verbunden sind. Dagegen sind sie symptomatisch, da sie den ständig anwachsenden Antagonismus zwischen England und Amerika signalisieren, der in kommenden internationalen Konflikten und Kriegen möglicherweise dieselbe Rolle spielen wird, die der Antagonismus zwischen der deutschen und der englischen Industrie am Vorabend des Weltkrieges gespielt hat. Die anglo-amerikanischen Beziehungen sind im Begriffe, zu der Achse zu werden, um die sich vielleicht die Weltgeschichte drehen wird. Der Gegenstand des Kampfes zwischen England und Amerika ist die Eroberung der Rohstoffquellen und -märkte. Und bereits jetzt schon stellen „Standard Oil“ und „Royal Dutch“ zwei Wirtschaftskolosse dar, die untereinander einen Krieg um die Erdölquellen der Welt führen; der eine im Interesse Amerikas, der andere im Interesse Englands. Augenblicklich kämpft Amerika bereits um die Einbeziehung der englischen Dominions und Kolonien in seine Interessensphäre, während England die südamerikanischen Republiken unter seinen Einfluß zu bringen sucht.

Dieser Antagonismus kann nicht ohne Rückwirkungen auch auf die politischen Beziehungen zwischen England und Amerika bleiben. Die Rolle, die Amerika beim Abschluß des Locarno-Vertrages gespielt hat, ist bekannt. Sie entsprach seinen unmittelbaren Interessen: der politischen Stabilisierung Europas, was die Vorbedingung für die ständig steigende Investierung amerikanischer Kapitalien in der europäischen Wirtschaft ist. Im Laufe des Jahres 1925 wurden nach sicheren Angaben ausschließlich in Deutschland gegen 250 Millionen Dollar investiert, das heißt ein Sechstel aller aus Amerika ausgeführten Kapitalien. Italien erhielt eine Anleihe von 100 Milliarden Dollar. Rechnet man hierzu noch die übrigen Anleihen, die Amerika den europäischen Ländern, darunter Polen, den baltischen Staaten, Jugoslawien und Rumänien, gewährt hat, so stellt sich heraus, daß die Vereinigten Staaten 1925 in Europa ungefähr 500 Millionen Dollar investiert haben, d. h. ein Drittel ihrer gesamten Kapitalausfuhr.

Daraus erklärt sich auch die wohlwollende Einstellung Amerikas dem Völkerbunde gegenüber. Obgleich es sich die Vereinigten Staaten angelegen sein lassen, jede Bindung an europäische Angelegenheiten zu vermeiden, obgleich es Coolidge in seiner letzten Botschaft an den amerikanischen Senat vermieden hat, auch nur den Namen des Völkerbundes zu erwähnen (bei dem Amerika unter anderem seinen Beobachter hat), um allen evtl. Schlußfolgerungen die Spitze abzubrechen, obgleich Amerika entschlossen ist, an europäischen Konferenzen nur in Ausnahmefällen teilzunehmen, (wenn nämlich seine Interessen ganz unmittelbar berührt werden, wie beispielsweise auf der Londoner Konferenz 1924, wo der Dawesplan zum Abschluß kam), beginnt sich doch die amerikanische Presse beunruhigt zu fragen, ob Amerika keinen Fehler begangen hat, ob nicht Locarno-Vertrag und Völkerbund zum Sturmbock Englands und der übrigen Länder gegen die Vereinigten Staaten werden würden. Amerika ist sich über die Gefühle Europas durchaus im klaren. Schon in seiner Botschaft an den Senat sprach Coolidge davon, daß er es „beklagen würde, wenn alle Reichtümer, die Amerika Europa zu seinem wirtschaftlichen Aufschwung zur Verfügung stelle, nur Mißtrauen und Neid erwecken sollten“. Der New Yorker Korrespondent der „Daily Mail“ charakterisierte diese Stimmung in Amerika folgendermaßen:

„Der Locarno-Vertrag hat den Amerikanern schrecklich viel zu denken gegeben. Zahlreiche unerwartete Stimmen wiesen darauf hin, daß die Amerikaner schon aus wirtschaftlichen und geschäftlichen Gründen gezwungen sein könnten, ihren Entschluß, in einer Isolierung zu verharren, die keineswegs eine glänzende sei, zu revidieren. Andere bezeugen dem Völkerbund ihre Achtung für seine feste Haltung im griechisch-bulgarischen Konflikt. Sie prophezeien sogar, daß, falls der Völkerbund nunmehr den Ereignissen in Syrien gegenüber die gleiche Entschlossenheit an den Tag lege, die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten ihm gegenüber eine plötzliche und dramatische Wandlung erfahren könne.“

Mit den „plötzlichen“ und „dramatischen“ Wandlungen, von denen der englische Korrespondent berichtet, wird man kaum zu rechnen haben, wenn man den außerordentlichen sozialpolitischen Konservatismus Amerikas bedenkt, der nach dem Kriege mit der zunehmenden politischen und finanziellen Macht der Vereinigten Staaten eher zugenommen hat. Aber die Tatsache der Beunruhigung in Amerika ist unbestreitbar. Symptomatisch ist, daß selbst Leute, wie der Senator Borah, der früher die Beteiligung Amerikas an der internationalen Schiedskommission als einer Schöpfung des Völkerbundes, bekämpft hatte, jetzt in seiner Einstellung dieser Einrichtung gegenüber nachgiebiger geworden ist. Früher hatte Borah erklärt, daß „die Beteiligung Amerikas an der Kommission, solange sich diese nicht völlig vom Völkerbunde getrennt habe, feige und illoyal“ sei. Beteilige man sich an den Arbeiten des Völkerbundes, dann sei es ehrlicher, gleich direkt am Völkerbunde teilzunehmen. Jetzt beginnt Borah zu erklären, daß seine Einwände gegen die Beteiligung an der Kommission vom Wesen der Sache diktiert gewesen seien und nicht von dem Umstande, daß die Kommission eine Gründung des Völkerbundes sei. „Ich bin nicht deswegen gegen die internationale Schiedskommission, weil sie vom Völkerbund gegründet ist . . . Mich interessiert nicht ihre Herkunft, sondern wie sie funktioniert.“ Diese neue Erklärung Borahs wird als eine Änderung seiner Stellung ausgelegt, und die „New Yorker Times“ erklären sie mit einem Abkommen zwischen Borah und Coolidge in der russischen Frage, in der der Präsident dem

Vorsitzenden der Senatskommission für Auswärtige Fragen nachgegeben habe, während der letztere Coolidge in der Frage der Internationalen Schiedskommission nachgegeben habe. Allerdings betont auch Coolidge, der in seiner Botschaft den Eintritt Amerikas in die Schiedskommission befürwortet, daß diese Institution keinen politischen Charakter trage und daß die Kommission gewissermaßen eine Garantie der materiellen Interessen Amerikas in Europa darstelle. Namentlich die Locarno-Konferenz hat Amerika zu denken gegeben. Das republikanische Organ „Evening Post“ schrieb am 18. November:

„Die Liquidierung der Nachkriegsprobleme in Europa erfolgt so schnell, daß sie sich mit unbewaffnetem Auge beinahe nicht verfolgen läßt. Der Prozeß, der in Locarno eingesetzt hat, wird die politische Karte des Kontinents umgestalten. Namentlich nach Locarno kursierte in den europäischen Parlamenten, in den diplomatischen Kanzleien und in der Presse das geflügelte Wort von den „Vereinigten Staaten Europas“.

Aber gegen wen soll sich Europa vereinigen? Sowohl der Locarno-Vertrag als auch das Projekt von den Vereinigten Staaten von Europa wenden ihre eine Spitze zweifellos gegen die Sowjetunion. Die andere Spitze der europäischen „Vereinigten Staaten“ aber wäre ebenso zweifellos gegen die amerikanischen Vereinigten Staaten gerichtet. Namentlich in den Reden der französischen Minister wird die Notwendigkeit betont, die zersplitterten Kräfte sämtlicher europäischen Staaten, darunter auch der Sowjetunion, zusammenzufassen. Sonst gehe Europa wirtschaftlich zugrunde. Und diese offenherzige Erklärung ergänzt man sich in den Wandelgängen der französischen Kammer: „Sonst legt Amerika seine Tatze auf Europa.“ Die Rede des kommunistischen Abgeordneten Cachin, in der dieser anlässlich der Verhandlungen Caillaux' in Washington den räuberischen Versuch des amerikanischen Kapitals entlarvte, das staatliche französische Tabakmonopol in die Hand zu bekommen, stieß nicht nur bei den Kommunisten, sondern beinahe bei der ganzen Kammer auf stürmischen Beifall. Charakteristischerweise wurden seine Enthüllungen auch von der französischen Regierung nicht dementiert. Aber Frankreich steht nicht allein. Es hätte sich zu einer derartigen Provokation Amerikas kaum entschlossen, wäre es nicht der Unterstützung Englands sicher gewesen. Es ist schließlich für niemand ein Geheimnis, daß aus dem Munde Briands Chamberlain spricht.

Unter diesem Gesichtspunkte ist auch die Politik des Völkerbundes aufzufassen, der jetzt die Initiative zur Einberufung einer Weltwirtschaftskonferenz ergriffen hat. Loucheur, der französische Delegierte, hatte den Antrag dazu auf der Oktobersession des Völkerbundes gestellt. Eine Frage, die auf dieser Weltwirtschaftskonferenz bestimmt zur Diskussion stehen wird, ist das Problem der Rohstoffverteilung, worauf auch das von uns oben im Zusammenhang mit dem anglo-amerikanischen Kautschukkrieg zitierte Organ der französischen Industrie, „Information“, anspielt.

Es wäre verfrüht, wollte man hieraus den Schluß ziehen, daß der Erfolg der Konferenz gesichert sei, und daß die europäischen Staaten, insbesondere England, Frankreich, Deutschland usw., ein Mittel finden würden, die zwischen ihnen bestehenden Gegensätze auszuschalten. Eher ist anzunehmen, daß England die schwere Wirtschaftslage Frankreichs und Deutschlands ausnützen wird, um auf Amerika einen Druck auszuüben. Wir haben bereits gesagt, daß das symptomatisch für die heranreifenden Konflikte

zwischen England und Amerika ist. Niemand geht so schrittweise und systematisch an die Verwirklichung seiner Ziele heran wie England. Während England einerseits mit Amerika gute Freundschaft hält und mit ihm konform geht, soweit es gleiche Interessen hat — nämlich bei der Aufteilung des europäischen Kontinents zwischen ihnen —, bereitet es sich andererseits gleichzeitig darauf vor, zum Angriff gegen Amerika überzugehen. Und dazu verschmäht es kein ihm zur Verfügung stehendes Mittel. Der bekannte englische Marineschriftsteller Bywater ließ im vergangenen Jahre ein Buch über einen Zukunftskrieg im Stillen Ozean erscheinen, das nicht nur in England und Amerika Sensation machte, sondern noch mehr in Japan, wo es von der Presse heftig angegriffen wurde. Bywater beschreibt einen Krieg zwischen Japan und Amerika, der seiner Annahme nach 1930 ausbrechen und 1932 enden wird. Charakteristisch in dieser literarischen Fiktion ist die Analyse der Kräfteverhältnisse dieser beiden transatlantischen Staaten in wirtschaftlicher, politischer und militärischer Beziehung. Der Roman gibt eine weitgehende Beleuchtung des still-ozeanischen Problems, aber die Bedeutung des Buches liegt natürlich nicht in seiner wissenschaftlichen Seite, sondern in dem Versuch eines repräsentativen englischen Schriftstellers, Amerika mit Japan zu vergleichen. Obgleich England im Interesse seiner Freundschaft mit Amerika auf sein Bündnis mit Japan Verzicht geleistet hat, treibt es trotzdem Japan gegenüber seine eigene, von der amerikanischen verschiedene Politik, genau so, wie es auch auf dem europäischen Kontinent, wo es zusammen mit Amerika auftritt, seine Sonderpolitik verfolgt. Bekannt ist unter anderem der Unterschied in der Einstellung Englands und Amerikas zu den deutsch-französischen Beziehungen: während Amerika eine völlige Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland wünscht, ist England bestrebt, den deutsch-französischen Antagonismus wach zu halten. Ein offener Gegensatz zwischen den beiden Staaten ist Amerika unerwünscht, da es dadurch wider seinen Willen in europäische Komplikationen verwickelt werden könnte. Andererseits ist aber England eine absolute Aussöhnung zwischen Frankreich und Deutschland unerwünscht, da eine solche zur Bildung eines kontinentalen Blocks und zur allmählichen Ausschaltung des insularen Englands aus den europäischen Angelegenheiten führen könnte.

Betrachten wir nunmehr die Veränderungen, die im Jahre 1925 innerhalb der Klassenverhältnisse in Amerika und England eingetreten sind. Charakteristisch für die amerikanische Entwicklung ist die fortschreitende Expropriation der mittleren Bevölkerungsschichten und insbesondere der Farmer. Die Strömung, deren Vertreter der verstorbene La Follette, der als dritter Präsidentschaftskandidat bei den letzten Wahlen gegen 4 Millionen Stimmen erhalten hatte, gewesen war, gewinnt aus den inneren Veränderungen der amerikanischen Ökonomie immer neue Verstärkungen. Der Kampf zwischen dem Kleinbürgertum und dem Finanzkapital in Amerika ist im Zusammenhang mit der Regulierung der Vorkriegsanleihen besonders heftig entbrannt. Bekanntlich haben so radikale republikanische Senatoren wie Reed (Missouri) Johnson (Kalifornien), Norris (Nebraska) und schließlich Borah, entschieden gegen den Abschluß von Schuldenabkommen mit Belgien und Italien und schließlich auch mit Frankreich protestiert. Diese für die europäischen Staaten günstigen Abkommen waren nicht etwa von staats-

politischen Erwägungen diktiert gewesen oder gar von dem Gefühl internationaler Solidarität oder dem Wunsche, den Wiederaufbau Europas zu unterstützen, sondern von den egoistischsten und eigennützigsten Interessen des amerikanischen Bankkapitals, das auf Coolidge und die amerikanische Regierung einen Druck dahingehend ausübte, die Zinsen für die Vorkriegsschulden herabzusetzen, deren Bezahlung zu stunden und sogar einen Teil dieser Schulden zu löschen, um die amerikanischen Banken in die Lage zu versetzen, Belgien, Italien, Frankreich usw. neue hochprozentige Anleihen zu gewähren. Morgan schonte nur deswegen die belgischen und italienischen Gelder, als es sich um die Bezahlung der Schulden an die amerikanische Regierung handelte, weil es sich für ihn darum handelte, den Belgiern und Italienern die Möglichkeit zu geben, diese Gelder an Morgan selbst zu zahlen. Bekanntlich war es Morgan, der nach der Regulierung der italienischen Kriegsschuldenfrage für Italien eine Anleihe in Höhe von 100 Millionen Dollar auflegte, für die die italienische Regierung 7 Jahresprozent zu bezahlen hat, während Italien an die amerikanische Regierung für seine Kriegsschulden nur ein Achtundzwanzigstel des Prozentsatzes, den es Morgan zahlt, abzuführen hat (wenn man zur Gesamtsumme der italienischen Schuld auch die bisher nicht bezahlten Zinsen dazuschlägt). Mit anderen Worten: die Großmut Amerikas Europa gegenüber geht ausschließlich auf Kosten der amerikanischen Kleinbourgeoisie, der Arbeiterschaft und der Bauern. Während der amerikanische Fiskus den europäischen Staaten ein Milliarden-Dollargeschenk machen soll, organisieren die amerikanischen Bankiers die finanzielle Versklavung Europas. Die Schuldenregulierung ist zu einem Erpressungsmittel geworden sowohl gegen die europäischen als auch gegen die amerikanischen Steuerzahler zugunsten der amerikanischen Bankiers, zugunsten Morgans, dessen Palais einflußreicher ist als das Weiße Haus des Präsidenten der „Großen Amerikanischen Republik.“

Ähnlich wie England, das mit einem Teil seiner Kolonial- und Auslandsprofite die englische Arbeiteraristokratie gekauft hat, schützt die amerikanische Regierung die amerikanische Arbeiteraristokratie vor der Konkurrenz der ausländischen Arbeiter, indem sie die Grenzen des Landes gegen die Einwanderung sperrt: die Gesetze des Vorjahres hatten sie eingeschränkt, während sie das neuerlassene Gesetz völlig sperrt. Indes vollzieht sich innerhalb der amerikanischen Arbeiterklasse selbst ein rascher Zersetzungsprozeß: die proletarischen Schichten erheben sich gegen die privilegierte Arbeiteraristokratie. Die amerikanischen Kapitalisten suchen mit Hilfe der letzteren die Löhne der pauperisierten Schichten zu drücken, die ihrerseits mit Streiks antworten. So dauert der Streik in den Anthrazitgruben bereits seit mehreren Monaten an.

Bei der Politik Amerikas müssen wir noch auf die Stadien hinweisen, in denen sich seine Unterhandlungen mit den europäischen Mächten zur Liquidierung der Kriegsschulden befinden. Die Schuldenregulierung ist mit elf Staaten abgeschlossen: England (bereits 1922), Belgien, Italien, Lettland, Tschechoslowakei, Polen, Estland, Rumänien, Litauen, Ungarn und Finnland. In der Hauptsache kamen die diesbezüglichen Abkommen im Vorjahre zustande. Von der Gesamtsumme der Kriegsschulden, die 12,1 Milliarden Dollar (zusammen mit den Zinsen 15,2 Milliarden) beträgt, sind bisher

7,4 Milliarden Dollar Schulden reguliert. 4,7 Milliarden Dollar Schulden sind noch zu regulieren. Darunter die französische Schuld mit 3340 Millionen Dollar. Außerdem ist Amerika der Auffassung, daß ihm Rußland gegen 200 Millionen Dollar schuldet. Für die regulierte Schuld erhält Amerika 180 Millionen Dollar Jahresprozente, wovon allerdings 163 Millionen ausschließlich auf England entfallen.

Wie rücksichtslos die amerikanische Regierung in den europäischen Angelegenheiten zu wirtschaften beginnt, läßt sich unter anderem aus den Eingeständnissen ersehen, die Vandervelde in der belgischen Kammer unter dem Druck der kommunistischen und linkssozialistischen Abgeordneten machen mußte, daß nämlich das belgische Ausgabenbudget auf die Forderung Amerikas hin auf 150 Millionen Franken beschränkt werden mußte.

Wir wenden uns wieder der inneren Wirtschaftspolitik der amerikanischen Regierung zu und müssen in erster Linie auf einen der zahlreichen Widersprüche hinweisen, in die die bürgerlichen Regierungen selbst in so individualistischen Ländern wie England und Amerika verfallen, wo einerseits von den bürgerlichen Ideologen die alte Theorie, daß der Staat sich auf die Rolle des Nachtwächters zu beschränken habe, verteidigt wird, während andererseits die kapitalistischen Regierungen im Interesse der Selbsterhaltung des Kapitalismus gezwungen sind, staatliche Maßnahmen in Anwendung zu bringen, die ihnen eine Reihe wirtschaftlicher Funktionen aufbürden. Interessant sind in dieser Beziehung die staatskapitalistischen Maßnahmen, die Hoover im Kampf gegen das englische Kautschukmonopol ausgearbeitet hat. Sie lauten:

1. Sperrung der amerikanischen Bankkredite für die monopolisierten Zweige der Auslandsindustrie;
2. Systematischer Kampf für freiwillige Konsumbeschränkung bezüglich aller dieser Waren;
3. Anspornung der eigenen Produktion sowie Verwendung von Kautschuk-surrogaten;
4. Unterstützung der Produktion in Ländern, die keine Monopoltendenzen verfolgen, und schließlich
5. ein Punkt, den wir besonders hervorheben wollen: Schaffung eines entsprechenden regulierenden Apparates zur Ausschaltung der Konkurrenz zwischen den vielen Hunderten amerikanischer Käufer auf dem Markte.

Zu diesen Maßnahmen, die eine offene Verletzung des Gesetzes der freien Konkurrenz und eine Einmischung des Staates in Privatverhältnisse darstellen, kommt noch der Antrag des Senators John Tilson (Kentucky) auf Einsetzung einer Untersuchungskommission bezüglich der Mittel und Methoden, die die englischen Kolonialregierungen bei der Rohstoffgewinnung und -ausfuhr anwenden.

Schon früher wurde ein analoger Antrag angenommen, der unter anderem in Frankreich stürmische Presseproteste hervorgerufen hat: die Handelsagenten bei den amerikanischen Vertretungen in Europa zu verpflichten, sich die Bücher der europäischen Exporteure, die ihre Waren nach Amerika ausführen, vorlegen zu lassen, um ihren Realgewinn zu kontrollieren. Das auf diese Weise gesammelte Material sollte offenbar als Unterlage zur Erhöhung der ohnedies schon hohen Schutzzölle Amerikas auf europäische

Waren dienen. Ein Teil der europäischen Exporteure legte Protest gegen die unerhörte Forderung der amerikanischen Regierung ein, die sich rücksichtslos über das sog. Geschäftsgeheimnis hinwegsetzt. Andere dagegen fügten sich, wohl weil sie die amerikanische Kontrolle einem möglichen Boykott ihrer Waren vorzogen. Aber die Durchführung der Planwirtschaft kann unter den Bedingungen der privatkapitalistischen Produktion über bestimmte enge Grenzen nicht hinausgehen, ganz abgesehen davon, daß sie, soweit sie glückt, sich gegen die Interessen der Arbeiterklasse richtet.

Wir schließen das Kapitel Amerika und führen nur noch eine letzte Ziffer an, die sich auf die Höhe der im Jahre 1925 in Wertpapieren angelegten Kapitalien bezieht. Die Gesamtemission an Wertpapieren an der New Yorker Börse betrug 1925 4½ Milliarden Dollar. Wie wir gesehen haben, betrug die Kapitalausfuhr 1½ Milliarden Dollar, d. h. ein Drittel davon, und zwei Drittel, d. h. ungefähr 3 Milliarden, wurden in amerikanischen Wertpapieren untergebracht. Und vor den anderthalb Milliarden der Kapitalausfuhr sinkt mehr als eine Regierung in die Knie.

Die bekannte englische Zeitschrift „Economist“ schrieb unlängst, daß die jährliche Kapitalsakkumulation in England annähernd 450 Millionen Pfund Sterling betrage. Das sind rund 2,1 Milliarden Dollar. Diese Summe ist nicht nur geringer als die amerikanische, sondern sie umfaßt auch noch die gesamte Akkumulation, während in der oben angeführten amerikanischen Ziffer ausschließlich das Emissionskapital enthalten ist. Faßt man die englische Statistik nur unter diesem Gesichtspunkte auf, dann betragen die in England emittierten Anleihen 1924 209 Millionen Pfund, 1925 232 Millionen Pfund. 1924 wurde ein großer Teil dieser Emission, nämlich 125 Millionen, in Anleihen für die Kolonien und für ausländische Staaten untergebracht und nur 84 Millionen auf dem inneren Markte. 1925 sehen wir das umgekehrte Verhältnis: während auf Außen- und Kolonialanleihen nur 77 Millionen entfallen, werden in England auf dem inneren Markte 155 Millionen placiert. Wir haben bereits erwähnt, daß diese Verteilung der englischen Emission eine Folge des Kapitalausfuhrverbots war. Die englische Regierung wollte die Stabilisierung des Pfundes sicherstellen. Der beste Beweis hierfür ist der Umstand, daß sich das Verhältnis zwischen inneren und äußeren Anleihen in dem Augenblick veränderte, wo das Verbot aufgehoben wurde, nämlich im November und Dezember vorigen Jahres: in diesen beiden Monaten wurden 32 Millionen Pfund in äußeren Anleihen untergebracht und nur 22 Millionen in inneren. Im großen und ganzen aber waren für die englische Kreditpolitik 1925 große Kapitalsinvestierungen im Eisenbahnbau und in der Neuausrüstung der englischen Industrie charakteristisch, ferner die Gründung neuer Industriezweige, insbesondere der Kunstseidenindustrie. Während 1924 die gesamten in England aufgelegten Eisenbahnanleihen noch keine 2 Millionen Pfund betragen hatten, stiegen sie 1925 auf 25,6 Millionen Pfund, von denen 20 Millionen auf den englischen Eisenbahnbau entfielen. Die Kautschukindustrie, die so kolossale Profite abwirft, nahm gewaltige Kapitalien auf: während 1924 in ihr 700 000 Pfund investiert wurden, nahm sie 1925 13,8 Millionen Pfund neue Kapitalien auf, also das 20fache. Ziehen wir dazu noch die beiden oben bereits erwähnten Auslandsanleihen in Betracht — 5 Millionen Pfund für die deutsche Kaliindustrie und 4 Millionen für die brasilianischen Kaffeepflanzer —, so stellt sich heraus, daß England

annähernd 23 Millionen Pfund im Auslande investiert hat, die ausschließlich dazu bestimmt sind, England entweder die Kontrolle oder aber die Produktion von drei der wichtigsten Rohstoffzweige zu verschaffen. Zu dieser Tatsache bemerkt ein Wirtschaftschonist, daß das „von jeher die Wirtschaftspolitik Englands gewesen sei“. Eine andere interessante Tatsache der englischen Kreditpolitik 1925 ist die Tendenz, die eigene Stellung in den Kolonien zu stärken. Während 1924 die Höhe der in den Kolonien und den anderen Ländern investierten Kapitalien annähernd die gleiche war, 72 und 61 Millionen, verschob sich dieses Verhältnis 1925 sehr stark zugunsten der Kolonien: von den in Auslandsanleihen untergebrachten 68 Millionen Pfund wurden 52 Millionen in den Kolonien und nur 16 Millionen in anderen Ländern investiert. Bemerkenswert ist auch eine kürzliche Äußerung Baldwins, die Regierung habe ein Schema für die Elektrifizierung Englands ausgearbeitet und 30 Millionen Pfund dafür angewiesen. Die Verwirklichung dieses Plans werde 15 Jahre in Anspruch nehmen.

Diese beiden Tatsachen — einerseits die Investierung des englischen Kapitals in der englischen Industrie und im englischen Eisenbahnbau und andererseits seine Investierung in den englischen Kolonien — sind charakteristisch für die englische Kreditpolitik 1925. Zieht man indes in Betracht, daß der Patriotismus des englischen Kapitals eher notgedrungen als freiwillig ist, da es sich an und für sich im Auslande nicht hätte unterbringen lassen, so ist anzunehmen, was auch die Ziffern für November und Dezember 1925 bezeugen, daß das englische Kapital nach der Aufhebung des Verbots wieder dahin abströmt, wo es den höchsten Profit vorfindet, d. h. in Länder mit niedrigem Arbeitslohn. Die englische Presse selbst ist nicht sonderlich erbaut von der Tatsache, daß die jährliche Akkumulation in England gegenwärtig 450 Millionen Pfund beträgt. Viel mehr jedoch beunruhigt sie der Umstand, daß die englische Bevölkerung nach dem Krieg um mehr als andert-halb Millionen zugenommen hat, die Handelsumsätze sich dagegen noch unter dem Vorkriegsniveau bewegen, das in Amerika bereits um 30 Prozent überschritten ist. Der Aktivsaldo der englischen Zahlungsbilanz wird, wie bereits bemerkt, von Jahr zu Jahr geringer. Auch die Krisis in der englischen Schlüsselindustrie, die die Quelle der gesamten Wirtschaftsmacht des Landes ist, namentlich die Krise in der Kohlenindustrie, ist unverändert akut. Die Gesamtzahl allein der registrierten Arbeitslosen beträgt noch immer andert-halb Millionen. Um der englischen Kohlenindustrie die Konkurrenz mit der amerikanischen und deutschen zu ermöglichen, war die englische Regierung gezwungen, an die Grubenbesitzer 20 Millionen Pfund als Subvention zu zahlen. Ungeachtet dessen erklären die Grubenbesitzer, daß sie mit Verlusten arbeiten. Sie betonen neuerdings wieder die Notwendigkeit der Ersetzung des Siebenstundentages durch den Achtsturentag, wovon siebeneinhalb Stunden auf die faktische Arbeitszeit und eine halbe Stunde auf Aus- und Einfahrt entfallen sollen. Ferner fordern sie den Abbau der Löhne, betonen dabei aber, daß die englische Kohlenindustrie selbst in diesem Falle nicht mit der ausländischen konkurrieren könne, und daß eine Einschränkung der Produktion, die 100 000 Grubenarbeiter brotlos machen würde, unvermeidlich sei. Dieses Resultat nach dem Zwanzig-Millionen-Geschenk der Arbeiterklasse und der sonstigen Steuerzahler an die Grubenbesitzer eröffnet freilich keinerlei tröstliche Aussichten. Die vorherrschende Stimmung in England ist Un-

ruhe und Unsicherheit in bezug auf die Zukunft. Natürlich braucht ein kapitalistisches Land mit einer derart hochentwickelten Industrie, wie es die englische ist, mit einer jährlichen Akkumulation von 450 Millionen Pfund, ein kapitalistisches Land, das über das größte Kolonialreich der Erde, die mächtigste Flotte und starke soziale Stützen verfügt, seine Positionen nicht mit einem Male zu räumen. Aber die weitere Entwicklung Englands vollzieht sich auf einer absteigenden Ebene. Es muß bereits verzweifelt um seine Existenz kämpfen: im Stillen Ozean hat es Amerika und Japan als Gegner, in Europa die erstarkende französische Industrie sowie die deutsche Industrie, die ihre frühere wirtschaftliche Macht wieder aufzurichten sucht, im Osten die revolutionäre Sowjetunion, die nicht nur selbst keine Lust hat, eine Kolonie des englischen Kapitals zu werden, sondern auch noch mit ihren mächtigen Schultern einen Stützpunkt für die östlichen Staaten und Völker in ihrem Befreiungskampf gegen das Joch des internationalen Imperialismus bildet. Und schließlich hat der englische Kapitalismus einen hartnäckigen Kampf mit seiner eigenen Arbeiterbewegung zu bestehen.

In England reift gegenwärtig ein grandioser sozialer Konflikt heran. In beiden Lagern trifft man fieberhafte Vorbereitungen dazu. Die Konservative Partei stürzt sich, um die Stellung des englischen Kapitalismus zu stärken, in gewagte ausländische Abenteuer, wie die Mossulaffäre, sie spinnt diplomatische Kombinationen, wie den Locarnopakt, der einen Bruch mit der traditionellen Politik Englands bedeutet, das auf seine „splendid isolation“ stets so stolz gewesen war; sie zettelt Konflikte in Ägypten an, und sie trifft dazu eine Reihe Maßnahmen im eigenen Lande, die Vorbereitungsmanöver für die große Entscheidungsschlacht darstellen. Der empörend alberne Prozeß gegen die englischen Kommunisten ist nur ein Vorspiel für den Kampf gegen die mächtige englische Gewerkschaftsbewegung, die gegen sieben Millionen Proletarier umfaßt.

Im Zusammenhang damit ist eine Mitteilung des einflußreichsten konservativen Provinzorgans, des „Glasgow Herald“, von einigem Interesse, zumal sie nicht nur im Organ der Arbeiterpartei, dem „Daily Herald“, sondern auch in dem linksliberalen „Manchester Guardian“ umfangreiche Kommentare zur Folge hatte. „Glasgow Herald“ meldete, daß man in konservativen Kreisen den Sturz Baldwins vorbereite, der sich bei seiner Weichherzigkeit nicht zum General bei den bevorstehenden militärischen Aktionen eigne. Baldwin sei der Minister des Burgfriedens, während man jetzt einen Führer zum Bürgerkriege brauche. In erster Linie macht ihm die Konservative Partei den Vorwurf, daß die Zwanzig-Millionen-Unterstützung der Grubenbesitzer an die Bedingung geknüpft war, weder die Löhne abzubauen noch den Arbeitstag zu verlängern. Die Frist der Subvention läuft in drei Monaten ab, und die Aussichten auf ihre Verlängerung sind gering. Insbesondere muß damit gerechnet werden, daß der englische Staatshaushalt nach dem Kriege zum ersten Male ein Defizit aufweist, das sich gegenwärtig bereits auf 30 Millionen Pfund, möglicherweise auch mehr, veranschlagen läßt.* Nachdem Churchill als Finanzminister im vergangenen Jahre die Ein-

* Für die ersten neun Monate des Finanzjahrs betrug das Defizit bereits 123 Millionen Pfund, da jedoch im vierten Quartal Januar—März (das englische Finanzjahr beginnt am 1. April) die Einkommensteuer für das zweite Halbjahr einzugehen hat, ist anzunehmen, daß das reale Defizit erheblich geringer sein wird.

kommensteuer um einen halben Schilling heraufgesetzt hat, wird sich in England kein konservatives Kabinett mehr bereit finden, sich auf eine neue, unter den Schichten der bürgerlichen Wähler unpopuläre Erhöhung der Einkommensteuer einzulassen.

Vorbereitungen trifft man auch im Arbeiterlager. Auch dort steigt das spezifische Gewicht der kampftenschlossenen revolutionären Elemente. Der Prozeß gegen die Kommunistische Partei war nur ein Stimulans für die Ausbreitung der kommunistischen Propaganda. Die letzten Nachrichten sprechen von einem raschen Wachstum des kommunistischen Einflusses in Schottland, insbesondere in Glasgow. Die radikale Wochenschrift „Sunday Worker“ hat ihre Auflage im Vergleich mit der Wochenschrift der Unabhängigen Arbeiterpartei, „New Leader“, und der Wochenschrift Lansburys beinahe verdoppelt und ist zur offenen Tribüne geworden, von der aus sämtliche Vertreter der radikalen Richtung sprechen. Das Vertrauen der breiten Arbeitermassen, selbst soweit sie noch nicht von der kommunistischen Propaganda erfaßt sind, wendet sich den Kommunisten zu, und auch die Popularität der mit den Kommunisten sympathisierenden Arbeiterführer, wie die Cooks unter den Bergarbeitern, ist ständig im Steigen begriffen. Ebenso befindet sich der gesamte linke Flügel der Gewerkschaftsbewegung im Begriff, sich neu zu gruppieren. Andererseits ist die Unabhängige Arbeiterpartei, die die Radikalisierung der breiten Arbeitermassen spürt, bestrebt, sich von den rechten Führern zu trennen, und Macdonald, der offiziell anerkannte Führer der Arbeiterpartei und ehemalige Vorsitzende der Unabhängigen Arbeiterpartei, sieht sich gezwungen, seine Artikel in den Spalten von Provinzarbeiterzeitungen unterzubringen, da „New Leader“ seine Prosa allzu opportunistisch findet. Die von den Gewerkschaften vorwärtsgetriebene Parlamentsfraktion der Arbeiterpartei bereitet bereits die politische Plattform für den kommenden Kampf vor, der automatisch zum Ausbruch kommen wird, sobald sich im Mai dieses Jahres Grubenarbeiter und Grubenbesitzer wieder Brust an Brust gegenüberstehen werden. Diese Plattform, das Projekt für eine völlige Reform der gesamten Kohlenindustrie, wurde übrigens von der „Vereinigten Kommission der Vertreter der Arbeiterföderation, des Generalrates der Gewerkschaften, des Exekutivkomitees der Arbeiterpartei und der Arbeiter-Parlamentsfraktion“ ausgearbeitet. Im Prinzip bezweckt das Projekt die Verstaatlichung des Privateigentums an Boden und Kohlengruben, ferner die Verstaatlichung der Kohlenverteilung und -ausfuhr.*

Ferner fordert das Projekt der Arbeiterpartei die Errichtung einer Reihe von Kraftwerken im Gebiet der Kohlenindustrie, um diese mit billiger elektrischer Kraft zu versorgen, ferner von Fabriken zur Weiterverarbeitung der Kohle in Koks, Gas, Düngemittel, chemische Materialien usw. Vorgeesehen ist ferner die Elektrifizierung der Eisenbahnen. Die Leitung dieses vereinigten Industriezweiges will das Projekt in die Hände einer Strom- und Transportkommission legen, die aus sechs Sachverständigen für Kohle,

*) Zu bemerken ist, daß in England der Boden, auf dem sich die Gruben befinden, andere Eigentümer hat als die Gruben selbst. Die ersteren beziehen eine Bodenrente von ungefähr sechs Millionen Pfund im Jahr. Ein Teil dieses Bodens gehört der Kirche, die alljährlich daraus etwa 370 000 Pfund Rente bezieht, ein anderer Teil einzelnen Lords, von denen beispielsweise allein der Marquis of Bute eine jährliche Bodenrente von 115 772 Pfund bezieht.

Elektrizität, Gas, Transport, Handel und Arbeitsbedingungen bestehen soll. Die Leitung der Kohlengruben will das Projekt einem Nationalrat für Kohlen- und Stromwirtschaft übergeben. Der Nationalrat soll Autonomie genießen, wie sie in Aktienunternehmen der Direktor besitzt. Neben dem Nationalrat sollen provinzielle Räte organisiert werden, denen die Leitung des Industriezweiges in ihren Gebieten obliegt.

Zur Frage der Finanzierung schlägt das Projekt vor, die Gruben zu ihrem wirklichen Werte aufzukaufen. Hinsichtlich des Bodens gehen die Ansichten auseinander: die Föderation der Grubenarbeiter hat sich für entschädigungslose Nationalisierung des Bodens ausgesprochen.

Mit der absoluten und relativen Abnahme des englischen Handels verringert sich auch jener Profitüberschuß, den der englische Kapitalismus nicht nur aus seinen Kolonien, sondern auch aus den übrigen Ländern bezieht, und der es ihm erlaubt, seiner eignen Arbeiteraristokratie bessere Arbeitsbedingungen als auf dem Kontinente zu gewähren. In dem Maße, wie diese Quellen versiegen, beginnt der englische Kapitalismus den Arbeitslohn der englischen Arbeiter zu drücken. Abgesehen von dem Konflikt in der Kohlenindustrie reift auf derselben Grundlage auch in anderen Produktionszweigen ein Lohnkonflikt heran. Alle bisher unternommenen Lohnabbauversuche sind an der Organisiertheit, Festigkeit und Geschlossenheit des englischen Proletariats gescheitert, das mit Würde und Erfolg die allerdings noch schüchternen Angriffe sowohl der konservativen Regierung als auch des englischen Kapitals auf die Arbeiterklasse abgewehrt hat.

Ein ganz anderes Bild zeigt die Arbeiterklasse in Deutschland. Durch den Versailler Frieden, die Ruhrbesetzung und Inflation verelendet, zum erheblichen Teil durch die verräterische Politik der sozialdemokratischen Führer demoralisiert, erträgt das deutsche Proletariat geduldig die schamlose Ausbeutungspolitik des deutschen Finanzkapitals und der deutschen Schwerindustrie. Es ist schwer vorstellbar, wie sich in Deutschland, nach dem Weltkriege und nach der deutschen Revolution, wo sich die ganze Erbärmlichkeit und reaktionäre Gesinnung der deutschen Gutsbesitzer und Kapitalisten gezeigt hat, überhaupt noch Arbeiter finden können, die einer bürgerlichen Regierung und der Sozialdemokratischen Partei Glauben schenken. Das Bild, das das Wirtschaftsleben Deutschlands bietet, ist eine Illustration der wildesten und schonungslosesten Ausplünderungspolitik der Volksmassen, die mit diabolischer Konsequenz durchgeführt wird. Da die deutsche Bourgeoisie nicht über die für die Ausbeutung des deutschen Arbeiters und die Ausplünderung des gesamten deutschen Volksvermögens erforderlichen Mittel verfügt, hat sie kapitalistische Freibeuter, in erster Linie die Amerikaner, dazu herangezogen. Doch lassen wir Ziffern sprechen. Aus der Jahresübersicht über das deutsche Wirtschaftsleben in der Wochen- ausgabe der „Frankfurter Zeitung“ am 31. Dezember und 7. November heben wir folgendes hervor: Die deutsche Handelsbilanz für die ersten 11 Monate des Jahres 1925 weist einen Passivsaldo von 4,5 Milliarden Reichsmark auf. Für das gesamte Jahr betragen die Ziffern, nach den Angaben der „Neuen Freien Presse“, für die Einfuhr 12,4 Milliarden Mark, für die Ausfuhr 8,1 Milliarden. Zur Vereinfachung jedoch halten wir uns an die abgerundeten Zahlen der „Frankfurter Zeitung“. Nach ihren Berechnungen wird ein geringfügiger Teil der Passivität der deutschen Han-

delsbilanz, annähernd eine halbe Milliarde Mark, durch den unsichtbaren Export gedeckt, während die restlichen 4 Milliarden entweder durch Auslandskredite oder aber durch den Zustrom ausländischer Kredite in die deutsche Wirtschaft gedeckt werden. Die langfristigen Kredite und Anleihen, die Deutschland im Jahre 1925 erhalten hat, beziffern sich auf annähernd anderthalb Milliarden Mark. Die Beteiligung des Auslandskapitals in Gestalt von Aktienwerbungen deutscher Unternehmen beläuft sich auf eine halbe Milliarde. Somit bleiben noch annähernd zwei Milliarden Mark, d. h. etwa die Hälfte der Passivität der Handelsbilanz, die sich ausschließlich auf kurzfristige Kredite stützen. Da bereits zwei Milliarden nicht bezahlter Auslandskredite und -anleihen aus dem Jahre 1924 ins Jahr 1925 mitübernommen wurden, kann man annehmen, daß die deutsche Gesamtschuld ans Ausland binnen zwei Jahren auf 6 Milliarden aufgelaufen ist. Berechnet man den durchschnittlichen Zinssatz für diese Schulden mit $7\frac{1}{2}$ Prozent, so ergibt sich eine Gesamtsumme von 450 Millionen, die Deutschland jährlich als eine Art Kontribution ans Ausland zu zahlen hat. In Wirklichkeit ist diese Summe noch erheblich höher, denn ein Teil der ausländischen Kreditoren ist außerdem noch an dem Gewinn beteiligt. In Einzelfällen erhielten die Amerikaner für ihre Kredite 9 Prozent und waren außerdem noch mit 50 Prozent des Gewinns an den von ihnen finanzierten Unternehmen beteiligt.

Die Zahl der Arbeitslosen hat sich mehr als verdoppelt. Aus einem in der „Frankfurter Zeitung“ veröffentlichten Diagramm geht hervor, daß die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeitslosen — außer den Bergarbeitern und Handelsangestellten — im Dezember 670 000 betrug. Dazu kommt eine zweite, noch größere Arbeiterkategorie, die nur 26 bis 39 Wochen im Jahr gearbeitet hat, und die keine Erwerbslosenunterstützung bezieht. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen einschließlich der Bergarbeiter und der Handelsangestellten beträgt mindestens eine Million. Mit anderen Worten, jeder zwölfte in der Industrie, im Handel oder Transport beschäftigte Deutsche ist arbeitslos. Noch größer ist die Zahl derer, die nur eine bestimmte Zahl von Tagen arbeiten. Wir lassen die Ziffern aus einigen Gewerkschaften folgen: Im Textilarbeiterverband waren unter den arbeitenden Mitgliedern 20,8 Prozent Kurzarbeiter, in den christlichen Gewerkschaften 16 Prozent, im Verband der Konfektionsarbeiter waren 16 Prozent arbeitslos und 37,5 Prozent Kurzarbeiter. Interessant ist auch ein Vergleich zwischen den Ziffern der Jahre 1923, 1924 und 1925: Im Monatsdurchschnitt betrug die Zahl der Arbeitslosen 1923, d. h. im Jahr der Ruhrbesetzung und der Inflation, insgesamt 400 000 Personen; im August 1924 waren es 588 000, im Oktober 436 000, im Januar 1925 536 000. Somit ist die Zahl der Arbeitslosen trotz des Aufschwungs der Industrie in der zweiten Hälfte des Jahres 1924 die gleiche geblieben. In der ersten Hälfte 1925 sinkt die Arbeitslosenziffer von 536 000 im Januar auf 320 000 im Mai und 195 000 im Juli. Von September ab beginnt die Kurve neuerdings zu steigen: September 231 000, November 364 000, 1. Dezember 669 000 und 15. Dezember 1 057 000. Insgesamt sind im September $4\frac{1}{2}$ Prozent der organisierten Arbeiter arbeitslos gewesen, im November 11 Prozent; der Prozentsatz der Kurzarbeiter betrug im September 5,8 Prozent, im November 22,3 Prozent. Was den Arbeitslohn anbetrifft, so beträgt er trotz

einer gewissen Steigerung in der ersten Hälfte des Jahre 1925 im allgemeinen nur 70 Prozent des Vorkriegslohnes; dabei ist der Achtstundentag nur für 35 Prozent der in der Industrie und im Bergbau beschäftigten Arbeiter maßgebend.

Die Zahl der Bankrotte ist ständig im Steigen begriffen: im November wurden 30 344 Unternehmen zahlungsunfähig, die entweder liquidiert wurden oder ein Moratorium erhielten. Die Zahl der zu Protest gegangenen Wechsel schwankt von 5000—6000 pro Woche. Im Laufe des Jahres wurden jeden Monat gegen 160 Aktiengesellschaften gegen durchschnittlich neun im letzten Vorkriegsjahr liquidiert. Eine Reihe der größten Firmen, unter anderem der Stinneskonzern, der beim Tode seines Gründers über Aktiven im Werte einer Milliarde Goldmark verfügte, haben Bankrott gemacht. Desgleichen so große Unternehmen wie AGA, Hannoversche Waggonwerke, der Konzern Richard Cahn u. a. m. Ohne die Unterstützung der Reichsbank wäre die Zahl der Bankrotte noch höher; dazu kommt die Subvention durch Auslandskredite sowie bei zahlreichen Konzernen der Verkauf von Aktien an das Auslandskapital. Schon aus der rasch anwachsenden Arbeitslosenziffer in der zweiten Hälfte 1925 läßt sich ein Schluß ziehen, wie schwindelnd rasch die Krisis der deutschen Industrie fortschreitet. Obgleich sie in den letzten Jahren die dritte Krise ist, übertrifft sie an Umfang alle vorhergehenden, was schon die durchschnittlichen Arbeitslosenziffern bezeugen. Charakteristisch ist, daß die Produktion an Kohle, Gußeisen und Stahl in der deutschen Industrie Anfang 1925 die Vorkriegshöhe eingeholt hatte, während die Stahlproduktion sie sogar überstieg. Die deutsche Industrie stimmte damals Siegesfanfaren an. Die deutschen Zeitungen warfen sich in die Brust, während sich die englischen darüber ereiferten, daß eine Reihe englischer Aufträge an deutsche Schiffbauwerften gegangen waren, da deren Angebote um 10—15 Prozent niedriger als die der englischen Firmen lagen. In der zweiten Hälfte des Jahres 1925 setzt ein rascher Rückgang der Produktion und die Drohung einer neuen Krise ein. Welche Ursachen liegen dieser Krise zugrunde? In erster Linie haben wir es hier natürlich mit einer spezifisch und ausschließlich deutschen Krise zu tun, wie mit der durch die Ruhrbesetzung künstlich gehemmten Entwicklung der deutschen Industrie. (Bekanntlich proklamierten damals die Ruhrindustriellen den sog. passiven Widerstand, und Deutschland blieb ohne Kohlen, die es zu teuren Preisen in England kaufen mußte.) Die jetzige Krise hat mannigfaltige Ursachen. Einerseits lastet auf der deutschen Industrie zweifellos das schwere Joch des Versailler Friedens sowie das Erbe der Inflationsperiode. Andererseits ist die deutsche Krise das Resultat der Verengung des Weltmarktes für die deutsche Industrie infolge der Konkurrenz durch Inflationsländer, wie Frankreich und Italien, und des gesteigerten Protektionismus in England, das seinen Grubenbesitzern ein Darlehen von 20 Millionen Pfund gewährte; dazu kommt noch die technische Rückständigkeit der deutschen Industrie und der Mangel an Umlaufmitteln.

Betrachten wir diese verschiedenen Momente näher.

Wenn wir vom Versailler Frieden sprachen, hatten wir in erster Linie natürlich den Dawesplan im Auge, der die deutschen Reparationszahlungen

regelt. Die absolute Ziffer, die Deutschland 1925 zu zahlen hatte, war verhältnismäßig nicht hoch. Die eigentlichen Zahlungen sollen bekanntlich erst im laufenden Jahre beginnen und betragen eine Milliarde Goldmark. Im vergangenen Jahre hat Deutschland in Geld und Naturallieferungen insgesamt nur 224 Millionen Mark bezahlt. Dazu kommen noch 26 Millionen Mark Zinsen für die Anleihe von 40 Millionen Pfund, die Deutschland 1924 erhalten hat. Der Dawesplan hat indes der deutschen Regierung „im Interesse der Gesundung“ der deutschen Finanzwirtschaft die Erhöhung der Steuern zur Pflicht gemacht, die bereits Ende 1924 4,4 Milliarden Mark betragen gegenüber 1,9 Milliarden Mark 1914. Der Unterschied beträgt demnach 127 Prozent. Die staatlichen und kommunalen Steuern zusammengezählt betragen 1925 7,1 Milliarden gegenüber 4,5 Milliarden 1913, d. h. um 88 Prozent mehr. Hierbei ist hervorzuheben, daß 70 Prozent dieser Steuern auf die Arbeiterklasse, die Bauernschaft und das Kleinbürgertum entfallen.

Die zweite Ursache ist die Inflation. Infolge der Reichsbankpolitik hat sie ein ungeheuerliches Anschwellen der deutschen Industrie zur Folge gehabt. Bei der Kreditgewährung an die deutsche Industrie nahm die Reichsbank das Risiko des Marksturzes auf sich, was sie annähernd 800 Millionen Goldmark gekostet hat. Die deutschen Industriellen erzielten ungeheuerliche Profite, die sie in neuen Unternehmen anlegten. Das Anwachsen des Stinneskonzerns ist bekanntlich wesentlich auf diese Markspekulation zurückzuführen. Die Privatbanken stießen ihre Markreserven mit Freuden in Gestalt von Industriekrediten ab, da sie ihre ständige Weiterentwertung fürchteten. Die Stabilisierung der Mark machte diesem Kreditbacchanal ein Ende, und seither leidet die deutsche Industrie unter Kreditmangel. Da sie im Lande selbst die nötigen Umlaufmittel nicht findet, muß sie ihre Zuflucht zu englischen und amerikanischen Krediten nehmen. Noch Ende 1924 hieß es in der englischen Spezialpresse, die Kosten der deutschen Kohlenförderung seien so niedrig, daß die deutschen Grubenindustriellen in der Lage seien, ihre Kohle um 6 Schilling billiger als die englische zu verkaufen. Die Lage änderte sich jedoch mit dem Augenblick der Subvention der englischen Grubenbesitzer durch die Regierung.

Auf Grund des Gesetzes zum Kampf gegen die künstliche Konkurrenz, des sog. „Antidumpinggesetzes“, erhöhte die englische Industrie die Zölle auf verschiedene deutsche Industrieartikel. Andererseits versetzten auch die italienische und französische Industrie die deutsche Industrie infolge der Inflation in ihren Ländern und der verhältnismäßig billigen Arbeitskraft in eine schwierige Lage. Um den Kampf für die Erhaltung ihrer Auslandsmärkte aufzunehmen, hatte die deutsche Industrie die Möglichkeit: entweder die Produktion auf die entsprechende technische Höhe zu bringen (was ausschließlich in der Autoindustrie und auch dort nur teilweise geschehen ist) oder die Arbeitslöhne zu senken. Aber auch hier ist die äußerste Grenze erreicht, da der Arbeitslohn, wie wir gesehen haben, 30 Prozent niedriger ist als vor dem Kriege. Oder drittens aber, die Waren dem Auslande unter dem Selbstkostenpreis zu verkaufen und die Differenz auf Kosten des deutschen Konsumenten zu decken. Dazu war es natürlich in erster Linie erforderlich, die Konkurrenz des Auslandes auf dem deutschen

Markte zu unterbinden, was im vergangenen Jahre auch geschehen ist. Zusammen mit den Agrariern und der Fertigungindustrie setzte die deutsche Schwerindustrie ein neues System von Schutzzöllen durch. Aber selbst das Dumping (der Verkauf im Auslande unter dem Selbstkostenpreis) brachte keine Hilfe.

Was auch die Ursachen der Krise sein mögen, fest steht das eine, daß die Krise, die neuerdings über die deutsche Industrie mit solcher Vehemenz hereingebrochen ist, nicht etwa eine vorübergehende Erscheinung darstellt. Sowohl ein Organ der Schwerindustrie, wie die „Bergwerkszeitung“, als auch der „Vorwärts“ behaupten gleichermaßen, daß die Arbeitslosigkeit und die Industriekrise ebenso langwierigen Charakter annehmen werden wie in England nach dem Kriege. Eine Folge der vorjährigen und jetzigen Krise ist die Konzentrierung der Unternehmen in den Händen des Finanzkapitals. Während die deutschen Banken in der Inflationsperiode eifrig bestrebt waren, den Industriellen die Lage durch Kreditgewährung zu erleichtern, schlugen sie seit der Stabilisierung der Mark eine andere Politik ein; sie schränkten die Kredite ein und brachten die Unternehmen, die aus Mangel an Umlaufmitteln fallierten, in ihre Hände. (Die Rolle, die die deutschen Banken unter anderem bei der Beschleunigung des Stinnesbankrotts gespielt haben, ist bekannt.) An die Stelle der früheren vertikal aufgebauten Konzerne sind nunmehr in Deutschland neue, sich horizontal erstreckende Konzerne getreten, die charakteristischerweise nicht nur die Industrie, sondern auch die Landwirtschaft umfassen, und deren formaler oder faktischer Besitzer das deutsche Bankkapital ist, das entweder auf eigene oder aber auf Rechnung des amerikanischen Bankkapitals operiert. Nachdem die deutschen Banken auf diese Weise einen Teil der deutschen Industrie in ihren Händen konzentriert haben, sind sie jetzt auf der Suche nach einem Auswege aus der Situation. Man kann sich unschwer vorstellen, in welcher Richtung sie ihn suchen werden. Bereits im vergangenen Jahre wurde in der deutschen bürgerlichen Presse systematisch die Herabsetzung der auf der Industrie lastenden Steuern gefordert, was eine weitere Abwälzung dieser Steuern auf die Arbeiter- und Bauernschaft, die jetzt schon 70 Prozent der staatlichen Steuern zahlen, bedeutet. Dazu kommen neue Versuche, die Löhne abzubauen und den Arbeitstag zu verlängern. Und das Resultat des Ganzen: eine Zuspitzung der inneren Gegensätze in Deutschland, eine Verschärfung des Klassenkampfes. In diesem Sinne ist die Lage analog der Situation 1923, jedoch unter folgenden, für die Arbeiterklasse ungünstigen Abweichungen: Stabilisierung der internationalen politischen Lage Deutschlands, Festigung des Staatsapparates, enger Zusammenhang der deutschen Wirtschaft mit dem amerikanischen Kapital, das an der politischen und finanziellen Unterstützung des deutschen Kapitalismus interessiert ist.

Wie bereits erwähnt, hat Deutschland 1926 eine Milliarde Reparations-schulden zu zahlen. Auf Grund des Dawesplanes müssen diese Markzahlungen im Auslande in entsprechende Valuta umgewechselt werden. Die Folge dieses gesteigerten Markangebotes wird die Entwertung der Mark sein, und Deutschland droht der Verlust des einzigen realen Resultats all der schweren Opfer, die die deutsche Wirtschaft und insbesondere die deutsche Arbeiterklasse von 1923 bis jetzt für ihre Stabilisierung gebracht hat.

Mit welchen Aktiven und Passiven tritt die französische Wirtschaft in das Jahr 1926 ein? Nach den ersten elf Monaten 1925 wies die französische Handelsbilanz einen Aktivsaldo von 2250 Millionen Franken auf. Somit verkauft es bereits das zweite Jahr mehr, als es einkauft. Da jedoch die Rohstoffkäufe im Auslande für gewöhnlich gegen Ende des Jahres getätigt werden, ist anzunehmen, daß die Handelsbilanz des Jahres 1925 mit annähernd zwei Milliarden aktiv abschließt. Ebenso günstig verhält es sich mit der französischen Zahlungsbilanz, deren Aktiva sich auf 10 Milliarden Franken belaufen. In diesem Aktivsaldo sind enthalten: 2 Milliarden Exportüberschuß, 3 Milliarden Zinsen von Auslandswerten, 3 Milliarden Einnahmen aus dem Fremdenverkehr, 2 Milliarden Einnahmen aus Frachten und Versicherungen. Wie steht es nun mit den Passiven? Nach den Berechnungen des englischen „Economist“ vom 9. Januar 1926 hatte Frankreich für staatliche Auslandsanleihen und sonstige Geldüberweisungen 5,7 Milliarden Franken in ausländischer Valuta zu bezahlen. Diese Ziffer ist keinesfalls zu hoch gegriffen. (Nach der Zahlungsbilanz 1924 betrugen die Überweisungen der Arbeiter an ihre im Auslande lebenden Familien allein 500 Millionen Franken.) Somit schließt auch die Zahlungsbilanz für Frankreich günstig. Dabei verschärft sich jedoch in Frankreich selbst die Finanzkrise unaufhörlich. Im Laufe des Jahres 1925 betrug die Entwertung des Frank 55 Prozent. Die Staatsfinanzen befinden sich in einem unglaublichen Chaos. Die Finanzminister haben 1925 viermal gewechselt: Clementel, Caillaux, Loucheur und Doumer. Sie kamen und gingen so rasch, daß sie überhaupt nicht dazu kamen, brauchbare Vorschläge zur Rettung aus der Finanzkrise zu machen. Die Vorschläge, die sie machten, waren keineswegs revolutionär. Ihr Zweck war vielmehr, irgendeinen vorläufigen Ausweg aus der Lage zu finden. So bestätigt sich die oft von den Franzosen selbst aufgestellte These: „Frankreich ist ein reiches Land mit einer armen Regierung.“ Aber auch was die Industrie- und Handelsblüte Frankreichs anbelangt, so sind eine Reihe Einschränkungen zu machen. Obgleich der französische Handel Ende 1925 eine Zunahme um 25 Prozent gegenüber dem Vorkriegshandel aufweist, ist nicht zu vergessen, daß diese Zunahme in erster Linie auf die Gebietsvergrößerung Frankreichs durch Elsaß-Lothringen mit seiner hochentwickelten Metallindustrie zurückzuführen ist. Nimmt man die Ziffern für Frankreich ohne Elsaß-Lothringen, so ergibt sich, daß Ende 1924 weder die Kohlenförderung noch die Produktion von Gußeisen und Stahl die Vorkriegsproduktion eingeholt hatte. Erst Ende 1925 näherte sie sich wieder der Vorkriegsnorm. Als zweiter Umstand sind die Arbeiten zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete in Nordfrankreich in Betracht zu ziehen, für die über 80 Milliarden Franken an inneren Anleihen aufgewendet wurden, die zur Bezahlung von Aufträgen an die französische Industrie dienten. Der Wiederaufbau geht nunmehr seinem Ende entgegen, und die französische Industrie steht vor der Aufgabe, den zusammenschrumpfenden inneren Markt mit dem äußeren Markte zu vertauschen. Schließlich hat auch der Frankensturz kolossal zur Hebung der französischen Industrie beigetragen, da die Inflation ein Mißverhältnis zwischen dem Steigen des Arbeitslohnes und dem Verfall der Währung mit sich bringt. Die Hochkonjunktur der französischen Industrie beruht also auf dem Sinken des Arbeitslohnes. Die Folge

der Frankenstabilisierung, ohne die eine Gesundung der Staatsfinanzen ausgeschlossen ist, wird für die französische Industrie ein Sinken der Ausfuhr ins Ausland und eine unvermeidbare Krise sein. Augenblicklich kennt Frankreich keine Arbeitslosigkeit, aber schon macht sich, namentlich unter den Angestellten der staatlichen Betriebe, die am schlechtesten bezahlt sind, eine Lohnbewegung geltend. Die kürzliche Kundgebung der Angestellten in Paris ist nur der Vorläufer einer Bewegung, die von den Staatsbetrieben auch auf die privaten Unternehmen überspringen wird. Die Hochkonjunktur der französischen Industrie beruht allerdings nicht nur auf der Ausbeutung der Arbeiterklasse, sondern auch auf der raschen Proletarisierung der mittleren Bevölkerungsschichten. Dem Block der Radikalen und der Sozialdemokraten war es vorbehalten, zur Pauperisierung der gesellschaftlichen Schichten beizutragen, auf die sie sich stützen: des Kleinbürgertums, der Bauernschaft und eines Teils der Arbeiterklasse. Unter der Regierung des Linksblocks vom Mai 1924 hat der Franken mehr als 70 Prozent seines Wertes eingebüßt. Ende Dezember wurde die französische dreiprozentige ewige Rente, in der einige hundert Millionen Ersparnisse des Kleinbürgertums angelegt sind, und deren Nominalwert vor dem Kriege hundert Goldfranken betrug, an der Pariser Börse mit 46 Franken bewertet. 46 Papierfranken sind nach dem heutigen Kurse etwa 9 Goldfranken. Also neun statt hundert. Daran läßt sich der Umfang der Verarmung des französischen Kleinbürgertums ermessen.

Wir wollen uns hier nicht mit der wirtschaftlichen Lage Italiens aufhalten, dessen Handelsbilanz mit einem Passivum von 7 Milliarden Lire schließt, das zum Teil durch die Einnahmen aus dem Fremdenverkehr und durch die Überweisungen der zu Hunderttausenden, namentlich nach Frankreich auswandernden italienischen Arbeiter gedeckt wird. Wir werden auch nicht von Polen sprechen, wo ganze Industriegebiete verödet sind und die schwankende Valuta mit Hilfe von englischen und amerikanischen Anleihen gestützt werden muß. Man spricht auch von diesbezüglichen Verhandlungen mit dem Völkerbunde.

Nur noch einiges über die Sowjetunion vom Gesichtspunkte der Weltwirtschaft aus.

Der Wirtschaftsberichterstatte der „Neuen Freien Presse“ weist darauf hin, daß das Jahr 1925 durch den jäh auftretenden Einfluß der Sowjetwirtschaft auf dem Weltmarkte gekennzeichnet war. Seit der Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen 1921 sind die Außenhandelsumsätze der Sowjetunion ständig im Steigen begriffen. Im Auslande hat man das vielfach für eine vorübergehende Erscheinung gehalten. Unseren statistischen Angaben stand man skeptisch gegenüber und erwartete allgemein, daß diesem zeitweiligen wirtschaftlichen Aufschwung ein Wirtschaftschaos folgen werde. Es dauerte fünf Jahre, bis die bürgerlichen Theoretiker von unserer Wirtschaft als einem immensen internationalen Faktor Kenntnis nahmen. „Das Jahr 1925“ schreibt der obenerwähnte Autor, „war für Rußland politisch und wirtschaftlich außerordentlich wichtig.“

Das Resultat der kapitalistischen Gesamtwirtschaft 1925 ist eine allgemeine Zuspitzung der Krise in der zweiten Hälfte des Jahres; die Zahl der registrierten Arbeitslosen steigt ständig an. Parallel damit: Pauperisierung der mittleren Gesellschaftsschichten in ausnahmslos allen Ländern:

Konzentrierung kolossaler Produktionsmittel in den Händen von Trusten und Kartellen, hinter denen das Bankkapital steckt; fortschreitende Vertrustung, namentlich der Schwerindustrie, in Amerika, England, Deutschland und Frankreich; unerhörte Stärkung des Finanzkapitals, das aus allen Wandlungen der kapitalistischen Wirtschaft nicht nur unversehrt, sondern sogar mit verdoppelter Stärke hervorgeht. Es scheut weder die Inflation noch die Stabilisierung. Im Oktober 1925 wurde in New York auf der Konferenz der Direktoren der Amerikanischen Föderalbank, der Britischen Bank und der Deutschen Reichsbank eine heilige Bankallianz geschlossen, in die jetzt auch noch die französische und holländische Bank einbezogen werden. Das Ziel dieser Allianz ist die faktische Herrschaft über die gesamte kapitalistische Welt. Unter den kapitalistischen Klassen selbst entwickeln sich die immanenten Gegensätze, die mit den auseinandergehenden Interessen der kapitalistischen Gruppen der einzelnen Länder verknüpft sind. Das Charakteristikum des Jahres 1925 ist die Verschärfung des wirtschaftlichen Antagonismus zwischen England und Amerika; er wird zur Zeit noch durch ihre politische Einheitsfront verdeckt, die jedoch schon eine Reihe Sprünge aufweist. Für das Jahr 1926 stehen Riesenkämpfe zwischen dem Proletariat und der Kapitalistenklasse bevor.

Die bürgerlichen Wirtschaftler vermögen die Verschärfung der ökonomischen Krise zwar nicht zu leugnen, sie trösten sich aber damit, daß wenigstens die politische Stabilisierung der kapitalistischen Welt 1925 einen großen Fortschritt gemacht hat. Die Wichtigkeit des Locarno-Abkommens auf diesem Gebiete ist unbestreitbar: es hat eine Reihe Gegensätze zwischen den westlichen kapitalistischen Staaten beseitigt und eine Neugruppierung, in zahlreichen Fragen zweifellos solidarischer Kräfte, geschaffen. Der Anschluß Frankreichs an England in der Mossulfrage ist nicht das Resultat der französischen Realinteressen in Mittelasien, wo es sich an seiner eignen Grenze in Gestalt der Türkei einen neuen Feind schafft, sondern ein Resultat von Locarno. Ebenso verhält es sich mit dem Beitritt Deutschlands zum Washingtoner Abkommen, das sich gegen die wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit Chinas richtet. Auch hier sind es nicht die realen oder, wie man sagt, die nationalen Interessen, die diese Politik diktieren, sondern der Umstand, daß Deutschland im Osten in immer steigendem Maße die Rolle eines Sekundanten Amerikas und insbesondere Englands spielt. Sowohl in der Türkei als auch in Afghanistan und Persien intrigiert die deutsche Diplomatie zusammen mit der englischen.

Unbestreitbar ist auch, daß Locarno, um den ganz gemäßigten Ausdruck einiger bürgerlicher Zeitungen zu gebrauchen, ein „Embryo“ ist, das zu einem aktiven Block gegen die Sowjetunion anwachsen kann. England kann auch noch andere „Embryonen“ auf dem Balkan und im Baltikum hervorrufen. Der vorjährige Versuch, einen baltischen Block gegen die Sowjetunion ins Leben zu rufen, ist allerdings gescheitert. Gescheitert ist bis jetzt auch der Versuch eines „Balkan-Locarno“: doch ist vorauszu- sehen, daß dieser Versuch noch mehr als einmal wiederholt werden wird. Mißglückt ist auch der Versuch, die Sowjetunion zu isolieren. Frankreich, Polen, die Tschechoslowakei und Jugoslawien (das die internationale Stärkung Italiens nicht ohne Furcht mit ansehen kann) fühlen sich durch den Locarnovertrag in internationaler Beziehung politisch geschwächt und

suchen eine Annäherung an die Sowjetunion. Ebenso wenig vermochte Locarno die Gegensätze zwischen den englischen und französischen Interessen im Mittelmeer, in Nordafrika und in Mittelasien zu beseitigen. Es ist kein Zufall, daß es gerade Engländer sind, heute Gardiner, morgen Canning, die im Namen der Rifrepublik Verhandlungen anzuknüpfen suchen. Und ebensowenig ist es ein Zufall, daß die Kampagne gegen Frankreich im Zusammenhang mit dem syrischen Aufstand in erster Linie von der englischen Presse geführt wurde, die sich unter anderem auch kein Gewissen daraus machte, eine ganze Reihe erlogener Sensationsmeldungen zu verbreiten. England ist daran interessiert, Frankreich von Gibraltar fernzuhalten. Ebenso will England nicht, daß sich Frankreich in Syrien festsetzt. Es stört dort seine Pläne, die auf die Gründung eines arabischen Reiches hinauslaufen, mit zahlreichen Spielzeug-Herrschern, die dort als Vorposten zum Schutze der indischen Grenze dienen sollen, in den Händen der englischen Diplomaten; ferner fühlt sich England auch in seiner Herrschaft über Ägypten und Palästina durch Frankreich behindert. Ebenso will England ungestört die Verteidigung des Suezkanals ausbauen, dessen unkontrollierter Herrscher es ist. Die englische Politik läßt keine Gelegenheit verstreichen, um der Sowjetunion in Warschau, Paris, Belgrad und Rom Schaden zuzufügen. (Das letzte Zusammentreffen in Rapallo galt Zeitungsnachrichten zufolge der Sowjetunion.) England sucht die Arbeiter- und Bauernregierung zu kompromittieren, indem es der Sowjetunion die Absicht andichtet, den Fehler Deutschlands wiederholen zu wollen, das sich aus Furcht vor der Isolierung mit geschlossenen Augen in einen Präventivkrieg stürzte. Es hält die alberne und längst durch die Praxis widerlegte Behauptung aufrecht, daß nicht Europa die Sowjetunion, sondern die Sowjetunion Europa benötige; die englische Diplomatie und Presse verbreiten immer noch die Auffassung, daß die Sowjetregierung am Vorabend ihres Sturzes stehe. Noch immer paktiert England mit den russischen Weißgardisten, für die Scotland Yard die alte russische Ochrana ersetzt. Es unterschiebt gefälschte Verträge, die heute Italien den Beweis liefern sollen, daß die Sowjetunion mit der Türkei ein Militärbündnis gegen Italien geschlossen habe, und die morgen der Türkei beweisen sollen, zwischen uns und Italien bestünde ein Geheimvertrag über die Aufteilung der Türkei. Mit andern Worten, England arbeitet mit allen offenen und geheimen Mitteln und Methoden, um der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung der Sowjetunion, die auch die bürgerlichen Wirtschaftler anerkennen müssen, Hindernisse in den Weg zu legen.

Die revolutionären Ereignisse in Schanghai im Vorjahre, der erfolgreiche Kampf der Kantonregierung gegen die reaktionären Generale waren nicht nur ein Schlag gegen den englischen Einfluß, sondern auch gegen die Taschen der englischen Kaufleute. Aber England ist gegen die revolutionäre Bewegung im Osten ohnmächtig, die, wenn auch über Phasen von Aufstieg und Reaktion hinweg, immer neue Millionen der Bevölkerung Asiens erfaßt.

England ist nicht imstande, die sich anbahnenden wirtschaftlichen und politischen Beziehungen der Sowjetunion, nicht nur mit den Völkern des Ostens, sondern auch mit kapitalistischen Staaten, aufzuhalten. Es ist nicht einmal imstande, der sich in den letzten Wochen anbahnenden wirtschaftlichen Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland, die ihrerseits zum

„Embryo“ eines europäischen Kontinental-systems werden kann, Hindernisse in den Weg zu legen. England ist auch nicht imstande, die stürmische Entwicklung des amerikanischen Kapitalismus zu hemmen, der Großbritannien nicht nur auf dem Weltmarkte, sondern sogar in seinen eigenen Kolonien und Dominions verdrängt. Alle diese Tatsachen und Erscheinungen bedingen tiefgehende wirtschaftliche und politische Veränderungen im Leben Englands selbst sowie die Zuspitzung der Klasse-gegensätze und das Erwachen der revolutionären Kräfte.

1926 sollen zwei internationale Konferenzen stattfinden, eine Abrüstungs- und eine Wirtschaftskonferenz. Von der letzteren haben wir bereits gesprochen. Über die erstere ist nur zu sagen, daß schon ihre Vorbereitung Interessenkonflikte zwischen Amerika, England und Frankreich ausgelöst hat. Die von England betriebene Kampagne zur Einberufung einer gegen Frankreich gerichteten Sonderkonferenz zwecks Verbots des U-Bootskrieges ist zwar gescheitert, aber sowohl England als auch Amerika sind bestrebt, die Abrüstung der Seestreitkräfte von der Tagesordnung der bevorstehenden Konferenz abzusetzen, so daß sich die Abrüstungskonferenz ausschließlich gegen die Mächte mit überwiegend Landstreitkräften und insbesondere gegen Frankreich richten würde. Damit ist diese ganze pazifistische Geste in Frage gestellt. In noch stärkerem Maße ist der kapitalistische Pazifismus durch die zunehmende Wirtschaftskrise in Deutschland bedroht, die die Sprengung des pazifistischen Dawesplans, die Sprengung der internationalen Zusammenarbeit der kapitalistischen Klassen zum Wiederaufbau ihrer Wirtschaft und zur Stabilisierung des Friedens bedeutet.

Die Hinterlassenschaft des Jahres 1925 ist nicht pazifistisch: Krieg am Rif und in Syrien, drohende Konflikte in Ägypten und in der Mossulfrage, revolutionäre Explosionen im Osten, Streiks und revolutionäre Bewegungen in allen kapitalistischen Ländern.

BENNET :
DIE ENGLISCHE UNABHÄNGIGE ARBEITER-
PARTEI (ILP) UND DIE EINHEITLICHE
INTERNATIONALE

Die wirtschaftliche Lage Englands

Ungeachtet aller diplomatischen Siege Englands im Osten (Sudan und Irak) und in Europa (Locarno) mußte Lloyd George jüngst anerkennen, daß „das Jahr 1925 für den britischen Handel kein besonderes gewesen sei“. Er hat sich damit etwas zurückhaltend geäußert. Ohne zu übertreiben, darf man behaupten, daß dieses Jahr ein katastrophales gewesen sei und in gewissem Grade die pessimistische Voraussage A. Smiths, eines prominenten Führers in der englischen Industrie, gerechtfertigt habe. Den englischen Handel konnten weder die diplomatischen Siege noch das vollwertige englische Goldpfund retten, auf das Churchill so große Hoffnungen gesetzt hatte.

Betrachten wir die Industrie, so können wir uns bald davon überzeugen, daß das Jahr 1925 einen Schritt rückwärts bedeutet — selbst gegenüber dem Jahr 1924. Die Gewinnung von Kohle machte im Jahre 1924 92,2 Prozent der Gewinnung vor dem Kriege aus, 1925 sank sie auf 88,2 Prozent. Ein noch stärkeres Sinken ist in der Eisen- und Stahlindustrie zu konstatieren. Im Jahre 1924 erreichte sie 86,7 Prozent, im Jahre 1925 aber nur 76,2 Prozent des Vorkriegsstandes. Ein wenig besser steht es um den Export, den Lebensnerv der britischen Inseln. Im Jahre 1924 betrug er 80 Prozent des Exports von 1913, im Jahre 1925 sank er auf 78 Prozent. Was jedoch die Industrie Englands in ihrer Gesamtheit betrifft, so kommt das „Labour Research Department“ zu der Berechnung, daß diese im Jahre 1925 80 bis 85 Prozent der Industrie von 1913 betrug, während sie im Jahre 1924 schon 90 Prozent des Vorkriegsstandes erreicht hatte.

Am übelsten steht es in England um die Lage der Arbeiterklasse. Die auf den Schwarzen Freitag folgende mehrjährige Periode bis zum Jahre 1925 charakterisiert sich durch die allmähliche, systematische Verschlechterung der materiellen Lage des englischen Proletariats. Nach den Berechnungen der „Labour Gazette“ beliefen sich die Verluste der Arbeiter an Arbeitslöhnen auf die Summe von 547 Millionen Pfund, d. s. gegen 10 Milliarden Mark jährlich. Damit ist die Tatsache zu erklären, daß alle großen Gewerkschaften zu Beginn des vergangenen Jahres mit erhöhten Lohnforderungen auftraten. Diese Forderungen stießen auf das von den Unternehmerverbänden aufgestellte Gegenprogramm der Kürzung der Arbeitslöhne und Verlängerung des Arbeitstages. Der Vorsitzende des Ministerrats, der die Interessen aller Unternehmerverbände in ihrer Gesamtheit vertritt, hat am 30. Juli 1925 un-
zweideutig erklärt, daß man den Arbeitslohn in allen Industriezweigen werde kürzen müssen.

Ohne uns in Details einzulassen, wollen wir hier die Tatsachen anführen, in denen die Verschlechterung der Lage der Arbeiter im Jahre 1925 ihren klaren Ausdruck gefunden hat.

1. Die Zahl der Arbeitslosen ist gestiegen. Die offizielle Registrierung der durch die staatliche Sozialversicherung unterstützten Erwerbslosen zeigt dieses zwar nicht an; wir können uns aber dieser Registrierung für den Vergleich von 1924 und 1925 aus dem einfachen Grunde nicht bedienen, weil die Regierung Baldwins ganze Kategorien von Arbeitern aus der Zahl der zum Genuß der staatlichen Sozialversicherung Berechtigten ausgeschlossen hat. Unsere Behauptung von der Zunahme der Arbeitslosenzahl gründet sich:

- a) auf die merkliche Zunahme der Zahl der arbeitslosen Proletarier, die von Wohlfahrtsausschüssen eine Unterstützung erhalten;
- b) auf die Statistik der Gewerkschaften. Im Jahre 1924 belief sich die Zahl der arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder auf 8,7 Prozent der gesamten organisierten Arbeiter, während diese Zahl im Jahre 1925 auf 10,5 Prozent stieg.

2. Die von der Regierung Baldwin vorgenommenen Auslegungen des Gesetzes über staatliche Sozialversicherung haben zu einer wesentlichen Einschränkung der vom Staat den Arbeitslosen zu erweisenden Hilfe geführt. Die zwischen den Wohlfahrtsausschüssen und der Regierung wegen der Frage der Unterstützung von Arbeitern, die aller Existenzmittel beraubt sind, entstandenen Konflikte zeugen in beredter Weise von den mörderischen Folgen der willkürlichen Auslegungen der Regierung Baldwin für Hunderttausende von Arbeitern.

3. Die Teuerung ist ungeachtet der Einführung der Goldvaluta im Laufe des Jahres 1925 noch angestiegen. Im Jahre 1924 betragen die Lebenshaltungskosten gegenüber dem Jahre 1914 174,7 Prozent, im Jahre 1925 erreichten sie 175,6 Prozent. Hierbei wurden die Arbeitslöhne nicht nur nicht erhöht, sondern in einer ganzen Reihe von Industriezweigen faktisch herabgesetzt. Von der Kürzung des Arbeitslohns wurden besonders die Seeleute und Bergarbeiter betroffen, und das Ende des Jahres 1925 brachte den Eisenbahnarbeitern die Verordnung des Tarifausschusses, die im Grunde nichts anderes bedeutet als einen neuen Vorstoß gegen den Arbeitslohn der Eisenbahnarbeiter.

Trotz der merklich verschlechterten Lage der Arbeiter im Jahre 1925 setzen die herrschenden Klassen ihren Angriff gegen die Arbeitsbedingungen weiter fort. Die Bergbaumagnaten haben ultimativ ein Programm formuliert, das mit der Verlängerung des Arbeitstages zugleich die Kürzung des Arbeitslohns fordert. Die Unternehmer aus der Maschinenbauindustrie begnügen sich zunächst mit der Forderung einer Verlängerung des Arbeitstages. Der weitaus größte Teil der Leiter der Eisenbahngesellschaften gibt sich mit der oben erwähnten Verordnung des Tarifausschusses allein nicht zufrieden und besteht auf einer radikaleren Beschneidung des Arbeitslohns.

Aus allen Maßnahmen der Leiter der englischen Industrie geht hervor, daß ihre Hauptlösung die Verbilligung der Produktion ist, die sie auf Kosten einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der Werk tätigen zu erreichen gedenken.

Die Gegenüberstellung dieser beiden Tatsachen, der verschlechterten Lage der Arbeiter und der fortgesetzten Offensive des Kapitals, weist darauf hin, daß England unvermeidlich überaus ernsten wirtschaftlichen Konflikten entgegengeht. Dank dem Anwachsen des Faschismus einerseits und der ge-

steigerten Aktivität der Arbeiterschaft andererseits werden diese Konflikte fraglos eine Verschärfung erfahren.

Der englische Faschismus hat erst vor ganz kurzer Zeit das Licht der Welt erblickt. Die Bedingungen des allgemeinen Niedergangs des einst so mächtigen Reiches haben das Wachstum und die Entwicklung des Faschismus sehr gefördert. Es kommt hinzu, daß die regierenden Klassen, degeneriert und verwöhnt durch die lange Periode ihrer Vormachtstellung, ihre ganze Hirnenergie auf die Auspressung der ihnen unterjochten Völker einzustellen gewohnt waren und nun unfähig sind, mit den neuen Rivalen mittels Verbesserung der Technik und der Organisationsmethoden der Produktion erfolgreich zu wetteifern. Andererseits leuchtet es ihnen durchaus ein, daß man die Methoden der ursprünglichen Akkumulation im gegenwärtigen England, das wohl eine zerklüftete, aber immerhin doch machtvolle Arbeiterbewegung besitzt, nicht mehr anwenden könne. Und eben deshalb setzen die herrschenden Klassen immer geringere Hoffnungen auf die konstitutionellen Methoden; so konnte auch Joynson Hicks offen bekennen, daß eine gewisse Ausnutzung der Methoden Mussolinis auch für das demokratische England von Nutzen sein könnte. Nebenher vergessen sie es aber auch nicht, sich den Sozialreformismus in jeder Weise zunutze zu machen. Tatsache ist jedenfalls, daß der Faschismus sich in den zwei letzten Jahren zu einem ernsthaften Faktor im öffentlichen Leben Englands entwickelt hat, und daß die Teilnahme der „Organisation zur Aufrechterhaltung der Versorgung“, einer unverhüllten Streikbrecherorganisation, in den bevorstehenden Konflikten eine große Rolle spielen wird.

Zugleich mit dem Anwachsen des Faschismus ist, wie oben erwähnt, auch eine Steigerung der Aktivität der Werktätigen zu beobachten. Seit dem Schwarzen Freitag hat sich die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder lange Zeit hindurch auf absteigender Linie bewegt. Die letzten Monate zeigen einen Erfolg der Kampagne für die Rückkehr der Arbeiter in ihre Gewerkschaften. Die Aktivität der Arbeiter ist auch in allen Wahlkampagnen, beginnend mit der allgemeinen Wahlkampagne am Ausgang des Jahres 1924 und endend mit den Munizipalwahlen ausgangs 1925, zum Ausdruck gekommen. Es ist nicht zuviel gesagt, wenn man behauptet, daß die Auseinandersetzung zwischen den revolutionären und reformistischen Tendenzen mit jedem Tag eine weitere Verschärfung erfährt. Die gesamten Ereignisse des Jahres 1925 bestätigen die Richtigkeit dieser Behauptung. Wir werden uns jedoch hier auf eine eingehendere Analyse jener Ereignisse beschränken, die auf den Kongreß von Liverpool folgten, wo es den Anschein hatte, als wenn der Sozialreformismus einen so glänzenden Sieg davongetragen hätte.

Bevor wir aber zu den auf Liverpool folgenden Ereignissen übergehen, möchten wir darauf hinweisen, daß neue Tatsachen, die in der letzten Zeit bezüglich des Kampfes innerhalb der Delegationen des Liverpooler Kongresses über die Frage der Kommunistischen Partei veröffentlicht wurden, dartun, daß der Sieg Macdonalds keineswegs ein so verblüffender gewesen ist.

In der Delegation der Bergarbeiter hatte die Macdonaldgruppe 67 Stimmen gegen 56 erhalten. Bei einem demokratischen Abstimmungssystem hätte ein solches Stimmenverhältnis bedeutet, daß mehr als 350 000 für die Kommunisten und annähernd 450 000 Stimmen — gegen sie abgegeben worden seien.

Auf Grund des bestehenden Abstimmungssystems wurden jedoch alle 800 000 Stimmen Macdonald zugesprochen. Der Verband der Maschinenbauer, der gegen 400 000 Mitglieder zählt, wurde im ganzen durch 5 Delegierte vertreten, von denen 3 für und 2 gegen Macdonald stimmten; demnach hatten sich auch zwei Fünftel dieser Delegierten gegen die Linie Macdonalds ausgesprochen. Am interessantesten ist das Kräfteverhältnis innerhalb der Independent Labour Party (Unabhängige Arbeiter-Partei), die auf den Kongressen der Labour Party (Arbeiter-Partei) die führende Rolle spielt. Sie wurde durch 24 Delegierte vertreten, von denen 13 für die Linie Macdonalds, 11 gegen dieselbe stimmten. Es hätte genügt, daß der linke Flügel nur eine Stimme mehr erhielt, und die ganze Fraktion der ILP wäre um die Möglichkeit einer aktiven Teilnahme am Kampfe zwischen den Kommunisten und den Sozialreformisten auf dem Liverpools Kongreß gekommen.

Wir beschränken uns auf diese drei Tatsachen. Sie sprechen in genügend beredter Weise dafür, daß der Kampf zwischen der reformistischen und revolutionären Taktik dank den schlaun Statuten des Herrn Webb der Arbeiterbewegung verborgen geblieben war.

Nach Liverpool

Gleich nach Beendigung des Liverpools Kongresses beilte sich der neue Vorsitzende der Labour Party, der traurig berühmte Robert Williams, allen Zweifelnden und Schwankenden die Versicherung zu geben, daß der Liverpools Kongreß der LP die Frage des Kommunismus in England ein für allemal liquidiert habe. Der bekannte Führer der „Plebs League“, Horrabin, der sich selbst für einen parteilosen Kommunisten hält, zeigte weniger Vertrauen zu der automatischen Wirkung der Liverpools Resolution und wandte sich an die Kommunistische Partei mit einem Aufruf, ihre Organisation aufzulösen, um die Gegner des Ausschlusses der Kommunisten nicht in eine prekäre Lage zu bringen. Er versprach ihnen hierbei, daß die Linken solchen edlen Akt der Kommunisten zu schätzen wissen würden. Lansbury und Brailsford, die beide am Vorabend des Kongresses das Manifest gegen den Ausschluß der Kommunisten unterschrieben hatten, beeilten sich am Tage nach dem Kongreß, in den Spalten der von ihnen redigierten Journale „Workers Weekly“ und der „New Leader“ mit der Erklärung aufzutreten, daß die Kommunisten den ihnen auf dem Liverpools Kongreß versetzten Schlag vollauf verdient hätten. Diese linken Literaten haben dabei nicht überlegt, daß die Kommunisten in Liverpool ehrlich, mit aufgerollten Fahnen gekämpft haben, und daß nur diejenigen eine beschämende Niederlage erlitten haben, die sich vor dem Kongreß den Anschein gaben, gegen Macdonald zu kämpfen, auf dem Kongreß selbst aber feige den Mund hielten.

Wir haben indes diese Ansichten nicht deshalb angeführt, um gegen sie zu polemisieren. Das Gebaren dieser Journalisten ist vor allem deshalb charakteristisch und lehrreich, weil es eine gewisse Vorstellung von den Stimmungen gibt, die in den offiziellen Kreisen der Arbeiterbewegung unmittelbar nach dem Siege Macdonalds in Liverpool geherrscht haben. Gleichzeitig zeigt es die Sphäre, in der die Kommunistische Partei ihre Tätigkeit in England verrichten muß. Sein Hauptwert besteht aber darin, daß es das wahre Gesicht jener „Linken“ enthüllt, die sich den Kommunisten gegen-

über ebenso böse verhalten wie Macdonald und seine Gefährten, wiewohl sie in der Regel weniger Selbstbewußtsein und mehr Vorsicht an den Tag legen.

Robert Williams hat die Geheimnisse dieser linken Führer in dem gleichen Aufsatz (siehe Labour Magazin, November 1925) verraten, in dem er das kommunistische Problem für gelöst erklärte. Seine Grabrede am vermeintlichen Grabe der Kommunisten schließt er mit der Erklärung, daß die Linken in der Arbeiterbewegung nunmehr eine größere Rolle spielen würden als bisher. Sonderbare Prophezeiung! Man sollte meinen, daß ein voller Sieg Macdonalds die Position der Linken kaum verbessern könnte. Und doch ist in den Erörterungen dieses Helden des Schwarzen Freitag eine bestimmte Logik vorhanden. Zugleich mit einigen linken Schönrednern haßt er die Kommunisten aus zwei Gründen. Die englischen Kommunisten haben sich wie die Kommunisten anderer Länder die Gewohnheit zu eigen gemacht, Worte und Taten der linken Schwätzer zu vergleichen und zu überprüfen. Solche Prozedur ist für so manchen im wahren Sinne des Wortes tödlich. Dazu kommt, daß sie zu ihrem Entsetzen feststellen müssen, daß alle Massenaktionen der Arbeiterklasse in England im letzten Jahre einen deutlichen Stempel des Einflusses der Kommunistischen Partei tragen; wir erinnern beispielsweise an die Mai-Demonstration, an den Roten Sonntag der Arbeitslosen, an die Aktionsausschüsse, an den Kongreß in Scarborough und selbst an die dem Liverpools Kongreß vorgeschlagenen Resolutionen. Wir denken dabei natürlich nicht an das von Webb ausgearbeitete „Programm für nationalen Aufbau und Reform“, sondern an die Anträge, die aus dem Schoße der Arbeiterbewegung hervorgegangen sind. — Und die entthronten Linken träumen davon, daß sie nach dem Tode der Kommunistischen Partei deren Erbschaft werden antreten können, und daß die Arbeitermassen, wenn sie ihren wiederholten Verrat vergessen haben, sich ihnen wieder mit dem früheren Vertrauen nähern werden!

Joynson Hicks hat es vorzüglich erfaßt, daß die Resolutionen des Liverpools Kongresses und die Angriffe der sogenannten Linken ihm die Hände lösen. Es gab eine Zeit, wo er bereit war, dem Rat seines Führers Baldwin zu folgen und darauf zu warten, daß die Gegenseite den ersten Schuß tue, obwohl schon damals solche Politik seinem Temperament keineswegs entsprach. Auf den Kongreß in Liverpool folgte der Kongreß in Brighton. Dort konnten sich die Draufgänger nach Herzenslust austoben. Von dort her erhielt Hicks die Direktive, von der er so leidenschaftlich geschwärmt: die Kommunisten zu attackieren. Zum Unterschied von Robert Williams hatte er es klar begriffen, daß Liverpool das kommunistische Problem nicht gelöst hat. Er wußte, daß die kleine Kommunistische Partei ebenso sehr das zwar noch junge, aber im Wachsen begriffene revolutionäre Bewußtsein der englischen Proletarier formt, wie die Macdonaldgruppe die zwar noch starken, jedoch im Absterben begriffenen liberal-reformistischen Tendenzen der englischen Arbeiterbewegung widerspiegelt und vertritt. Als Mann der Tat schritt er nach Erfassen des richtigen Moments zur Attacke.

Lansbury und seine Freunde sprechen jetzt von dem herrlichen Bilde der Solidarität, die die Arbeiterbewegung gegenüber dem Vorstoß der Regierung gegen die Kommunistische Partei beseele. Selig, die da glauben! Wir unsererseits bestreiten keineswegs die Tatsache, daß die gesamte Arbeiterbewegung

Solidarität bewiesen hat in ihrem Protest gegen die Verhaftung der Kommunisten und gegen das Urteil, das von dem Klassengericht gefällt wurde. Wir wollen uns aber hier keinen sentimental Ergüssen hingeben und ziehen es vor, die mit dem Prozeß in Verbindung stehenden Tatsachen nüchtern zu betrachten. Vorausesilend sagen wir es gerade heraus, daß der Kampf gegen den Vorstoß Hicks sich keineswegs durch Einmütigkeit ausgezeichnet hat, sondern daß er umgekehrt jenen verwickelten Kampf der reformistischen und der revolutionären Tendenzen in der Arbeiterbewegung Englands widerspiegelte und widerspiegelt, der sich je länger desto mehr vertieft und erweitert.

Die offiziellen Führer der englischen Arbeiterbewegung betonen in ihren Angriffen gegen die konservative Regierung ganz besonders die Tatsache, daß diese aus einem staubigen Archiv das längst veraltete Gesetz vom Jahre 1797 herausgeholt habe. Was wäre da auch zu sagen! Das Gesetz hat ein stattliches Alter. Aber erst vor 1½ Jahren war es ja die „erste Arbeiterregierung Seiner Majestät“, mit Macdonald an der Spitze, die den Kommunisten Campbell ebenfalls auf Grund dieses Gesetzes von 1797 zur gerichtlichen Verantwortung gezogen hat. Es trifft wohl zu, daß die Regierung Macdonalds später von einer weiteren Verfolgung der Sache Abstand nahm, doch erklärte sie damals, daß sie sich dazu aus folgenden zwei Gründen entschlossen habe: erstens fürchtete sie, die Anklage könnte nicht genügend Unterlagen haben, um eine Verurteilung herbeizuführen, und zweitens hegte sie die Besorgnis, der Prozeß könnte die Sache des Kommunismus in England fördern. In dieser Weise rechtfertigte sich die Arbeiterregierung vor den herrschenden Parteien. Wir wissen es aber authentisch, daß die Anklage gegen Campbell erst niedergeschlagen wurde, als die Arbeiterbewegung Macdonald zur Kenntnis gebracht hatte, daß sie eine Liebedienerei in Form einer Verfolgung von Revolutionären keineswegs dulden werde. Es liegt auch wohl kaum ein Grund zu der Annahme vor, daß Macdonald und seine Anhänger im Laufe dieser 18 Monate nach links abgeschwenkt sind. Man wird uns sagen: die Tatsache bleibt aber doch bestehen, daß Macdonald und die gesamte offizielle Arbeiterbewegung an dem Protest gegen den den Kommunisten gemachten Prozeß teilnehmen.

Gewiß — Tatsachen bestreiten wir nicht. Wir möchten jedoch behaupten, daß ein Vergleich solcher Wortproteste der offiziellen Führer der Arbeiterbewegung mit den praktischen Handlungen derselben um jene Zeit, als sie noch die Zügel der Regierung in Händen hielten, unwillkürlich zu dem Schluß drängt, daß sie sich der Bewegung gegen den Prozeß nicht freiwillig, sondern unter dem unmittelbaren Druck der Massen angeschlossen haben.

Ungefähr ein Jahr lag zwischen dem Zeitpunkt, wo die Regierung Baldwin, gestützt auf den gefälschten Brief Sinowjews, die Mehrheit erlangt hatte, und der Zeit, wo Joynson Hicks seinen Vorstoß gegen die Kommunistische Partei unternahm. In diesem Jahre nahm die Unzufriedenheit mit der konservativen Regierung allenthalben im Lande zu. Davon zeugen unzweideutig sowohl die Ergänzungswahlen in verschiedenen Wahlkreisen, insbesondere die Wahl Purcells, wie die Munizipalwahlen, die am Vorabend des Kommunistenprozesses vor sich gingen.

Der kommunistische Einfluß innerhalb der Arbeiterbewegung nimmt unentwegt zu, wovon die Resolutionen auf dem Kongreß von Scarborough

beredtes Zeugnis ablegen. Es ist deshalb keineswegs verwunderlich, wenn der Vorstoß Hicks in solcher Sphäre einen Sturm der Entrüstung entfacht hat. Und die Führer der LP hatten es vorzüglich erkannt, daß ein Verbleiben außerhalb dieser Bewegung den Einfluß auf die breiten Massen der Schaffenden verlieren hieße. Sie sind klug genug, um eine solche Dummheit nicht zu begehen. Der Bewegung gegen den Prozeß sind sie aber nicht etwa beigetreten, um sie zu erweitern und zu vertiefen, sondern um sie auf ein liberal-reformistisches Gleis zu lenken.

„Meinungsfreiheit ist die Grundlage unserer Hoffnungen auf den Burgfrieden“ — das ist das Leitmotiv aller Proteste der reformistischen Arbeiterbewegung. Gegen eine Verurteilung der Kommunisten appelliert sie an die Vernunft der herrschenden Klassen, indem sie sie zu überzeugen sucht, daß eine Verurteilung der Kommunisten eine Rechtfertigung der kommunistischen Partei bedeuten würde. Im Namen des Liberalismus, im Namen der Freiheit und der Demokratie rufen sie die herrschenden Klassen zur Mäßigung auf. Die Arbeiterbewegung folgte allerdings nicht den liberalen Führern. Im Gegenteil, in den Resolutionen der Arbeiterorganisationen und der Massendemonstrationen wird deutlich darauf hingewiesen, daß die Kommunisten deshalb verurteilt worden seien, weil sie der Sache der Arbeiterklasse treu gedient, die Interessen derselben ehrlich verteidigt haben. In den weit-aus meisten Resolutionen wird besonders betont, daß die Hauptanschuldigung gegen die Kommunisten darin bestehe, daß sie auf dem Boden des Klassenkampfes gegen den Kapitalismus stünden und unter den Soldaten agitierten, damit sie nicht auf ihre Brüder schießen. Und die Resolutionen der Arbeiterversammlungen fügen hinzu: diese Prinzipien sind uns heilig, und wir werden für sie kämpfen. Macdonald und seine Helfershelfer versuchten, die Kampagne gegen den Kommunistenprozeß auszunützen für ihren Kampf gegen den Kommunismus. Ihre Reden und Resolutionen enthalten mehr Angriffe gegen den Kommunismus und die Kommunistische Partei als gegen die Konservativen und das drakonische Urteil. Die Arbeitermassen dagegen sprechen offen und unzweideutig ihre Sympathien für die Kommunisten aus, die für die Sache der Arbeiter gelitten hätten.

Die Kommunistische Partei hörte nicht auf den „freundschaftlichen“ Rat Horrabins. Sie war auch nicht vor den Skorpionen Hicks erschrocken. Sie fährt fort zu leben und zu arbeiten, und ihre Arbeit führt zu greifbaren Resultaten. Es wird ein angespannter Kampf geführt um die Frage der Durchführung der Liverpools Resolutionen. Dieselben, die den unvermeidlichen Tod der Kommunistischen Partei durch die vergifteten Pfeile der Liverpools Resolutionen vorausgesagt hatten, versuchen jetzt die Mitglieder der Labour Party von der Notwendigkeit eines Ausschlusses der Kommunisten aus Gründen der Disziplin zu überzeugen. Überaus pikant ist es, daß an dieser Bewegung auch der Workers' Weekly aktiv teilnimmt. Neun Monate lang hat die „Erste Arbeiterregierung“ täglich die Prinzipien und Verordnungen der leitenden Organe der englischen Arbeiterbewegung verletzt. Niemand hat da etwas von Disziplin erwähnt. Mehrere Jahrzehnte hat Lansbury seine Freiheit gegenüber Verordnungen von Parteizentren als eine Tugend gerühmt. Nun singen die Verteidiger des unvergleichlichen Mosaiks der englischen Arbeiterbewegung plötzlich von Solidarität und Disziplin! Wundernehmen darf solches allerdings nicht. Wenn der Organisator von Militäraufständen,

Joynson Hicks, über die Kommunisten im Namen des Konstitutionalismus herfallen darf, warum sollten da die Anhänger der Freiheit die Ausschließung der Kommunisten aus der Arbeiterpartei nicht im Namen der Disziplin zu erreichen suchen.

Interessant ist es jedoch, daß, ungeachtet koordinierter Aktionen einer ganzen Reihe von Gesellschaftsgruppen, mit der Regierung beginnend und mit einigen linken Journalisten endend, die Arbeitermassen unentwegt der Kommunistischen Partei in nicht mißzuverstehender Weise ihre Sympathien ausdrücken, während die aktiveren Organisationen der LP — und deren gibt es über 100 — sich ganz kategorisch weigern, die Kommunisten aus ihrer Mitte auszuschließen. Um die gleiche Zeit, als es in der Presse von Angriffen gegen die Kommunisten wimmelte, wählte der Gewerkschaftsrat von London zu seinen Delegierten für die Konferenz der LP drei bekannte Kommunisten, während zehn örtliche Organisationen der LP der Stadt London neben ihrer Weigerung, die Kommunisten aus ihrer Mitte auszuschließen, eine Konferenz einberiefen, die einen provisorischen Ausschuß zum Kampfe gegen das gesamte Programm von Liverpool wählte.* Dem Beispiel Londons folgten auch andere Industriezentren Englands.

Bei der Frage des Ausschlusses der Kommunisten stoßen wir wiederum auf den Kampf der beiden Tendenzen — der revolutionären und der reformistischen — im Schoße der englischen Arbeiterbewegung. Das Fazit dieses Kampfes im Verhältnis zur gegebenen konkreten Frage zu ziehen, ist noch zu früh. Äußerst lehrreich wäre es zunächst, zum Zwecke der Illustration der Stimmungen unter der Führerschaft der englischen Arbeiter eine kurze Beschreibung des Kampfes innerhalb des Liverpooles Gewerkschaftsrates zu bringen.

Der Vollzugsausschuß des Liverpooles Gewerkschaftsrates teilte der allgemeinen Delegiertenversammlung mit, er werde auf die zu seinem Bestande gehörigen Organisationen einigen Druck ausüben müssen in der Richtung einer Durchführung der Resolutionen des Liverpooles Kongresses. Gegen diese Erklärung wurde folgender Antrag eingebracht:

„Nach Entgegennahme des Berichtes über die Arbeiten des Liverpooles Kongresses der LP bestätigt der Gewerkschaftsrat, daß alle zu seinem Bestande zählenden Gewerkschaften die absolute Freiheit haben in der Wahl ihrer Vertreter für diesen lokalen Rat und für die Labour Party.“

Zur Erläuterung dieser Resolution muß hinzugefügt werden, daß in Liverpool, wie auch in einer ganzen Reihe anderer Städte, die lokalen Gewerkschaftsräte gleichzeitig die höchsten örtlichen Organe der LP sind. Nach leidenschaftlichen Debatten wurde die Resolution mit erdrückender Mehrheit angenommen. Der Vollzugsausschuß der LP schlug dem Liverpooles Gewerkschaftsrat vor, seine Resolution einer nochmaligen Durchsicht zu unterziehen. Die Frage wurde nochmals zur Diskussion gestellt, und es wurde mit allen Stimmen gegen fünf beschlossen, dem Vollzugsausschuß das Papier „auf den Tisch zu legen“.

* Dieser Ausschuß berief eine umfangreiche Konferenz auf den 25. Januar ein. Nach den bei uns eingegangenen Nachrichten vom 10. d. M. haben schon mehr als zwanzig örtliche Organisationen der LP ihre Delegierten ernannt; aus der Einladung zu dieser Konferenz geht hervor, daß sie zum Zweck eines Kampfes gegen Liverpool einberufen wird.

Der Kampf um die Liverpools Resolutionen komplizierte sich in Verbindung mit der aktiven Tätigkeit der Kommunistischen Partei bezüglich der Organisation und Zusammenfassung der linken Elemente der LP wie der ILP: Die Verhaftungen der Kommunisten und der vorbereitete Angriff gegen den Arbeitslohn haben den englischen Arbeitern in überzeugender Weise die ganze Unfruchtbarkeit Liverpools dargetan. Der Vorschlag der Kommunisten an alle aktiven Elemente der Arbeiterbewegung, sich zur gemeinsamen Abwehr des vorstoßenden Kapitals zu vereinigen, begann unter den Schaffenden immer stärkeren Widerhall zu wecken. Der Druck der Massen spiegelte sich sehr bald nicht nur in den Resolutionen der örtlichen Organisationen wieder, sondern auch im allgemeinen Tone der Arbeiterpresse und ebenso in dem Auftreten jener linken Führer, die der breiten Arbeitermasse näherstehen und mit ihr eng verbunden sind.

Andererseits hat der „New Leader“ noch im Oktober in Befolgung der Liverpools Resolutionen wütende Angriffe nicht nur gegen die englischen Kommunisten, sondern gegen die Kommunisten im allgemeinen gerichtet. Durch Zitate aus der russischen kommunistischen Literatur suchte Brailsford nachzuweisen, daß die Kluft, die den Kommunismus von den Traditionen der englischen Arbeiterbewegung trenne, so tief sei, daß keinerlei Möglichkeit bestehe, diese zu überbrücken. Der Liverpools Schlag hat aber nicht zu lange nachgewirkt. In der Nummer vom 6. November, die in erheblichem Umfang dem Jahrestag der Novemberrevolution in Rußland gewidmet ist, finden wir zwei Artikel, die ernste Aufmerksamkeit verdienen. Der eine hat Gilles zum Verfasser. Er gibt eine sachliche Beschreibung der Alltagsarbeit der Kommunistischen Partei in der USSR. Der zweite, mehr allgemein gehaltene Artikel ist vom Redakteur des Journals geschrieben. Der Autor, der seinen ersten Aufsatz zitiert, kommt zu dem Ergebnis, daß ehrliche proletarische Kämpfer an der Arbeit der Kommunistischen Partei der USSR ein nachahmenswertes Beispiel finden könnten. Die beiden Aufsätze zusammengenommen bestätigen wohl den Gedanken Brailsfords, daß die englische Arbeiterbewegung sich von der revolutionären Bewegung in der USSR noch sehr stark unterscheidet, jedoch mit der Abweichung, daß Brailsford am 10. Oktober aufforderte, dem Beispiel der bolschewistischen Barbaren nicht zu folgen, am 6. November jedoch schon auf das Beispiel dieser Barbaren als auf die einzige Quelle revolutionärer Begeisterung hinweist... Andere Töne werden auch in der Sondernummer des „Workers' Weekly“ von Lansbury, die dem Jahrestag der Novemberrevolution gewidmet ist, angeschlagen. Am 10. Oktober, d. h. an dem auf den Liverpools Kongreß folgenden Tage, führte Lansbury als triftigsten Grund für die Ausschließung der Kommunisten die Verbindung derselben mit Moskau an, am 6. November sprach dasselbe Journal von der Größe und dem Wert der Lehre Lenins und seiner Schüler nicht nur für Rußland, sondern auch für die Arbeiter der ganzen Welt.

Diese Umstellungen sprechen natürlich dafür, daß die englische Arbeiterbewegung in ihrer Gesamtheit sich in der Etappe der Schwankungen und des Suchens befindet und eine außerordentliche Eindrucksfähigkeit besitzt. In allen diesen Schwankungen kann man jedoch das Vorhandensein neuer revolutionärer Tendenzen verfolgen, die sich mit Mühe einen Weg in die alten Organisationen der englischen Arbeiterbewegung bahnen, in denen

neben den verschiedensten Strömungen und Schattierungen auch die Niederschläge der verschiedenen Epochen in der Geschichte Englands aufgespeichert sind.

Am 6. November konnte man nur allgemein gehaltene Aufsätze, die von klarer revolutionärer Stimmung getragen waren, lesen, aber schon am 15. November beginnen aktive Arbeiter der englischen Bewegung mit konkreteren Vorschlägen hervorzutreten. Im „Sunday Worker“ finden wir ein Schreiben Hutchinsons, eines Mitglieds des ZK der LP und Führers des Maschinenbauerverbandes, in dem er schwarz auf weiß schreibt, daß Liverpool der Bewegung nichts Positives gegeben habe, daß im Gegenteil unsere Feinde auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet die Beschlüsse von Liverpool als Zeichen der Schwäche ausgelegt hätten. Er kommt zu der Schlußfolgerung, daß eine neue Politik erforderlich sei, und begrüßt die Tätigkeit des „Sunday Workers“, der in Wirklichkeit die Durchführung der Vorschläge der Kommunistischen Partei bezüglich der Einheitsfront aller aktiven revolutionären Elemente der Arbeiterbewegung auf sich genommen habe. In der gleichen Nummer ist ein noch alarmierenderer Brief von George Hicks, dem Führer des Bauarbeiterverbandes, enthalten, in dem es heißt, daß eine weitere Verzögerung für die Bewegung gleichbedeutend mit Vernichtung wäre. Lawther, ein Mitglied des ZK der LP und bekannter Gewerkschafter, bezieht sich auf den oben erwähnten Aufsatz Brailsfords im „New Leader“ vom 6. November und schlägt vor, von Worten zu Taten überzugehen. Alle diese Schreiben an die Redaktion werden abgeschlossen durch ein Schreiben A. Gossips, eines prominenten tätigen Mitglieds der Unabhängigen Arbeiter-Partei und Gewerkschafters, in dem er drei Wochenschriften, und zwar dem „Workers' Weekly“ (Organ der Kommunistischen Partei), dem „Sunday Worker“ (Organ der äußersten Linken, das von dem bekannten Kommunisten Paul redigiert wird) und dem „Workers' Weekly“ von Lansbury, vorschlägt, eine gemeinsame Konferenz der linken Elemente zu gemeinsamer Arbeit einzuberufen. Die offenen und versteckten Helfershelfer Macdonalds gerieten in Erregung. Ebenso erschrakten jene Linken, die organisierten Aktionen ein mit radikalen Phrasen geschmücktes chaotisches Mosaik vorziehen. In der Arbeiterstraße setzte wieder Bewegung ein. Zur Ehre des „Sunday Worker“ sei es gesagt, daß er ungeachtet aller Proteste und Ermahnungen, ungeachtet der Absage des „New Leader“ und des „Workers' Weekly“ den Mut gefunden hat, auf sein Risiko und seine Gefahr hin die Konferenz einzuberufen.

Die Einladung zu dieser Konferenz war im Namen des „Sunday Worker“ von folgenden fünf Personen unterschrieben: von A. Purcell, dem Vorsitzenden der Amsterdamer Internationale, von George Hicks, dem Sekretär des Bauarbeiterverbandes, von A. Cook, dem Sekretär des Bergarbeiterverbandes, Robert Dunstan, dem Vorsitzenden des Redaktionskollegiums des „Sunday Worker“, und William Paul, dem Redakteur dieser Zeitung.

Die Verfasser des Schreibens betonen, daß die Berichte aus allen Teilen des Landes das Sträuben der Funktionäre gegen die Durchführung des Beschlusses des Liverpooler Kongresses bezüglich des Ausschlusses der Kommunisten und außerdem das schnelle Anwachsen der örtlichen Organisationen des linken Flügels dartun. Die Verfasser sind der Ansicht, daß die Zeit der Diskussionen vorüber und die Zeit ernstlicher Handlungen angebrochen sei.

Der Zweck dieser Konferenz war die Zusammenfassung der linken Führer, die der Bewegung der nach links eingestellten breiten Massen einheitliche Form und Gestalt geben sollte. Die Konferenz fand am 18. Dezember vorigen Jahres statt. Aus dem Bericht geht hervor, daß es keine leichte Aufgabe war, die Führer unter einen Hut zu bringen. Unter den zur Konferenz Erschienenen waren auch solche, die von einer Vereinigung des linken Flügels auch ohne Kommunisten träumten; sie rechneten nach wie vor mit einem baldigen Eingehen der Organisation, die es in der kurzen Zeit ihres Bestehens vermocht hatte, viele seinerzeit einflußreiche Taschenspieler zu entlarven, welche mit ihren Handlungen der rechten Seite dienten und mit feilen Phrasen den Linken schmeichelten. Unter den Konferenzteilnehmern befand sich auch der von uns oben genannte Horrabin und sein Gefährte, der frühere Kommunist Postgate, der im Vertrauen auf die von Williams prophezeite Auflösung der Kommunistischen Partei schon drauf und dran war, ein neues Programm für den linken Block aufzustellen, indem er zu diesem Zwecke das Programm des vermeintlich Toten bestahl. Formell endete die Konferenz mit einem Krach. Sie konnte sich auf eine gemeinsame Resolution* nicht einigen und beschloß, sich noch einmal zu versammeln und von neuem die Frage der Vereinigung des linken Flügels zu besprechen. In Wirklichkeit stellt aber diese Konferenz eine wichtige und wertvolle Etappe auf dem Wege der Vereinigung des linken Flügels dar. Im Prozeß dieser Vereinigung werden sich die aktiven Elemente in der Arbeiterbewegung nicht nur über Programm und Taktik Gedanken machen, sondern auch manche jener Götter verbrennen müssen, die sie seinerzeit angebetet haben. Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, hat uns die Konferenz vom 18. Dezember fraglos einer wirklichen Vereinigung der echten aktiven Elemente der englischen Arbeiterbewegung nähergebracht.

* Die von Paul vorgeschlagene Resolution lautet:

Die Versammlung von Sozialisten und Trade-Unionisten erklärt, daß die wichtigste Aufgabe der Arbeiter gegenwärtig darin bestehe, sich in genügender Weise für die Abwehr jener Angriffe vorzubereiten, die die Kapitalistenklasse ganz offen gegen den Arbeitslohn, die Arbeitszeit, die Arbeitsbedingungen und die politische Freiheit der Arbeiter richtet.

Im Interesse der Verwirklichung einer solchen Vorbereitung hält es die Versammlung für notwendig, daß alle aktiven Parteiler und Gewerkschafter, die auf dem Boden eines Kampfes für den Sozialismus ohne Kompromisse stehen, gemeinsam in dem aggressiven linken Flügel eines jeglichen Tätigkeitsgebietes — sei es in den Gewerkschaften, politischen Parteien oder in anderen Organisationen der Arbeiterklasse — gemeinsam arbeiten.

Die Versammlung begrüßt die Bemühungen, die in verschiedenen Teilen des Landes darauf gerichtet wurden, eine Übereinstimmung und eine Zusammenarbeit aller Mitglieder des linken Flügels in dieser Richtung zu erzielen.

Indem sie die Arbeiter vor jeglichen Versuchen neuer Parteibildungen warnt, nimmt die Versammlung an, daß weder irgendeine Lehre noch die Zugehörigkeit zu irgendeiner Partei als Hindernis dienen könnten, um in gemeinsamen Aktionen Prinzipien durchzuführen, die denen gemeinsam sind, die der Arbeiterklasse und ihrem Kampfe gegen die Kapitalistenklasse dienen.

Diese Prinzipien sind:

1. Die Gewerkschaftseinheit im Weltmaßstabe.
2. Die nationale Einheit der Gewerkschaften vom Betriebs- bis zum Generalrat.
3. Die Solidarität der britischen Arbeiter mit den Arbeitern der unterdrückten Völker des britischen Imperiums.
4. Eine Politik für die kommende Arbeiterregierung, deren Ziel der Sturz der Kapitalistenklasse ist.
5. Der Selbstschutz der organisierten Arbeiter gegen den Faschismus in allen seinen Formen.

Das Verhältnis der aktiven Elemente der Arbeiterbewegung zur Idee einer Kristallisierung und Vereinigung des revolutionären Flügels innerhalb der LP wird verständlicher, wenn wir uns dem Schriftwechsel zwischen der Kommunistischen Partei Englands und der ILP zuwenden. Gleich nach der erfolgten Verhaftung der Kommunisten wandte sich das ZK der Kommunistischen Partei Englands mit einem offenen Brief an das ZK der ILP, in dem sie eine gemeinsame Front vorschlug. In diesem Briefe heißt es noch unter anderem: „Joynson Hicks wird es nicht gelingen, unseren Apparat und unseren Kampfgeist zu zerstören. Wir wünschen aber, daß alle Arbeiter aus dieser Erfahrung lernen und eine festgefügte Organisation schaffen, mit der sie den unmittelbar drohenden Angriff des Kapitals zerschmettern können.“ In Form eines ersten Schrittes schlägt die Kommunistische Partei der ILP vor, eine gemeinsame Kampagne unter folgenden Losungen einzuleiten:

1. Restlos umfassende Organisierung der Arbeiter in Gewerkschaften.
2. Nationalisierung der Gruben.
3. Arbeitslohn, der die Existenz sichert (Existenzminimum).
4. Selbstschutz der Arbeiter gegen faschistische Organisationen.

Dieses Schreiben wurde am 17. Oktober abgesandt, die Antwort ist vom 6. November datiert. Wir halten es für nötig, die kurze Erwiderung der ILP hier ungekürzt wiederzugeben. Bemerken wollen wir noch, daß an der Spitze der ILP bis jetzt noch jene Leute stehen, die den Kommunismus und die Kommunistische Partei in der aktivsten Weise bekämpfen. Dieser Brief lautet:

„Unser Nationalrat konnte jetzt über Ihren Brief vom 17. Oktober beraten. Wie Ihnen bekannt ist, haben wir gegen jenes politische Prinzip energisch protestiert, auf Grund dessen die Mitglieder Ihres Vollzugsausschusses verhaftet worden sind, und haben unsere Organisationen aufgefordert, in Verbindung damit entsprechende Aktionen vorzunehmen. Wir haben nicht deshalb so gehandelt, weil wir mit Ihrer politischen Linie einverstanden sind, sondern weil wir der Meinung sind, daß es jedem freigestellt sein muß, seine Ansichten zu äußern, wobei das Volk selbst entscheiden muß, ob die von einer Partei propagierte Politik anzunehmen oder abzulehnen ist.

Wir legen uns Rechenschaft ab über den Ernst der Lage in der Industrie und über die Ereignisse, zu denen er führen kann, und führen auch selbst eine Kampagne, um unseren Genossen in den Gewerkschaften zu helfen, wir propagieren auch die Forderung einer Nationalisierung der Gruben sowie der Sicherstellung der Existenz durch den Arbeitslohn.

Indem wir den Unterschied der von Ihrer und unserer Partei angewandten Methoden in Betracht ziehen, halten wir es für zweckmäßiger, daß jede Partei die Kampagne entsprechend ihren Prinzipien durchführt.

In Würdigung dessen bedauern wir, daß wir Ihren Vorschlag zur Aufstellung von Vertretern für ein Einheitskomitee nicht annehmen können.“

Die Verfasser dieses Briefes haben offenbar die Stimmung der Mitglieder ihrer eigenen Organisation gut verstanden. Sie wagen nicht, den Vorschlag abzulehnen, und versuchen es, sich auf die Zweckmäßigkeit zu berufen. Dieser Brief hat auch einen Sturm von Protesten seitens der aktiven Zentrlisten, bekannter Mitglieder der ILP, entfesselt. Und diese Proteste wurden nicht an das Organ der ILP, sondern an den kommunistischen „Workers' Weekly“ gerichtet.

Noch interessanter ist der Versuch des Britischen Kommunistischen Jugendbundes, eine gemeinsame Kampagne mit der Jugendorganisation der ILP zum Schutze der wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Interessen

der englischen Jugend anzubahnen. Die Konferenz der Vertreter der beiden genannten Organisationen hat den Vorschlag des Kommunistischen Jugendbundes einstimmig angenommen. Das ZK des Jugendbundes bestätigte die Resolution der Konferenz, während der Vollzugsausschuß der Jugendorganisation der ILP, offenbar auf Initiative von oben den Brief des Vollzugsausschusses der ILP, den wir oben ungekürzt wiedergegeben haben, mit einigen Umstellungen der Phrasen neu auflegte.

Die ILP wehrt sich mit allen Mitteln gegen eine Einheitsfront mit den Kommunisten, wobei sie aber gezwungen ist, den ständig wachsenden Druck seitens ihrer eigenen aktiven Parteimitglieder zu überwinden, die sich offen und unzweideutig für die Einheitsfront mit der Kommunistischen Partei aussprechen. Die breiten Gewerkschaftsmassen drängen die ILP auf die Seite des Blocks mit der Kommunistischen Partei, und die Spitzen drängen sie in die Richtung eines proletarischen Bündnisses mit der Liberalen Partei.

Gleich am Tage nach beendeter Parlamentswahl Ende 1924, die den Zerfall der Liberalen Partei brachte, begann die liberale Studentenschaft in den Spalten des „Manchester Guardian“ für einen Masseneintritt der Liberalen in die Labour Party zu agitieren. Ihren Vorschlag motivierten die Liberalen damit, daß es unter den jetzigen Bedingungen unsinnig sei, sich mit der Galvanisierung des Leichnams der alten Liberalen Partei zu beschäftigen, die durch den Gang der Geschichte dem Tod geweiht sei. Sie behaupteten auch, daß die Verhältnisse innerhalb der LP günstig genug seien, um einem Block gemäßiger Elemente die Fortsetzung der Traditionen des Liberalismus und eine erfolgreiche Überwindung aller Neigungen radikaler Elemente zu gestatten. In der letzten Zeit hat sich das Bild etwas verändert: Macdonald führt eine gesteigerte Propaganda für den Eintritt der Liberalen in die LP, und allem Anschein nach werden zwischen den Führern beider Parteien Verhandlungen gepflogen über die eine oder andere Form einer Vereinbarung. Die ILP sah sich so vor die Möglichkeit zweier Blocks gestellt: einerseits mit der Liberalen Partei und andererseits mit der Kommunistischen Partei!

Die eigenartige Rolle der ILP in der Geschichte der englischen Gewerkschaftsbewegung und innerhalb der LP hat dahin geführt, daß sie jetzt der Schauplatz eines heftigen Kampfes der revolutionären und reformistischen Tendenzen geworden ist. Es gab eine Zeit, wo die ILP eine bloße Propagandagesellschaft bildete, wie die Fabianer und die Sozialdemokraten es auch waren. Zum Unterschied von diesen beiden Organisationen vermochte sie es, sich den Gewerkschaften zu nähern und die einflußreichsten und bekanntesten Führer der englischen Gewerkschaftsbewegung in ihre Reihen zu ziehen. Sie fand auch bald Zugang zu den Herzen der aktiven englischen Proletarier. Wir erinnern daran, daß lange Zeit hindurch als Sekretär dieser Organisation Thom Man, der jetzige Führer der Minderheitsbewegung, fungiert hat. Das stürmische Wachstum der LP in den letzten Jahren bedeutete in erster Linie ein gleiches Wachstum der ILP. Innerhalb der LP, die als Föderation der Gewerkschaften und sozialistischen Organisationen zwecks gemeinsamer Durchführung von Wahlkampagnen entstanden ist, bildete die ILP naturgemäß den zusammenhaltenden und leitenden politischen Kern. Das politische Anwachsen der LP bedeutete deshalb die Verstärkung und Vergrößerung des spezifischen Gewichts der ILP. In der

Regierung Macdonalds waren die wichtigsten Posten mit Mitgliedern der ILP besetzt, der auch zwei Drittel der Mitglieder der Parlamentsfraktion der LP angehören. Aus einer Propagandagesellschaft hat sich die ILP demnach in die einflußreichste politische Partei verwandelt.

Aber auch die LP hat schon längst aufgehört, nur eine Föderation verschiedener Arbeiterorganisationen zu sein. Schon im Jahre 1918 legte sie sich ein etwas weitschweifiges Programm und klare Statuten zu und begann sich nicht nur auf Organisationen, sondern auch auf individuelle Mitglieder aufzubauen. Nach Maßgabe ihres Wachstums schuf sie sich einen eigenen Apparat, der immer häufiger mit dem Apparat der ILP in Kollision gerät. Die organisatorischen Konflikte zwischen diesen beiden Organisationen begannen sich zu häufen. Mit den organisatorischen Konflikten geht aber auch eine ideologische Wirrnis Hand in Hand. Bis zum Kriegsende sahen die sozialistisch gestimmten aktiven Arbeiter die ILP als die „sozialistische Seele“ des großen Konglomerats, LP genannt, an. In den Nachkriegsjahren jedoch, insbesondere in der Zeit der Arbeiterregierung, haben sich die „Unabhängigen“ ihres Sozialismus' entkleidet, und die LP legte sich ein aus allgemeinen sozialistischen Redensarten zusammengestelltes Programm zu. Es entsteht so naturgemäß die Frage: welches ist nunmehr die Rolle der ILP in ihrem Verhältnis zur LP?

Lange Zeit hindurch wurde Macdonald für den Führer der ILP gehalten, der diese Führerschaft direkt aus den Händen des verstorbenen Keir-Hardy erhalten haben soll. Er ist auch jetzt noch nicht abgeneigt, diesen guten, elastischen Apparat in seinen Händen zu haben. Es leuchtet ihm durchaus ein, daß eine nicht zu große Organisation mit einer gediegenen Vergangenheit, guten Verbindungen und fester Verankerung manchmal mehr leisten kann als der übergroße Apparat der LP und die noch umfangreicheren Gewerkschaften. Die alten Traditionen der ILP und die neuen Tendenzen in der Arbeiterbewegung drängen jedoch die ILP nach links. — Und Macdonald ist bestrebt, mit der ILP genau so zu verfahren, wie seinerzeit mit der Kommunistischen Partei verfahren wurde, d. h. sie aus dem Bestande der LP auszuschließen, oder aber sie seinem Einfluß zu unterwerfen.

Die letzten Jahre stand Clifford Allan an der Spitze der ILP, der es glänzend verstand, zwischen dem Liberalismus Macdonalds und den revolutionären Bestrebungen der unteren Parteimassen zu lavieren. Der Druck von unten führte jedoch dahin, daß Allan aus „Gesundheitsrücksichten“ von seinem Posten zurücktreten und der alte Vollzugsausschuß mit dem neuen Vorsitzenden Jowett eine neue linke Plattform formulieren mußte, die die radikaleren unteren Elemente der ILP befriedigen konnte. Wahrlich, keine leichte Aufgabe! Der „New Leader“ vom 1. Januar behauptet jedoch, daß der Vollzugsausschuß seine Aufgabe gelöst und eine solche Plattform gefunden habe.

Diese Plattform enthält drei Kardinalpunkte. Der erste bezieht sich auf die gegenwärtige Lage der englischen Arbeiter. Der Vollzugsausschuß lehnt die Idee des langsamen Fortschreitens ab, wendet sich damit also gegen Macdonald und schlägt vor, die ganze Energie auf den Kampf um das Existenzminimum zu konzentrieren, das durch eine autoritative Kommission von Experten festgesetzt werden müsse. Dieses Projekt bezeichnet der Vollzugsausschuß als „Aufruf der Armut“.

Der zweite Punkt berührt die schmerzliche Frage der Wechselbeziehungen mit der LP. Die Resolution lautet: Zu den Funktionen der ILP gehört die Erläuterung der Notwendigkeit einer unaufschiebbaren Durchführung jener fundamentalen Veränderungen, die der Sozialismus fordert, und der Einfluß auf die Politik der LP im Sinne einer umfassenderen und schnelleren sozialistischen Entwicklung.

Der dritte Punkt endlich bezieht sich auf die Frage der Einheitsfront. Man muß annehmen, daß die Mitglieder des Vollzugsausschusses es lebhaft empfanden, daß die beiden ersten Punkte keineswegs genügen, um ihre zu einem aktiveren revolutionären Kampf drängenden Mitglieder zu befriedigen. Im Hinblick auf den Widerhall, den der Kampf des Generalrats für die Gewerkschaftseinheit gefunden hatte, beschloß der Vollzugsausschuß der ILP, mit dem Vorschlage zur Schaffung einer einheitlichen politischen Internationale hervortreten.

Den genauen Text der Entschließungen des Vollzugsausschusses besitzen wir zurzeit noch nicht — er wird streng geheimgehalten; wir besitzen nur eine Darstellung dieser Beschlüsse in einem berichtenden Aufsatz des Sekretärs der Partei, der im „New Leader“ vom 1. Januar erschienen ist. In diesem Aufsatz wird nur gesagt, daß „Vieles seit jener Zeit geschehen sei, als sich die ILP an die Komintern gewandt hatte, und daß es wohl keinen Schaden bedeuten werde, wenn dieser Versuch nochmals wiederholt würde“. Zur Begründung der Ungefährlichkeit dieses Versuches teilt Brockway mit, daß die Kommunisten noch am Vorabend des Prozesses sehr besorgt gewesen seien wegen des Kampfes gegen den Kapitalismus und Imperialismus, und daß sie sich bereit gezeigt hätten, die Frage der Waffengewalt bis zu dem Zeitpunkt zurückzustellen, wo das Leben dies erfordern würde, wenn es dies überhaupt erfordern sollte. Brockway schließt seinen Bericht mit der Mitteilung, daß die ILP beschlossen habe, diese Frage vor die nächste Tagung des Vollzugsausschusses der II. Internationale zu stellen.

Wir haben nicht die Absicht, die Auslegung der Stimmungen und Ansichten der Kommunisten durch Brockway zu kommentieren. Unserer Meinung nach verdient aber der Beschluß der ILP überhaupt ernste Aufmerksamkeit, und wir werden deshalb versuchen, uns mit demselben eingehender zu befassen. Wir werden naturgemäß mit jenen Verhandlungsversuchen mit der Komintern beginnen, auf die sich das Vollzugskomitee in seinem neuen Beschlusse bezieht.

Lenin gegen Macdonald

Die Bildung der III. Internationale „betäubte“ Ramsay Macdonald, den Führer der ILP Englands. Am 14. April 1919 trat er mit einem umfangreichen Artikel in der französischen Zeitung „Humanité“ hervor, die sich damals in den Händen der Sozial-Chauvinisten befand. Um diese Zeit war Ramsay Macdonald noch mit einer gewissen Aureole umgeben, weil er sich geweigert hatte, dem englischen Imperialismus zur Einleitung eines Weltkrieges aktive Hilfe zu leisten. Er wurde zu den pazifistischen Führern innerhalb der II. Internationale gezählt. In dem erwähnten Aufsatz schrieb er unter anderem wörtlich folgendes:

„Ich gehöre zu den Anhängern jener Ansicht, daß die Debatten auf der Berner Konferenz zur Frage der Verantwortung für den Krieg nur ein Zugeständnis an die öffentliche Meinung der nichtsozialistischen Kreise gewesen sind.“

Dies hat ihn aber keineswegs gehindert, die Bildung der III. Internationale als Hemmnis auf dem Wege zur Verwirklichung des Sozialismus anzusehen.

„Für mich persönlich“ — so schreibt er in diesem Aufsatz — „ist diese Tatsache (die Bildung der III. Internationale) tief betrübend. Die Sozialistische Internationale ist gegenwärtig für alle Formen des sozialistischen Gedankens genügend weit geöffnet, und ich sehe deshalb trotz aller durch den Bolschewismus verursachten theoretischen und praktischen Unstimmigkeiten nicht ein, weshalb der linke Flügel sich vom Zentrum trennen und eine selbständige Gruppe bilden muß.“

Aus dem Gesagten geht hervor, daß Macdonald, der gegenwärtig mit solchem Eifer für den Ausschluß der Kommunisten aus der LP eintritt, damals ein Zusammenstehen der Bolschewiki und Reformisten in einer gemeinsamen Internationale für möglich hielt. Wir irren uns wohl kaum, wenn wir behaupten, daß diese eigenartige Duldsamkeit Macdonalds dadurch bedingt war, daß damals die revolutionäre Bewegung in England wie in ganz Europa sich in aufsteigender Linie bewegte.

Wir wollen beim Aufsatz Macdonalds nicht eingehend verweilen; wir nehmen an, daß er durch die Antwort Lenins (siehe Ges. Werke, Bd. 16, S. 270 u. folg. russ.) klar gekennzeichnet ist.

„Der Aufsatz Ramsay Macdonalds“ — so schreibt Lenin — „ist das letzte Muster jener glatten, wohltonenden, schablonenhaften und scheinbar sozialistischen Phrasen, die in allen fortgeschrittenen und sozialistischen Ländern seit jeher zur Verhüllung der bürgerlichen Politik innerhalb der Arbeiterbewegung dienen.“

Wenn es aber zutrifft, daß die Abhandlung Macdonalds ein Bukett schablonenhafter Phrasen darstellt, so ist es auch nicht weniger richtig, daß die Antwort Lenins nicht nur ihre volle Geltung behält, sondern sogar eine besondere Aktualität gewinnt im Hinblick auf diesen Haufen neuer Tatsachen, die von der Bildung neuer Gruppen innerhalb der sozial-reformistischen Parteien zeugen. Groß ist die Versuchung, die Erwiderung Lenins hier ungekürzt herzusetzen. Wir sind aber gezwungen, uns hier auf die beiden Schlußfolgerungen zu beschränken, zu denen Lenin auf Grund der Analyse des Macdonaldschen Briefes gelangt ist:

„Erste Schlußfolgerung: Die Berner Internationale ist ihrer wahren historischen und politischen Rolle nach — unbeschadet des guten Willens und der harmlosen Bestrebungen etlicher ihrer Mitglieder — tatsächlich eine Organisation von Agenten des internationalen Imperialismus die innerhalb der Arbeiterbewegung tätig sind und in ihr bürgerlichen Einfluß, bürgerliche Ideen, bürgerliche Verlogenheit und bürgerliche Entartung zur Geltung bringen.“

„Zweite Schlußfolgerung: Die III. Internationale wurde eben zu dem Zwecke gegründet, um den ‚Sozialisten‘ nicht zu gestatten, nur mit einem Lippenbekenntnis von der Art des in der Abhandlung Macdonalds geäußerten davonzukommen. Das Lippenbekenntnis zur Revolution, das in Wirklichkeit die durch und durch opportunistische, reformistische, nationalistische, kleinbürgerliche Politik verhüllen soll, war die Erbsünde der II. Internationale, und gegen dieses Übel führen wir einen Kampf — nicht auf Leben, sondern auf Tod.“

Diese beiden Schlußfolgerungen geben eine deutliche Charakteristik jener beiden Internationalen, deren Zusammenfassung unter ein gemeinsames Dach Ramsay Macdonald im Jahre 1919 ersehnte. Man kann womöglich noch eine andere Stelle aus der Erwiderung Lenins anführen, in der es heißt:

„Der verstorbene Harry Quelch wurde im Jahre 1907 von der deutschen Regierung aus Stuttgart ausgewiesen, weil er eine Konferenz europäischer Diplomaten als eine

‚Versammlung von Dieben‘ bezeichnet hatte. Die Führer der Berner ‚Internationale‘ sind aber nicht nur eine Versammlung von Dieben, sondern eine Versammlung von gemeinen Mördern.“

Ein englischer Setzer — der im demokratischen England wohl die Rolle eines freiwilligen Zensors spielt — hatte den lebhaften Wunsch, die letzte Zeile zu streichen. Es gelang ihm allerdings nicht. Wenn diese Zeilen aber auch gestrichen worden wären, die in ihnen enthaltene Wahrheit würde doch weiter leben.

Wir wissen nicht, wie Ramsay Macdonald sich zu der Erwiderung Lenins verhalten hat. Wir haben jedoch Grund zu der Annahme, daß sie auf die proletarischen Elemente der ILP einigen Eindruck gemacht hat. Es ist Tatsache, daß die ILP auf ihrem Kongreß im Jahre 1920 beschlossen hat, ihrem Nationalrat (dem sog. ZK der ILP) vorzuschreiben, aus der II. Internationale auszutreten; gleichzeitig beauftragte sie ihn, Programm und Bedingungen für einen Eintritt in die Moskauer Internationale zu studieren.

Im Hinblick auf die Intensität des Hindrängens der Parteimitglieder nach Moskau entschlossen sich die Diplomaten der ILP zu einem Studium des Programms der Kommunistischen Internationale vermittelt einer voreingenommenen Fragestellung. Es wurde ein von Wallhead und Allan unterschriebener Brief an die Kommunistische Internationale gerichtet, der zwölf Fragen enthielt.

Wir erlauben uns, die gesamten zwölf Fragen hierherzusetzen, da wir einigen Grund zu der Annahme haben, daß der linksstehende Brockway nicht abgeneigt wäre, im Jahre 1926 den gleichen Schachzug zu wiederholen, dessen sich sein Vorgänger im Jahre 1920 bedient hat.

Die Fragen sind:

1. In welchem Umfange fordert die III. Internationale ein strenges Befolgen der in ihrem Programm vorgezeichneten Methoden in einem jeden Lande?
2. Wie stellt sich die III. Internationale die Anwendung der Theorie von der Diktatur des Proletariats für Großbritannien vor?
3. Bis zu welchem Grade stimmt die III. Internationale der Anwendung der parlamentarischen Methode zu?
4. Wie stellt sich die III. Internationale dazu, daß die ILP der Labour Party (Arbeiterpartei) angeschlossen bleibt?
5. Ist das Sowjetregierungssystem ein Grundprinzip der III. Internationale?
6. Wenn dem so ist, bis zu welchen Grenzen anerkennt die Kommunistische Internationale die Möglichkeit verschiedener Formen der Sowjetmacht in den verschiedenen Ländern?
7. Müssen die der III. Internationale angeschlossenen Parteien der Ansicht sein, daß der Kommunismus und die Diktatur des Proletariats nur durch bewaffnete Macht eingeführt werden können? Oder werden Parteien zur Mitgliedschaft zugelassen, die diese Fragen offen lassen?
8. Mit welchen Tatsachen begründet die III. Internationale die Anschauung, daß der Kommunismus sich von anderen Formen des Sozialismus unterscheidet?
9. Ist es für die in die III. Internationale eintretenden Parteien Bedingung, die in Punkt 8 dargelegte Definition des Kommunismus anzuerkennen?
10. Beabsichtigt die III. Internationale, Vertreter zur geplanten Konferenz des linken Flügels der sozialistischen Parteien zu entsenden?
11. Ist die III. Internationale einverstanden, eine internationale Konferenz einzuberufen, um ihre Methoden und ihr Programm zu erörtern?
12. Was wird in diesem Fall die Grundlage der Vertretung und Machtbefugnis der Konferenz sein?

Die Kommunistische Internationale betonte in ihrer Erwiderung, daß sie keineswegs denen Konzessionen machen werde, die es versuchen, einen Freibrief für ihre opportunistischen Machenschaften zu erhalten, indem sie an die Kommunistische Internationale appellieren, damit diese in Berücksichtigung des verschiedenen Kräfteverhältnisses ihnen gestatte, sich in Worten für die III. Internationale zu erklären und in ihren Handlungen eine unentschlossene Politik des Schwankens zwischen dem revolutionären Proletariat und der konterrevolutionären Bourgeoisie zu führen. Die Kommunistische Internationale erklärte also unzweideutig, daß „sie ein Auseinandergehen von Wort und Tat nicht zulasse“.

Die Antwort der Komintern war deutlich* genug, um den Politikastern aus der ILP einen tödlichen Schrecken einzujagen. Und doch hätten sie sich kaum dem Drängen der Arbeitermassen zur Verbindung mit der Komintern widersetzen können, wenn ihnen nicht Freunde und Gleichgesinnte in andern Ländern zu Hilfe gekommen wären, die beschlossen hatten, die „bewegte Zeit“ der heftigen Auseinandersetzung zwischen Revolution und Reaktion in der Internationale 2 $\frac{1}{2}$ beschaulich zu verbringen. Das Studium des Programms der III. Internationale hatte solchermaßen den einzigen Zweck, Zeit zu gewinnen, bis es dem Kapitalismus gelungen war, die erste machtvolle revolutionäre Welle abzuschlagen. Es muß konstatiert werden, daß ihnen dieses Manöver im großen ganzen geglückt ist. Im Jahre 1920 war die englische Arbeiterklasse voll revolutionärer Energie, organisierte Aktionskomitees und vermochte Churchill und Lloyd George von einer aktiven Hilfeleistung für Pilsudski in dessen Kampfe gegen die Sowjetunion abzuhalten. Und die Regierung Lloyd Georges verstand es, ebenso kompliziert wie gewandt manövrierend, Zuckerbrot und Knute zu vereinigen. Noch vor relativ kurzer Zeit hat Lloyd Derby zugegeben, daß das Gesetz über die ergänzende Sozialversicherung der Arbeiter im Jahre 1920 zu dem einzigen Zwecke angenommen wurde, um die Revolution abzuwenden. An dieser Sache haben Lloyd George und Macdonald mit großem Eifer gearbeitet.

Die Kommunistische Internationale beschränkte sich in ihrer eingehenden Antwort nicht auf eine Entlarvung des wahren Sinnes der an sie gerichteten zwölf Fragen. Sie analysierte eingehend alle Fragen und formulierte genau das Verhältnis der Komintern zur Frage der Diktatur und des Bürgerkrieges in England selbst. Gemäß dieser Antwort müssen die Kommunisten den Arbeitern erläutern:

1. daß es sehr unwahrscheinlich ist, daß das bourgeoise England, die energischste, erfahrenste Unterdrückerin** von Volksbewegungen, die reichste Bourgeoisie der Welt — die Beherrscherin nicht allein von Millionen englischer Arbeiter, sondern auch von Hunderttausenden von Arbeitern und Bauern in ihren Kolonien, ohne Kampf die Macht aus den Händen geben und sich dem papiernen Willen des Parlamentes unterordnen würde;

2. daß die Arbeiter sich daher nicht auf einen leichten Parlamentssieg, sondern auf einen Sieg in einem schweren Bürgerkrieg vorbereiten müssen;

* Die vollständige Antwort ist in Nr. 12 der „Kom. Intern.“ vom Jahre 1920 veröffentlicht und ist ins Englische übertragen worden.

** In der russischen Ausgabe der „Kom. Intern.“ steht anstelle des Wortes „Unterdrückerin“ — „Beschützerin“, was natürlich ein Druckfehler ist.

3. daß, wenn es den Arbeitern gelänge, die Macht ohne diesen Bürgerkrieg zu erlangen, dies nur bedeuten würde, daß die Arbeiterklasse sich vor die Notwendigkeit des Bürgerkrieges gestellt sähe, sobald sie versuchte, ihren Willen durchzusetzen, sich vor der kapitalistischen Ausbeutung und Spekulation zu schützen, die jetzt vom englischen Imperialismus geknechteten Arbeitermassen in den Kolonien zu befreien.

Auf dem letzten Kongreß der LP hielt Macdonald diese Antwort der Kommunistischen Internationale in Händen, zitierte aber aus derselben nur die beiden Worte „Heftiger Bürgerkrieg“, mit denen er die alten Gewerkschaftsbeamten, die davon träumen, ihre Tage noch im Genuß der Wohltaten der Freiheit und der Demokratie zu verbringen, zu Tode erschreckte. Macdonald verheimlichte — und zwar geflissentlich — jenen Teil der Antwort, in dem die Komintern den Sieg der Sowjetgewalt in Rußland analysierte:

„Die russischen Arbeiter eroberten die Macht nicht so sehr durch Waffengewalt, wie durch den Umstand, daß die bewaffnete Macht sich auf ihre Seite stellte“, während „die ungarischen Arbeiter die Gewalt auch ohne Aufstand an sich zu reißen vermochten.“

Es ergibt sich nunmehr die Notwendigkeit, jene Antwort der Komintern in ihrem ganzen Umfang wieder zu veröffentlichen. Wir müssen aber auch jetzt schon versuchen, die Ziele zu begreifen, die die Leiter der ILP mit ihrem letzten Beschluß verfolgen.

Die Einheitsfront gegen die englischen Kommunisten

Aus dem Bericht geht hervor, daß der Beschluß über die Bildung einer einheitlichen politischen Internationale einstimmig gefaßt worden ist. Diese Einstimmigkeit muß zu überaus ernsten Erwägungen veranlassen. Es ist uns bekannt, daß die Massen der ILP für die II. Internationale nie viel Achtung übrig hatten. In diese ist die Partei zusammen mit der 2 $\frac{1}{2}$ -Internationale in der Zeit des Niedergangs des revolutionären Geistes hineingegangen. Wir sehen aber beispielsweise auch an dem letzten Kongreß der II. Internationale, der im Sommer des vorigen Jahres in Marseille stattfand, daß er besonderen Enthusiasmus in der englischen Arbeiterbewegung nicht zu wecken vermocht hat.

Um das Verhältnis der englischen Arbeiterbewegung zur II. Internationale aufzuzeigen, werde ich mich auf die Anführung dreier Zitate beschränken.

In einer im „Labour Monthly“ im September erschienenen Abhandlung schreibt Purcell:

„Eine kleine Gruppe von Amsterdamer Führern ist daran interessiert, den Internationalen Gewerkschaftsbund zu einem einfachen Anhängsel der II. Internationale, oder wie sie sich jetzt nennt, der Internationale der Arbeiter und Sozialisten, zu machen. Die II. Internationale ist aber ihrerseits mit einigen ihrer Teile ein Anhängsel verschiedener kontinentaler kapitalistischer Regierungen.“

In ihrer Nummer vom 29. August fragt Lansbury's „Workers' Weekly“, indem er das Fazit des Marseiller Kongresses zieht:

„Wer gibt denn die Fonds her für die Antisowjet-Kampagne innerhalb der Arbeiter- und Sozialisten-Internationale? ... Sie (die Parteien der II. Internationale) haben keine

Zeit für das Studium der Lage der Schaffenden im gegenwärtigen Staate, der von dem Finanz- und dem konzentrierten Industriekapital regiert wird. Dies stellt sie in eine Linie mit den Liberalen unseres Landes."

Und das Zentralorgan der ILP, der „New Leader“, lenkt in seiner Nummer vom 21. August die Aufmerksamkeit auf die Tatsache, daß die leidenschaftlichste und umfangreichste Polemik der II. Internationale

„nicht gegen den französischen Militarismus, nicht gegen den britischen Imperialismus, nicht gegen das Aufleben des deutschen Monarchismus, sondern gegen den russischen Kommunismus gerichtet sei.“

Indem er behauptet, daß die II. Internationale vom Imperialismus durchsetzt sei, weist der Verfasser des Leitartikels nach, daß die gesamte Tätigkeit der Macdonald-Regierung, beginnend mit dem Schreiben an Indien am Vorabend der Bildung der Arbeiterregierung bis zu dem letzten Akt in ihrem Verhalten zu den Ausnahmegesetzen in Bengalen, als eine Politik des Kompromisses mit dem Imperialismus bezeichnet werden müsse. Der Verfasser geht noch weiter und erklärt, daß manche Schritte Macdonalds selbst konsequente altmodische Liberale hätten vor den Kopf stoßen können.

Diese Zitate sind im allgemeinen ein klares Abbild des Verhältnisses der fortgeschrittenen Elemente des englischen Proletariats zur II. Internationale. Wir haben jedoch andererseits keinerlei Unterlagen, die uns zu der Annahme berechtigten, daß die Führer der ILP ihr Verhältnis zu Moskau radikal geändert hätten. Indem wir dies aussprechen, übersehen wir jedoch nicht jene erfreuliche Tatsache, daß die Annäherung zwischen den englischen und sowjetrussischen Gewerkschaften das Interesse und die Achtung für Moskau nicht nur auf gewerkschaftlichem, sondern auch auf politischem Gebiet wesentlich gesteigert hat. Wir wissen aber auch, daß die Führer der ILP sich dieser Annäherung, besonders in der ersten Zeit, in jeglicher Weise entgegengestellt haben. Ebenso wissen wir, daß sie wohl wenig schuld sind an dem Umschwung in der Richtung jener Prinzipien, die seinerzeit in der Antwort Lenins und dem Antwortschreiben der Kommunistischen Internationale auseinandergesetzt wurden.

Unter diesen Umständen muß der Vorschlag des Vollzugsausschusses entweder als überaus ernster politischer Akt oder als wenig geschickter und wenig kunstvoller Schachzug angesehen werden.

Wir möchten zur Annahme der ersten Version neigen. Und wahrlich, in dieser wäre nichts Verwunderliches, wenn man bedenkt, daß die englische Arbeiterbewegung zurzeit eine schwere Krise durchlebt und qualvoll an ihrer Umstellung entsprechend den neuen Anforderungen des Klassenkampfes arbeitet. Und doch geben uns die Tatsachen, die realen Tatsachen des politischen Lebens, die der Entschließung vorangegangen und gefolgt sind, leider keine Möglichkeit, bei dieser Version zu verweilen.

Wir haben die Antwort der ILP auf den Vorschlag der Kommunistischen Partei bezüglich der Einheitsfront bereits erwähnt. Wenn es unter den gegenwärtigen englischen Verhältnissen, wo das Kapital in wahnwitzigem Ansturm begriffen ist und die an sich machtvolle Arbeiterbewegung infolge ihrer Zerrissenheit und Zersplitterung ohnmächtig ist, diesem zu begegnen, wennes da zweckmäßiger ist, getrennt zu marschieren und getrennt zu schlagen, so ist schwer zu erkennen, weshalb und in welcher Weise eine Einheits-

front im Weltmaßstabe zu erreichen wäre, die doch nicht nur die Independent Labour Party und die Kommunistische Partei, sondern auch Parteien einschließen müßte, die mit der Komintern nie ins Benehmen gekommen sind, ja sogar offen den Kommunismus bekämpft haben und für die Konterrevolution mit der Waffe in der Hand eingetreten sind.

Dem Vorschlage der englischen Kommunisten an die ILP war der Vorschlag der Kommunistischen Internationale an die II. Internationale vorausgegangen, gemeinschaftliche Meetings und Geldsammlungen zugunsten der streikenden chinesischen Arbeiter und der Familien der getöteten und verwundeten Chinesen zu veranstalten. Dieser Vorschlag war im Juni vorigen Jahres gemacht worden, als die Revolutionswelle in China einen Massencharakter angenommen hatte. Zum Unterschied von den führenden Organisationen hat die ILP, wenigstens in Worten, ihre Sympathie für den heroischen Kampf des chinesischen Volkes bekundet. Nichtsdestoweniger hat die ILP keinen Finger gerührt, um die Verwirklichung der Einheitsfront selbst nur in den bescheidenen Ausmaßen, wie es in dem Schreiben der Komintern an die II. Internationale vorgeschlagen wurde, zu fördern. Darüber hinaus blieben selbst alle Anstrengungen der Kommunistischen Partei, die Einheitsfront auch nur im nationalen Maßstabe herzustellen, erfolglos.

Man wird uns aber entgegenen, daß die neue Entschließung nach dem Wechsel in der Leitung der ILP angenommen worden sei. Allan, der Vertreter Macdonalds im Vollzugsausschuß, sei eben gegangen, und jetzt beginne eine radikale Ära mit Brockway an der Spitze. Wir wären froh, es glauben zu können, doch die Ereignisse, die der Annahme des Vorschlages folgten, sind dazu angetan, ernstliche Zweifel einzuflößen.

Vor mir liegt ein Bericht über eine große Protestversammlung gegen die Verurteilung der Kommunisten, die am 8. Januar d. J. im Osten Londons stattgefunden hat. Diese Versammlung war gemeinschaftlich von den östlichen Organisationen der ILP, der KP und vom Gewerkschaftskartell einberufen worden. Es sollten in dieser Versammlung auftreten — Cook, Saklatvala, George Hicks und Hunter — ein bekanntes Mitglied des Vollzugsausschusses der ILP. Der letztere blieb nicht nur fern, sondern richtete sogar an die Versammlung ein Schreiben, in dem er mitteilte, er könne nicht zusammen mit Kommunisten von einer Tribüne sprechen. Cook schlug der Versammlung vor — es waren 1500 Proletarier versammelt —, das Verhalten Hunters zu verurteilen. Gleichzeitig wandte sich Cook an das ZK der ILP mit dem Ersuchen, zum Verhalten Hunters Stellung zu nehmen. Die gemeinsame Versammlung von 1500 Köpfen verurteilte einstimmig die Handlungsweise Hunters, während der Vollzugsausschuß der ILP, derselbe Vollzugsausschuß, der jetzt die Einheitsinternationale verfißt, sich einer Beantwortung der Anfrage Cooks entzog. Die Initiative Hunters lag durchaus in der Richtung des Geschmacks des Vollzugsausschusses der ILP, der sich beeilte, in einem Aufruf an seine gesamten Organisationen darauf hinzuweisen, daß die Kampagne gegen die Verurteilung der Kommunisten getrennt von den Kommunisten geführt werden müsse.

Unwillkürlich drängt sich die Frage auf, ob der Vorschlag von Verhandlungen mit der Komintern nicht etwa das Ventil sei, das die Führer der ILP dem revolutionären Geist der Massen öffnen wollten, um so das Hindrängen derselben zur Kommunistischen Partei in England selbst zu beschwichtigen.

Wir haben oben bereits betont, daß sich in der anläßlich des Kommunistenprozesses ausgelösten Aktion in überaus plastischer Weise der Kampf zwischen den revolutionären und reformistischen Tendenzen innerhalb der Arbeiterbewegung Englands kundtut. Unter diesem Gesichtspunkt ist die oben erwähnte Volksversammlung im östlichen Teil Londons äußerst interessant. Die Resolution dieser Versammlung protestiert nicht nur entschieden gegen politische Verfolgungen, sondern ersucht auch den Generalrat der Gewerkschaften (wohlgemerkt: nicht etwa die Labour Party), einen ein-tägigen Generalstreik zu erklären, wenn die Kampagne für die Befreiung der Kommunisten nicht zum Ziele führen sollte. An der Aufstellung und Durchführung dieser Resolution hat die lokale Organisation der ILP zusammen mit der lokalen Organisation der Kommunistischen Partei teilgenommen. Es braucht wohl kaum nachgewiesen zu werden, daß diese Resolution keineswegs an die Rede Macdonalds über die Notwendigkeit der Redefreiheit zur Sicherung des Burgfriedens und zur erfolgreichen Bekämpfung des Kommunismus erinnert.*

Der Vollzugsausschuß der ILP muß mit der Kristallisierung und der Ausgestaltung der revolutionären Stimmung im Arbeiterteile rechnen. Einige seiner Mitglieder, die mehr oder weniger aufrichtig und ehrlich sind, sind gleichfalls vom Strom des Radikalismus erfaßt. Andere dagegen sind bemüht, diesen Geist in ein solches Bett zu lenken, damit Macdonald in der Durchführung des Blocks mit den Liberalen und in seiner ganzen reformistischen Politik nicht gestört werde. Beide Gruppen haben sich auf die verführerische Losung einer Einheitsinternationale des Kampfes geeinigt. Die einen zieht diese Losung durch ihren Revolutionismus an, die andern akzeptieren sie soweit, als sie keine direkte Gefahr für eine Spaltung der ILP enthält, die unfähig ist, das Drängen des liberalen Teiles zu Macdonald und Lloyd George zu vereinen mit dem Drängen des linken Teiles zum Block mit den Kommunisten, welch letzterer in einer Reihe von Städten faktisch schon verwirklicht ist.

Im Lichte dieser Analyse scheint es uns, daß die englische KP auf die Entschliebung des Vollzugsausschusses der ILP über die Einheitsinternationale sehr richtig geantwortet hat. Ohne sich in irgendwelche theoretische Diskussionen einzulassen, sagte sie klar und deutlich: anstatt laute, hohle Phrasen von sehr großen Plänen zu machen, laßt uns konkret, praktisch in unserem englischen Rahmen mit vereinten Kräften die Abwehr des kapitalistischen Angriffs durchführen.

Diese simple und praktische Antwort wird die manövrierenden Führer der ILP veranlassen, wieder auf die Erde herabzusteigen und endgültig

* Zum Verständnis jenes Kampfes, der zurzeit in der englischen Arbeiterbewegung vor sich geht, ist es von Interesse, neben der Resolution der Londoner Arbeiterversammlung einiges aus einem Leitartikel aus dem Zentralorgan der britischen Sozialdemokratischen Föderation anzuführen. „Unter die Sympathien für die Kommunisten“ — so lesen wir im „Sozialdemokrat“ vom Januar d. J. — „müssen sich in hohem Grade die Sympathien für ihre Ideale selbst mengen, die zugleich die Ideale der III. Internationale sind, die niemand hier im Lande sehen will; diese Ideale haben bereits einen bestimmten Einfluß in den Reihen der Arbeiterparteien. Nachdem sie unter Eid festgestellt hat, daß die Kommunistische Partei in 10 Monaten 14 000 Pfund erhalten hat, eine Summe, die eine revolutionäre Partei von Mitgliedern und Sympathisierenden im Lande, in dem sie tätig ist, nicht einnehmen kann, täte die Regierung klug, wenn sie die Befreiung der Beschuldigten verfügte.“

zu beschließen, mit wem und wohin sie gehen. — Die Lage ist zu kompliziert, als daß man noch die alten Manöver wiederholen könnte. Die ILP muß sich entscheiden, ob sie mit Macdonald und Lloyd George daran gehen will, die Volksmassen zum Narren zu halten, oder ob sie es vorzieht, im Verein mit den Kommunisten den Kampf gegen das angreifende Kapital aufzunehmen. Einen Mittelweg gibt es nicht. Man kann die brennenden Fragen, die das reale Leben stellt, nicht mit inhaltslosen „Aufrufen der Armut“ und mit tönenden Phrasen über eine Einheitsinternationale abtun.

Die Stärke in der Antwort der Kommunistischen Partei liegt eben darin, daß sie jene aktiven Proletarier stärkt, die aufrichtig nach einer Umstellung der englischen Arbeiterbewegung streben, und daß sie diejenigen an die Wand drückt, die durch geschickte Manöver die Arbeiter von den wahren Anforderungen des Klassenkampfes ablenken sollen.

A. MARTYNOW :

DAS NEUE AGRARPROGRAMM DER ÖSTERREICHISCHEN SOZIALDEMOKRATIE

I. Eine geschickte Nachahmung des bolschewistischen Agrarprogramms

Im November 1925 nahm die österreichische Sozialdemokratie auf ihrem Parteitag in Wien ein neues detailliertes Agrarprogramm an. Das neue Programm ist eine bedeutsame Erscheinung. Der Text des Programms und ebenso der Kommentar dazu, den Otto Bauer als Berichterstatter über die Agrarfrage auf dem Kongreß sowie vor und nach dem Parteitag im „Kampf“ gab, zeigt das Bestreben der österreichischen Sozialdemokratie, in ihrem Agrarprogramm die Bolschewiki nachzuahmen, wenngleich sie es natürlich vermeiden, die wahren Autoren ihres Plagiats zu nennen.

Der Ausgangspunkt des neuen Programms ist, daß der Weg zum Sozialismus über das Bündnis des Proletariats mit der Bauernschaft gehe, um deren Seele das Proletariat einen hartnäckigen Kampf mit der Bauernschaft aufzufechten habe.

In seinen Artikeln im „Kampf“ gibt Otto Bauer eine äußerst gelungene ökonomische Begründung dieser These.

„Im Jahre 1895“ — heißt es in seinem Artikel: „Zum Parteitag“ („Der Kampf“, November 1925, S. 404 ff.) — „ist der Breslauer Parteitag der deutschen Sozialdemokratie bei dem Versuch, ein Agrarprogramm zu formulieren, an theoretischen Streitfragen gescheitert“, weil man es nicht verstand, zwei Fragen auseinanderzuhalten: 1. Ist die Produktivität der Arbeit im Großbetrieb größer als im Kleinbetrieb? und 2. Welche von diesen Wirtschaftsformen hat bei der Konkurrenz unter den Bedingungen des kapitalistischen Regimes Aussichten auf Erfolg?

„Wir können heute“, meint Otto Bauer, „diese Frage auf Grund viel umfassenderer Tatsachenkenntnis beantworten, als es 1895 der Fall war. Eine ungeheure Literatur, die im letzten Menschenalter entstanden ist, ermöglicht die Antwort... Es unterliegt kaum mehr einem Zweifel, daß der Großbetrieb in der Regel in der Produktivität der Arbeit, der Kleinbetrieb in der Regel in der Intensität der Bodennutzung überlegen ist. Der Kleinbetrieb bringt in der Regel mehr von gleicher Bodenfläche hervor als der Großbetrieb, aber mehr nur um den Preis unverhältnismäßig größeren Aufwands an menschlicher Arbeit und an hohen Viehkosten auf gleicher Bodenfläche. Claassen gibt dafür folgendes anschauliche Beispiel: Auf den von ihm untersuchten Gütern betrug der mittlere Hektarertrag im Großbetrieb 113 Mark, im Kleinbetrieb 191 Mark. Also größere Intensität des Kleinbetriebs. Aber der Mehrertrag des Kleinbetriebs wurde damit erkaufte, daß der Kleinbetrieb mehr als dreimal soviel Arbeit auf den Hektar erforderte als der Großbetrieb und zweieinhalbmal mehr Vieh je Hektar hielt als der Großbetrieb. Im Kleinbetrieb also um 70 Prozent höherer Ertrag, aber um 200 Prozent höherer Arbeitsaufwand und um 150 Prozent höhere Viehkosten. Also geringere Produktivität des Kleinbetriebs. Würden wir die landwirtschaftlichen Großbetriebe zerschlagen, um auf ihrem Boden Bauerngüter zu begründen, so würde der Rohertrag steigen, wobei sich zugleich die Gliederung dieses Rohertrags verändern, der pflanzliche Anteil sinken, der tierische steigen würde. Aber die Steigerung des Rohertrags müßte erkaufte werden damit, daß erstens die Bauern, die an die Stelle der Landarbeiter des Großbetriebs treten

würden, ihre Arbeitskraft und die Arbeitskraft ihrer Familienmitglieder stärker anspannen müßten, daß ihre Arbeitszeit länger wäre, Frauen und Kinder härter arbeiten müßten als im Großbetrieb; zweitens aber erkaufte damit, daß in den Bauerngütern zusammen mehr Menschen beschäftigt wären und mehr Arbeitsvieh gehalten würde als in dem Großbetrieb, daß daher ein größerer Teil des Rohertrags zur Ernährung der Bodenbauer und ihres Viehs gebraucht würde, daher kleinere Überschüsse für den Markt, für die Ernährung der städtischen Bevölkerung erübrigt würden.“

Aus dem Gesagten geht hervor: Im Kleinbetrieb ist nicht nur die Produktivität der Arbeit geringer als im Großbetrieb, sondern auch der Reinertrag; d. h. der Warenüberschuß ist, trotz des größeren Rohertrags, niedriger als im Großbetrieb.

Aus diesem Satz, der die Richtigkeit der marxistischen Anschauung von der Überlegenheit des Großbetriebs über den Kleinbetrieb bestätigt, zogen die Sozialdemokraten der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts den Schluß, daß der Großbetrieb „im freien Wettbewerb um den Boden im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft“ den Kleinbetrieb verdrängen werde. Diese Schlußfolgerung hat sich, wie Otto Bauer richtig bemerkt, nicht bewahrheitet:

„. . . Die Erfahrung lehrte, daß der freie Wettbewerb weder zur Aufsaugung des Bauernlandes durch die Großbetriebe noch zur Aufteilung des Großbesitzes an Kleinbauernwirtschaften führt, daß sich beide Wirtschaftsformen nebeneinander behaupten. . . . Wir wissen heute, daß das Proletariat am Tage der Eroberung der Macht sowohl Bauernwirtschaften als auch landwirtschaftliche Großbetriebe nebeneinander vorfinden wird . . .“ (a. O. S. 406).

Weshalb aber wurden die weniger produktiven Kleinbauernwirtschaften von den Großbetrieben nicht verdrängt? Woraus erklärt sich ihre Lebensfähigkeit? Weil der Bauer, antwortet Otto Bauer richtig, von dem Schicksal des Arbeiterdaseins abgeschreckt wird und sich so krampfhaft an sein Stück Boden klammert, daß er bereit ist, es weit zu überzahlen und mit Hypotheken zu überlasten, nur um dort sein Leben fristen zu können und nicht Gefahr zu laufen, auf die Straße geworfen zu werden.

In seinem Artikel: „Bodenverschuldung und Sozialismus“ („Der Kampf“, Jänner 1926, S. 8) schreibt er:

„Die Furcht vor der Lohnknechtschaft ist die Ursache der Schuldknechtschaft (des Bauern. D. Red.) . . . Erst, wenn es gelingt, die Lage der Arbeiter so zu verändern, daß niemanden mehr das Schicksal des Arbeiterdaseins schreckt, erst dann wird niemand bereit sein, den Boden zu überzahlen, um nur nicht als Arbeiter leben zu müssen.“

Somit eröffnet sich der Bauernschaft erst nach dem sozialistischen Umsturz die Aussicht auf Befreiung von ihrer Not. Erst dann wird sie sich nicht mehr an ihre kleinen Elendswirtschaften klammern.

Wie wird sich aber die Befreiung des Bauern vollziehen? Darauf antwortet Otto Bauer in seinem bereits zitierten Artikel „Zum Parteitag“ („Der Kampf“, November 1925, S. 407):

„Aber mit jenen Enteignungsakten, durch die die Großbetriebe in der Industrie, in der Land- und Forstwirtschaft, im Handel und im Kreditwesen vergesellschaftet werden, beginnt erst die Entwicklung der sozialistischen Gesellschaftsordnung. Sie sind nicht ihr Abschluß, sondern ihr Anfang. Sie sind nur das Mittel, die Elemente der neuen Gesellschaft in Freiheit zu setzen“ (Marx). Aber die Entfaltung dieser Elemente wird nun nicht mehr gewaltsamer Enteignungsakte bedürfen, sondern nur der allmählichen organischen Anpassung an die neue, durch jene konstituierenden Enteignungsakte geschaffene gesellschaftliche Umwelt . . .

Heute überzahlen täglich Tausende den Boden, um nur auf eigener Scholle leben zu können, um sich nur nicht als Lohnarbeiter verdingen zu müssen. Je höher aber die Lebenshaltung der Arbeiter in den vergesellschafteten Betrieben steigen wird, desto weniger wird das Arbeiterschicksal die Massen schrecken; desto weniger werden sie

daher bereit sein, Boden um jeden Preis zu kaufen oder zu pachten, um nur dem Schicksal des Arbeiterdaseins zu entgehen. Je höher die Lebenshaltung der Arbeiter in den vergesellschafteten Betrieben steigen wird, desto schwächer wird der Bodenhunger des Landvolkes werden, die Preise der Bauerngüter werden ihren Ertragswert nicht mehr übersteigen, der Boden wird daher bei Kauf, Gutsübergabe, Erbgang nicht mehr mit Hypotheken überlastet werden. Mit der Überwertung des Bodens verschwindet die Ursache seiner Überschuldung; verschwindet daher die Ausbeutung des Bauern durch die Hypothek. Ist in der kapitalistischen Gesellschaft das bäuerliche Grundeigentum nur das Mittel des Kapitals, sich mittels Hypothek und Pfandbrief den Reinertrag der Bauernwirtschaft anzueignen, so wird nun erst das bäuerliche Grundeigentum dem Bauern den Genuß seines Arbeitsertrags sichern.

Aber mit der sozialen Funktion des bäuerlichen Grundeigentums wird sich allmählich auch die Produktionsweise der Grundeigentümer verändern. Je höher nämlich die Lebenshaltung der Arbeiter in den vergesellschafteten Betrieben steigen wird, desto stärker wird die Anziehungskraft der vergesellschafteten Betriebe auf die Kinder der Bauern und auf ihre Lohnarbeiter werden. Sollen der Landwirtschaft nicht die Arbeitskräfte, deren sie bedarf, verlorengehen, so werden die Bauern gezwungen sein, die Produktivität ihrer Arbeit aufs höchste zu steigern, um auch ihren Mitarbeitern möglichst hohe Lebenshaltung sichern zu können. Aber solche Steigerung der Produktivität der Arbeit ist nur möglich, wenn es die Bauern lernen, sich auch die Vorteile des Großbetriebes anzueignen. Sie werden es darum allmählich lernen, das bäuerliche Genossenschaftswesen, das heute nur die Verarbeitung und den Vertrieb der Produkte der Bauernwirtschaft besorgt, zur Vervollkommnung der Produktion selbst zu benutzen. Allmählich werden die Bauern den Aufgabenkreis ihrer Genossenschaften erweitern, mittels der Genossenschaften wissenschaftlich geschulte Landwirte und die moderne Maschinerie, alle Hilfsmittel der modernen Technik in ihren Dienst stellen, schließlich selbst jene Teile des Produktionsprozesses, die im Großbetrieb mit größerer Arbeitsproduktivität versehen werden können, genossenschaftlich besorgen. Je stärker die Anziehungskraft der vergesellschafteten Großbetriebe auf die Landarbeiter sein wird, desto weiter werden die Bauern in dem Prozeß der Vergenossenschaftung ihrer Produktion fortschreiten müssen; denn erst in einer späten hohen Entwicklungsphase dieses Prozesses wird es möglich werden, die Lohnarbeit im groß- und mittelbäuerlichen Betriebe zu entbehren, den Lohnarbeiter des Bauern in einen gleichberechtigten Genossen der bäuerlichen Genossenschaft zu verwandeln . . .“

Wir sehen, daß Otto Bauer von den Bolschewiki einiges gelernt hat, daß er die allmähliche Einbeziehung des Bauern in die sozialistische Wirtschaft über die Genossenschaft nach rein bolschewistischem Schema skizziert. Die gleiche leninistische Dialektik plagiiert Otto Bauer auch bei der Problemstellung der Bauernfrage vor dem sozialistischen Umsturz. Obgleich die Tatsachen die wirtschaftlichen Vorzüge des Großbetriebes über den Kleinbetrieb einwandfrei festgestellt haben, obgleich Otto Bauer die Unvermeidbarkeit einer allmählichen Vergesellschaftung der Bauernwirtschaft nach dem sozialistischen Umsturz, nach der Nationalisierung der Großindustrie, des Handels und des Kredits voraussieht, anerkennt er für die bevorstehende Epoche, für die Epoche des Kampfes des Proletariats um die Macht, wiederum nach dem Vorbilde der Bolschewiki, die Zweckmäßigkeit von Zugeständnissen gegenüber der Bauernschaft und sogar die Aufteilung des Großgrundbesitzes unter die Bauern, wo es gilt, die Bauernschaft zu gewinnen. In seinem Artikel „Zum Parteitag“ schreibt er:

„Trotzdem (d. h. trotz der Überlegenheit des Großbetriebes über den Kleinbetrieb. D. Red.) haben die Revolutionen seit 1917 in einem großen Teil Europas die landwirtschaftlichen Großbetriebe zerschlagen, ihren Boden auf die Bauern aufgeteilt. In Rußland hat das Proletariat das Herrenland den Bauern preisgegeben, um die Bauern in seine Gefolgschaft zu bringen; umgekehrt hat in den baltischen Staaten und in Rumänien die Bourgeoisie den Großgrundbesitz auf die Bauern verteilt, um die Bauern nicht unter die Führung des Bolschewismus fallen zu lassen. Derselbe Grund drängt jetzt auch in Polen die Bourgeoisie zur Aufteilung des Großgrundbesitzes. Diese Agrarrevolutionen sind also aus Bedürfnissen des Klassenkampfes hervorgegangen: aus dem

Kampf der Bourgeoisie und des Proletariats um die Seele des Bauern. In anderen Ländern drängte der nationale Kampf nach derselben Maßregel: in der Tschechoslowakei, in Lettland und Estland, in Jugoslawien war die Zerschlagung des Großgrundbesitzes das Mittel, den Boden einer fremden Herrenklasse, deren politische Macht die nationale Revolution gebrochen hatte, zu entreißen. Kämpfende Klassen und kämpfende Nationen haben so Bodenreformen, die auf die Dauer die Produktivität der Arbeit, daher auch das soziale, das Kulturniveau des Landvolkes nur senken können, durchgeführt, um ihre Klassenmacht oder ihre nationale Macht zu befestigen.“ (S. 405.)

Ferner weist Otto Bauer mit Recht darauf hin, daß das Proletariat in Österreich bis zu einem gewissen Grade dieses Opfer vermeiden kann, daß dort die Aufteilung der großen landwirtschaftlichen Betriebe nicht unbedingt erforderlich ist, aber nur infolge der spezifischen Bedingungen Österreichs, nur weil die Zahl der landwirtschaftlichen Großbetriebe in Österreich sehr gering ist, nur weil der Gutsbesitz in Österreich mehr Wälder als Äcker umfaßt. Im Prinzip aber leugnet Otto Bauer die Zweckmäßigkeit der Aufteilung der großen Güter nicht, sobald dadurch der Übergang der Bauern auf die Seite des Proletariats entschieden wird. Otto Bauer weicht also auf diesem Punkte von den sozialdemokratischen Traditionen ab und ist bereit, dem Beispiel der Bolschewiki zu folgen.

Diese Konzession in der Agrarfrage an die Bolschewiki lag dem neuen Agrarprogramm der österreichischen Sozialdemokratie zugrunde, das auf ihrem letzten Wiener Parteitag im November 1925 beinahe diskussionslos angenommen wurde. Wir sagen „beinahe diskussionslos“, da sich der Streit ausschließlich um einige Teilfragen drehte, um Punkte, die den Alkoholismus und die antireligiöse Propaganda — oder richtiger den Verzicht auf sie — betrafen.

Wir werden dieses umfangreiche Programm hier nicht im einzelnen wiedergeben, sondern nur seine Hauptthesen hervorheben*. Das Programm zerfällt in drei Teile: a) unmittelbare Forderungen zur Hebung der Landwirtschaft; b) unmittelbare Forderungen zur Hebung des ländlichen Proletariats und c) der Übergang zur sozialistischen Gesellschaftsordnung.

Im ersten Teil ist die Rede von den Maßnahmen zur Verbesserung der Bauernwirtschaft. Hierzu entwickelt das Programm den Plan einer umfassenden Schulreform nach dem Prinzip der Arbeitsschule und einer durchgreifenden Verbreitung der landwirtschaftlichen Bildung. Ferner wird in diesem Teil die Anweisung von staatlichen und kommunalen Mitteln zur Verbesserung der Bauernwirtschaft behandelt sowie eine Reihe von Zwangsmaßnahmen, die im Interesse der Gesellschaft und auf Initiative oder im Einvernehmen mit den Landwirtschaftskammern durchgeführt werden sollen, um den Widerstand rückständiger Kleinbesitzer gegen die Rationalisierung der Bauernwirtschaft zu brechen. Zu diesen Maßnahmen gehören die zwangsweise Liquidierung von Streuländereien, obligatorische Meliorationen und Wegebauten, die obligatorische Haltung von Zuchtvieh, Samenauslese, Schädlingsbekämpfung, Aufforstung bestimmter Landstriche, zwangsweise Regulierung der Wald- und Wiesennutzung durch Servitute usw.

Zur Befreiung der Bauern von der Ausbeutung durch das Handelskapital empfiehlt dieser Teil des Programms die Einführung eines *S t a a t s m o n o p o l s* auf den Export und Import von Getreide und Mehl. (Und das nach all dem Gezeter gegen das Außenhandelsmonopol der Sowjetrepublik!)

* Vgl. „Arbeiterzeitung“, Wien, 27. September 1925. Das sozialdemokratische Agrarprogramm. Der Entwurf der Agrarpolitischen Kommission. Nach dem Russischen zitiert.

Zum Kampf gegen die Verschuldung der Bauernwirtschaft schlägt dieser Teil des Programms die Entwicklung eines wohlfeilen landwirtschaftlichen Kredits vor, Kampf gegen die Herrschaft der Banken, Abschaffung der Bankkartelle, strengste staatliche Kontrolle der Banken, Entwicklung eines Systems von Versicherungskassen und Kreditgenossenschaften, die keine Profitabsichten verfolgen. Zur Steigerung des Angebots von Grundstücken und der damit verbundenen Verbilligung des Bodens fordert das Programm die Aufhebung der Fideikomnisse (der unveräußerlichen Familiengüter) sowie die Aufhebung des Eigenjagd- und Fischrechts. Endlich schlägt dieser Teil des Programms eine Reihe Maßnahmen zur Verbesserung der bäuerlichen Pachtbedingungen vor.

Zur Erleichterung des auf den Bauern lastenden Steuerdrucks wird in diesem Programmteil die Ablösung der Grundsteuern durch eine progressive Steuer auf die Bodenrente gefordert, von der natürlich die Bauern mit rentenloser Wirtschaft und solche, deren Einkünfte einem durchschnittlichen Arbeitslohn entsprechen, befreit sind.

Dieser ganze Teil des Programms behandelt Maßnahmen zur Hebung der Lage der Bauern im Rahmen des kapitalistischen Systems. In dem folgenden Programmteil ist von den Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der landwirtschaftlichen Arbeiter, wiederum unter dem Kapitalismus, die Rede. Hier wird die Ausdehnung der Arbeitergesetzgebung auf die landwirtschaftlichen Arbeiter (Kollektivverträge, Beschränkung der Arbeitszeit usw.) gefordert, natürlich unter Berücksichtigung der Besonderheiten der Landwirtschaft. So schlägt das Programm an Stelle des festen Achsstudentages für die landwirtschaftlichen Arbeiter die Einführung eines durchschnittlichen Achtstudentages vor, der die Überschreitung dieser Norm während der Feldarbeit unter der Bedingung eines Ausgleichs in den Wintermonaten zuläßt. Gleichzeitig fordert das Programm die Einführung einer bestimmten Ruhezeit für Hirten und in der bäuerlichen Hauswirtschaft beschäftigte Dienstleute. Eingehend behandelt dieser Teil des Programms die Maßnahmen zur Sicherstellung der selbständigen Wohnung für landwirtschaftliche Tagelöhner als einer Voraussetzung, um deren maßlose Ausbeutung einzuschränken. Ebenso ist hier die Rede von Maßnahmen zur Verbesserung des Loses von Landarbeitern, die außerdem Eigenbesitzer sind; zur Lösung der Wohnungsfrage für diese beiden Tagelöhnerkategorien fordert das Programm die Wiederherstellung der Rechte der Landgemeinden auf jene Ländereien, die sie vor dem Jahre 1848 besessen haben und die ihnen in der Folgezeit von Junkern und Kapitalisten weggenommen wurden.

In dem letzten Teil des Programms, der den Übergang zur sozialistischen Gesellschaftsordnung behandelt, heißt es:

„Das Raubeigentum der Herren entwickelte sich auf Kosten des Arbeitseigentums der Bauern. Im Kampf um die Verbesserung der Landwirtschaft und der Lage des ländlichen Proletariats stößt der Sozialismus auf die Grenze des Großgrundbesitzes. Das muß aufhören. Die Aufgabe des Sozialismus ist es, den Boden, den die herrschenden Klassen im Laufe der Jahrhunderte dem Volke geraubt haben, der Gesellschaft zurückzuerobern.“*

Zu diesem Zweck fordert das Programm die Enteignung der privaten und kirchlichen Waldungen und deren Verstaatlichung. Die Nutznießung dieser

* Aus dem Russischen zurückübersetzt.

Waldungen soll Genossenschaften übertragen werden, in denen der Staat, die Forstarbeiter und die Bauern vertreten sind; die Forstwirtschaft soll dabei einerseits die Erhaltung der für die Gesellschaft notwendigen Waldungen im Auge behalten, andererseits aber den Bauern die zur Viehzucht erforderlichen Flächen sichern.

Weiterhin wird in diesem Programmteil die Nationalisierung der landwirtschaftlichen Großbetriebe gefordert. Da die Erhaltung dieser Großbetriebe im Interesse des technischen Fortschritts der Landwirtschaft unbedingt erforderlich ist, schlägt das Programm vor, die Güter oder Teile von ihnen nur in folgenden Fällen den Bauern zu übergeben: erstens wenn ein Teil des Gutes zwischen Bauernwirtschaften eingekeilt ist; zweitens wo die Ausdehnung des Großgrundbesitzes die rationelle Bauernwirtschaft aus Mangel an Land behindert, und schließlich drittens, wo große Gutswirtschaften nicht auf Rechnung des Besitzers, sondern durch Verpachtung an Kleinpächter betrieben wurden. In den übrigen Fällen sollen die nationalisierten Großbetriebe gesellschaftlich weitergeführt werden.

Gegen Schluß dieses Teiles des Programms heißt es, daß die Kleinbauernwirtschaft allmählich sozialisiert werden wird, wie Otto Bauer in den zitierten Artikeln im „Kampf“ darlegt:

„Der Übergang der Großbanken, der Großindustrie und des Großhandels in gesellschaftliches Eigentum befreit die Bauern von den ihnen vom Finanzkapital aufgezwungenen hypothekarischen Zinsen und den ihnen von den Kartellen aufgezwungenen niedrigen Preisen für landwirtschaftliche Produkte sowie von der Ausbeutung durch den kapitalistischen Handel. In der kapitalistischen Gesellschaft hängt der Anteil der Bauern an der Gesamtsumme der Produkte der gesellschaftlichen Arbeit von dem blinden Spiel des Marktes ab. In der sozialistischen Gesellschaft wird die gleichmäßige Entwicklung der Industrie und der Landwirtschaft und die Regulierung des Anteils der Bauern an dem Gesamtertrag der gesellschaftlichen Arbeit möglich sein. . . . Die Geldentwertung hat den Bauer zeitweilig von der Schuldknechtschaft befreit: wir sehen jetzt schon, wie sie wiederkehrt. . . . Erst wenn die Gesellschaft jedem Arbeiter Wohnung, Arbeitslohn und Altersrente gewährleistet, wird sich der Bauer nicht mehr an seine Scholle klammern. . . . Erst in einer sozialistischen Gesellschaft verschwindet daher mit den Ursachen der Überwertung des Bodens die Ursache der Ausbeutung der Bodenbauer durch das Hypothekenkapital. . . . Schließlich wird die Weiterentwicklung des Genossenschaftswesens den Bauern die Möglichkeit geben, die Vorzüge des Großbetriebs und die Errungenschaften der modernen Wissenschaft und Technik zu eigen zu machen. . . .“*

Wir sehen, daß das neue Agrarprogramm der österreichischen Sozialdemokratie beinahe bolschewistisch ist. Die österreichischen Sozialdemokraten beginnen in der Agrarfrage wie Bolschewiki zu sprechen, nur . . . „mit etwas anderen Worten“. Sie sprechen bolschewistisch, nur „etwas“ verschweigen sie bescheiden. Und gerade dieses „etwas“ ist von ausschlaggebender Bedeutung.

II. *Wie und weshalb sie uns nachahmten?*

Der Freund und Gesinnungsgenosse Otto Bauers, Fedor Dan, schreibt im „Sozialistischeski Wjestnik“ über das neue Agrarprogramm der österreichischen Sozialdemokratie:

„Betrachtet man das Programm rein äußerlich, so ist in vieler Beziehung eine überraschende Ähnlichkeit mit den gegenwärtigen „Losungen“ der Bolschewiki nicht zu verkennen. Sowohl die Grundideen des Programms: die Verwirklichung des Sozialismus

* Zum Teil aus dem Russischen zurückübersetzt.

durch die Beherrschung der „Kommandohöhen“, das Bündnis des Proletariats mit der Bauernschaft unter der „Hegemonie“ der Arbeiterklasse usw., als auch die Details des Programms, wie z. B. die Genossenschaften als Mittel, die Bauern für die sozialistische Wirtschaftsordnung zu gewinnen, „Zwangsmaßnahmen“ zur Hebung der Produktivität und schließlich das „Getreidemonopol“, alles das steht jetzt auch im Programm der Bolschewiki, seit sie die Theorie des reinen Kommunismus aufgegeben haben.“

Nach dieser Feststellung der unbestreitbaren äußeren Ähnlichkeit zwischen dem österreichischen und dem bolschewistischen Agrarprogramm fährt Fedor Dan fort:

„Ein großer Fehler aber wäre es, wollte man hinter dieser äußeren Ähnlichkeit, die allen ‚Sozialistenfressern‘ willkommenen Anlaß gibt, über den Sozialismus herzufallen, den grundlegenden prinzipiellen Unterschied zwischen der Theorie und Praxis des Bolschewismus einerseits und der Sozialdemokratie andererseits übersehen. . . . Wir stoßen auf diesen Unterschied, wenn wir unser Augenmerk beispielsweise darauf lenken, daß die ‚Zwangsmaßnahmen nur auf Initiative oder im Einvernehmen mit den Landwirtschaftskammern‘, d. h. einer freigewählten Vertretung der gesamten Bauernschaft, durchgeführt werden sollen, oder wenn wir uns daran erinnern, daß das Außenhandels-‚Getreidemonopol‘ vom Staate gemeinsam mit den freigewählten Vertretern der Bauernwirtschaften und der Konsumgenossenschaften verwaltet werden soll usw. Was hat beispielsweise ein derartig beschränktes ‚Monopol‘, das auf dem Prinzip der Selbstverwaltung beruht, mit dem unumschränkten, durch und durch bürokratisch organisierten Monopol der Bolschewiki zu schaffen?“

Was Fedor Dan hier über den prinzipiellen Unterschied zwischen dem Agrarprogramm der österreichischen Sozialdemokratie und dem der Bolschewiki sagt, sind im wesentlichen Flausen, die nicht einmal die Widerlegung lohnen. Es handelt sich nicht um jene Schönheitspflasterchen an den unsympathischen Zwangsmaßnahmen und dem verhaßten Außenhandelsmonopol, das die österreichische Sozialdemokratie nun letzten Endes doch als zweckmäßig anerkennen mußte. Der prinzipielle Unterschied zwischen dem sozialdemokratischen und dem bolschewistischen Agrarprogramm liegt auf einem anderen, unvergleichlich wichtigeren Punkte.

Das österreichische Agrarprogramm entwirft einen Plan für ausgedehnte staatliche Maßnahmen, die große Geldmittel erfordern; es spricht dann ferner von der Zwangsenteignung des Großgrundbesitzes. Woher will die österreichische Sozialdemokratie diese Mittel nehmen? Wie stellt sie sich diese Enteignung vor? Als Konfiskation oder als „gerechten Auskauf“ der Feudalländereien? Danach zu urteilen, daß das Programm den Gutsbesitz „Raubeigentum“ nennt, könnte man annehmen, daß die österreichische Sozialdemokratie nach dem Vorbilde der Bolschewiki die Forderung der entschädigungslosen Enteignung der Gutsbesitzer aufgestellt habe. Das wäre aber ein Irrtum. Wir sind längst gewohnt, von Otto Bauer tönende revolutionäre Phrasen zu hören, hinter denen sich ein kläglicher reformistischer Inhalt verbirgt. Man braucht nur daran zu erinnern, daß Otto Bauer in seiner Geschichte der österreichischen Revolution das stolze Wort „soziale Revolution“ für etwas anwandte, was in Wirklichkeit nur der Zusammenbruch des österreichischen Kaiserreiches war. In der ganzen Nachkriegsperiode hat die gesamte Sozialdemokratische Partei die Konfiskation prinzipiell abgelehnt und nur die Enteignung gegen Entschädigung anerkannt. Wäre die österreichische Sozialdemokratie jetzt wirklich von dieser alten Tradition abgewichen, dann müßte das im Programm schwarz auf weiß stehen. Das Programm aber schweigt sich über diese Frage bescheiden aus, und das ist von ausschlaggebender Bedeutung.

Und nicht nur wir sind dieser Ansicht, auch die Bourgeoisie hat das richtige Gefühl dafür. Die bürgerliche „Neue Freie Presse“ schreibt in ihrer Nummer vom 17. November 1925 über das neue Agrarprogramm der österreichischen Sozialdemokratie:

„Eine einzige kleine Frage hat Doktor Otto Bauer systematisch umgangen, eine Frage, die allerdings von ausschlaggebender Bedeutung ist: wer soll die Kosten für die Durchführung seines Agrarprogramms tragen? Wer soll die Übereignung der Wälder aus Privatbesitz in öffentlichen Besitz bezahlen? Wir sind der Ansicht, daß Doktor Otto Bauer kaum eine entschädigungslose Konfiskation im Auge haben wird, eine nackte Beraubung der früheren Eigentümer. Wer soll dem Staate die erforderlichen Geldmittel zur Schließung jener Lücke vorstrecken, die durch die Abschaffung der Steuern, namentlich durch den Ausfall der Weinsteuern entstehen wird? . . . Wer soll endlich die Verluste decken, die sich ergeben, wenn der Bauer höhere Löhne zahlen soll, um das Bildungsniveau seiner Tagelöhner zu heben, wenn er nicht die Preise für seine Produkte aufschlagen kann? Denn das bedeutete ja nichts als eine Nötigung der städtischen Konsumenten, dafür zu bezahlen, daß die Sozialdemokratie das landwirtschaftliche Proletariat auf seine Seite ziehen will. Hier gähnt eine gewaltige Kluft . . . hier wird spürbar, daß wir es mit einer der üblichen Utopien zu tun haben. deren Ziel im wesentlichen demagogisch ist.“ *

Die bürgerliche Zeitung hat recht. Wenn Otto Bauer und Co. nicht die Konfiskation, nicht die entschädigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes im Auge haben, dann ist ihr Agrarprogramm utopisch und ihr Ziel demagogisch, nämlich, sich die Sympathien der Arbeitermassen durch Versprechungen zu gewinnen, an deren Verwirklichung die Sozialdemokratische Partei gar nicht denkt. Die sozialdemokratische „Leipziger Volkszeitung“, die „ihre Pappenheimer“, ihre österreichischen Freunde gut kennt, schreibt demnach auch in ihrer Nummer vom 3. Oktober 1925 über dieses hochtönende Agrarprogramm:

„Darüber hinaus werden eine Reihe neuer Forderungen erhoben, und es werden auch Staatsmittel in weitem Umfange zur Hebung der Produktivität der Landwirtschaft verlangt. Es fehlt nur jeder Beweis darüber, ob der Staat diesen Leistungen auch nachkommen kann. Solange sich die Staatsmacht in den Händen kapitalistisch-großagrarischer Kreise befindet, hat der Staat für die Kleinbauern, für die Landproletarier nichts übrig. Im Gegenteil! Sie müssen die Lasten tragen. . . . Man muß sich darüber klar sein, daß ein Staatswesen wie Österreich, auch wenn es später von kleinstädtisch-proletarischen Schichten beherrscht wird, nicht beliebig große Mittel für die Landwirtschaft ausgeben kann. Man kann Forderungen in weitem Maße aufstellen, die Hauptsache für die arbeitende Landbevölkerung ist, daß sie erfüllt werden können. Kommt die Sozialdemokratie in die Lage, die Staatsmacht zu erobern, und kann aus Mangel an Mitteln das Programm dann nicht verwirklichen, dann gibt es eine allgemeine Enttäuschung, Verbitterung. Denn es melden dann nicht nur die Kleinbauern ihre Ansprüche an, es kommen dann auch die anderen arbeitenden Schichten mit ihren berechtigten Forderungen. Man wird also . . . Vorsicht walten lassen müssen. . . . Ein Programm darf keine Illusionen nähren, sondern muß wissenschaftlichen Charakter tragen. . . .“

Man muß zugeben, daß die „Leipziger Volkszeitung“ von ihrem reformistischen Standpunkt aus durchaus richtig und logisch argumentiert: wenn man nicht zu revolutionären Aktionsmethoden greifen will, dann ist es leichtfertig, Versprechungen zu geben, die sich nur mit revolutionären Methoden verwirklichen lassen.

Der zweite prinzipielle Unterschied zwischen dem Agrarprogramm der österreichischen Sozialdemokraten und dem der Bolschewiki besteht darin, daß sich das österreichische Programm darüber ausschweigt, mit welchen

* Aus dem Russischen zurückübersetzt.

Methoden die österreichische Sozialdemokratie die politische Macht erobern und den sozialistischen Umsturz durchführen will. Und mit der ihm eigenen Demagogie schließt Otto Bauer auch hier die Lücke mit einer revolutionären Phrase. In seinem bereits zitierten Artikel: „Bodenverschuldung und Sozialismus“ schreibt er auf Seite 9 unter dem stolzen Titel: „Bürgerliche Reform oder sozialistische Revolution“ folgendes:

„Die große konservativ-bürgerliche Schule der Agrarreform, die Rodbertus, Lorenz von Stein, Schäffle, Rudolf Meyer, Vogelsang, Hainisch, hat die Ausbeutung der Bauern durch das Hypothekenskapital als eines der Grundübel der kapitalistischen Gesellschaftsordnung erkannt... Sie hat nach Mitteln gesucht, die Bauernschaft von dieser Fronarbeit zu befreien. Aber sie wollte die Wirkungen des Kapitalismus überwinden, ohne den Kapitalismus selbst aufzuheben. Das ist unmöglich. Alle Mittel, die diese konservativen Agrarreformer empfohlen haben — die Festsetzung einer Verschuldungsgrenze, das Anerbenrecht, die Konstituierung der Bodenpreise — haben sich teils als nicht anwendbar, teils als unwirksam erwiesen... Nicht durch bürgerliche Reform am Kapitalismus, sondern nur durch die sozialistische Umwälzung, die den Kapitalismus selbst aufhebt, kann die Ausbeutung der Bauern durch das Hypothekenskapital für alle Zeiten aufgehoben werden...“

Nach diesen Worten könnte ein leichtgläubiger Leser schließen, daß Otto Bauer den Standpunkt des bürgerlichen Reformismus verwerfe und auf dem Standpunkt der proletarischen Revolution stehe. Freilich kann ein derartiges Mißverständnis nur einem Leser, der Otto Bauer und die österreichische Sozialdemokratie schlecht kennt, unterlaufen. Sein wirkliches strategisches Programm hat Otto Bauer in dem bereits erwähnten Artikel: „Zum Parteitag“ halb demaskiert. Dort schreibt er:

„Eine weitere Industrialisierung Österreichs, die die industrielle Arbeiter- und Angestelltenschaft allein zur Mehrheit des Volkes machen würde, dürfen wir nicht erwarten. Daher wird es zur wichtigsten Aufgabe der Partei, der industriellen Arbeiter- und Angestelltenschaft die Bundesgenossen zu erobern, mit denen vereint sie erst imstande sein wird, die Herrschaft der Bourgeoisie über die Republik zu brechen... Zur Mehrheit müssen wir werden, um unsere Forderungen durchzusetzen, unsere Ziele erreichen zu können...“

Fedor Dan zitiert in seinem oben erwähnten Artikel diese Worte und trifft den Nagel auf den Kopf, wenn er schreibt:

„Bei den letzten Wahlen ins österreichische Parlament vereinigte die Sozialdemokratie auf sich 1 311 870 Stimmen und eroberte 68 Mandate von 165. Ihr fehlen nur weitere 300 000 Stimmen und 15 Mandate, um auch im Parlament die Mehrheit zu besitzen. Die Sozialdemokratie hat ihre Reserven unter der industriellen Bevölkerung erschöpft und wendet sich nun bei ihrer Suche nach dieser Mehrheit an die Bauernschaft.“

Jetzt ist klar, wie Otto Bauer die „soziale Revolution“ durchführen und sein Agrarprogramm verwirklichen will. Eine Abstimmung im Parlament, sobald die Sozialdemokraten dort die Stimmenmehrheit haben, genügt. Aber die österreichische Sozialdemokratie war doch schon einmal, im Jahre 1918, Herr im österreichischen Parlament, und die Bauernschaft war, nach Otto Bauers Eingeständnis, bereit, der Sozialdemokratie revolutionäre Gefolgschaft zu leisten. Wie hat sie damals diese günstige Situation ausgenützt? Aus Angst vor der Entente rief sie das Proletariat zur „Selbstbeschränkung“ auf und betrog die Hoffnungen der Bauern. Ist es vielleicht noch zweifelhaft, daß die österreichische Sozialdemokratie, falls sich die Geschichte wiederholen und die Sozialdemokratie die herrschende Position im Parlament erhalten sollte, wieder genau so handeln würde?

Wir sehen jetzt, wie die österreichische Sozialdemokratie die Bolschewiki nachahmt. Sie nimmt das bolschewistische Agrarprogramm an, nimmt ihm aber seinen revolutionären Stachel, verschweigt, daß es nur durch die Konfiskation des Grundbesitzes verwirklicht werden kann, nur durch den gewaltsamen Umsturz und die Errichtung der Diktatur des Proletariats. Nur diese Kleinigkeit fehlt in dem österreichischen Agrarprogramm; in allem übrigen ist es bolschewistisch!

Wozu brauchte aber die österreichische Sozialdemokratie diese Fälschung des Bolschewismus, dieses Plagiat der bolschewistischen Agrarpolitik? Abgesehen von dem beabsichtigten Stimmenfang der bäuerlichen Wähler ist diese Taktik zweifellos auch von neuen Strömungen im österreichischen Proletariat diktiert.

In seinem Artikel: „Zum Parteitag“ schreibt Otto Bauer:

„Aber wenn die Wirtschaftskurve vielleicht nicht mehr abwärts geht, so geht sie doch nicht wieder aufwärts. Eine lang dauernde Depressionsmethode wird wohl nur allmählich, nur durch die allmähliche Anpassung der Produktions- und Absatzorganisation unserer Industrie an die neuen Bedingungen . . . überwunden werden können. . . .“

Noch pessimistischer beurteilt Otto Bauer die nächsten ökonomischen Perspektiven Österreichs in seinem Referat auf dem Parteitag: *

„Unsere Industrie befindet sich in einer schweren Krise und es ist kaum zu denken, daß die Krise schnell überwunden wird. Wir dürfen aber auch dann nicht erwarten, daß die Zahl der Menschen, die unsere Industrie als Arbeiter oder Angestellte beschäftigen kann, wesentlich steigen wird, weil eben unsere Industrie in einen rückläufigen Prozeß . . . in einen Prozeß des Zusammenschrumpfens eingetreten ist . . .“

Die Lage der österreichischen Arbeiterschaft unter den gegenwärtigen Zerfallsbedingungen des Kapitalismus und unter den speziellen Bedingungen, die die Entente mit wohlwollender Unterstützung der österreichischen Sozialdemokratie über Österreich verhängte, ist außerordentlich schwer. Der Wiener Korrespondent der „Leipziger Volkszeitung“, Dr. Otto Leichter, schreibt dort unter dem 26. November 1925:

„Die Arbeiter werden zaghaft und mutlos und stumpfen ab. Und wenn es in Niederösterreich, im Wiener-Neustädter-Gebiet einzelne Orte gibt, in denen 60 bis 80 Prozent aller Einwohner vielleicht seit einem Jahr arbeitslos sind, dann versteht man diese Verzagtheit, die immer weiter um sich greift . . .“

Otto Bauer sagte im Schlußteil seiner Rede auf dem Parteitag:

„Mit Betrübnis habe ich bemerkt, daß die politische Diskussion auf diesem Parteitage schwunglos verlaufen ist. Ich habe das Gefühl, daß unter den Delegierten eine gedrückte Stimmung herrscht. Unsere Partei braucht die Kritik, die aber läßt sich nicht sehen. Niemand hat diesmal dem Zentralkomitee den Kopf gewaschen, was sehr nützlich wäre. Den Genossen fehlt scheinbar die Lust zur Kritik . . .“ **

Über die Parteipresse sprach sich Eisinger (Wien) auf dem Kongreß folgendermaßen aus („Arbeiterzeitung“, 15. November 1925):

„Wir haben 837 000 gewerkschaftlich und 576 000 politisch Organisierte. Die sechs Tagesblätter, über die wir verfügen, haben aber zusammen eine Auflage von 141 350, das heißt, nur jeder fünfte gewerkschaftlich organisierte Arbeiter ist Abonnent unserer Zeitungen. Von den politisch Organisierten ist nur jeder vierte Abonnent unserer Parteiblätter . . . Dagegen gibt es in Wien drei Zeitungen, sog. Volkszeitungen, die eine Auflage von 215 000 Exemplaren haben.“

*) „Arbeiterzeitung“ vom 17. November 1925. „Das sozialdemokratische Agrarprogramm“. Der Bericht Otto Bauers.

***) „Der Abend“, Wien. Aus dem Russischen zurückübersetzt.

Die sozialdemokratischen Arbeiter haben eben das Interesse an ihren Parteizeitungen verloren.

Aus all dem geht hervor, daß die österreichischen Arbeiter, die aus Tradition der Sozialdemokratischen Partei nachfolgen, eine tiefe Enttäuschung durchmachen und keinerlei Perspektiven vor sich sehen. Und das ist es auch, was in vielen von ihnen das Interesse für die Sowjetrepublik wachruft, was sie veranlaßt, ihre Delegierten zu uns zu schicken, damit sie mit eigenen Augen sehen, wie das Proletariat in dem Lande lebt, das ihre Führer so grimmig verleumden, und das unter der Führung der bolschewistischen Partei allen Anzeichen nach im Aufstieg begriffen ist, während sich die europäischen Länder, in denen sich die Sozialdemokratie so viele günstige Gelegenheiten zum revolutionären Angriff auf die Bourgeoisie entgegen ließ, in denen die Sozialdemokratie systematisch vor der Bourgeoisie kapituliert hat, im Abstieg befinden. Diese neue Einstellung der sozialdemokratischen Arbeitermassen, dieses erwachende Bewußtsein von der Aussichtslosigkeit des Kampfes unter der Führung ihrer Partei, bedeutet noch keineswegs, daß sie in die Ära eines revolutionären Aufschwungs eingetreten seien. Aber ihre Sympathien für Sowjetrußland und für die dort herrschende bolschewistische Partei steigen zweifellos. Wenn ihnen auch bisher noch die Entschlossenheit fehlt, den bolschewistischen Weg einzuschlagen, so reift in ihnen, bei den schweren Bedingungen, unter denen sie leben, doch der Gedanke, sie früher oder später zu betreten. Die Führer der österreichischen Sozialdemokratie tragen diesem bedeutsamen Stimmungsumschwung unter den Parteimassen Rechnung, und um ihren Einfluß auf sie nicht zu verlieren, zeigen sie ihnen die tröstliche Perspektive der bolschewistischen Neuen Ökonomischen Politik und verschweigen den Arbeitern, daß dieser Weg über den Bürgerkrieg und über die Diktatur des Proletariats führt, und daß es einen anderen Weg zur Verwirklichung des bolschewistischen Programms überhaupt und des bolschewistischen Agrarprogramms im speziellen nicht gibt. Otto Bauer charakterisiert die Stimmung der österreichischen Arbeitermassen in seinem Artikel: „Zum Parteitag“ mit Recht folgendermaßen:

„Unser täglicher Kampf ist der Kampf um Lohn und Gehalt, der Kampf um politische, wirtschaftspolitische, sozialpolitische Einzelmaßregeln. Die Erfolge in diesen Kämpfen sind unvermeidlich gering, solange die Macht in der Regierung, im Parlament, in den Landtagen, in der Verwaltung, in der Justiz in den Händen der Bourgeoisie liegt; doppelt gering, solange die wirtschaftliche Not einer Zeit schwerster industrieller Depression uns hemmt.

Nicht aus diesen täglichen Kämpfen mit ihren allzu niedrig gesteckten Zielen, diesen allzu eng begrenzten Erfolgen kann uns die Kraft erwachsen, die die im letzten Jahrfünft neu gewonnenen Massen fest und dauernd zusammenkittet, die unsere Jugend begeistern, die uns die wertvollsten Elemente der schwankenden Mittelschichten gewinnen kann. Diese Kraft kann uns nur werden aus einer großen, werbenden, begeisternden Idee.

Die Enttäuschungen der Kriegs- und Revolutionszeit haben die werbende Kraft des marxistischen Sozialismus geschwächt. Eine Fülle neuer, umstrittener Probleme füllt breite Massen mit Skepsis gegen die alte marxistische Ideenwelt. Diese Probleme auf Grund der Fülle neuer Erfahrungen eindeutig zu beantworten und dadurch die Skepsis gegen die sozialistische Ideenwelt zu überwinden, das ist die geistige Aufgabe, die wir bewältigen müssen; das ist die Aufgabe, die eine Revision unseres Parteiprogramms zu lösen haben wird.

Wenn wir in der angeführten Tirade die Worte „Skepsis gegen die marxistische Ideenwelt“ durch den der Wirklichkeit mehr entsprechenden Ausdruck: „Skepsis gegen die alte sozialdemokratische Ideenwelt“ ersetzen, dann

können wir diesen ganzen Satz getrost unterschreiben. Nur die Schlußfolgerung aus den Worten Otto Bauers wird dann eine andere: Um die Skepsis der einfachen sozialdemokratischen Arbeiter gegen die alte sozialdemokratische Ideenwelt zu überwinden, gilt es, das alte sozialdemokratische Programm nicht durch eine Fälschung des bolschewistischen, sondern durch ein wirklich bolschewistisches, wirklich marxistisches Programm zu ersetzen. Die sozialdemokratischen Arbeitermassen sind sich heute wohl kaum schon darüber klar, daß ihnen ihre Führer als Lösung der sie bewegenden Probleme eine Fälschung des bolschewistischen Programms unterschieben. Aber früher oder später werden sie es begreifen, und zwar um so eher, je rascher wir den richtigen Weg zu diesen sozialdemokratischen Arbeitermassen, je rascher wir eine gemeinschaftliche Sprache mit ihnen finden werden.

I. SORGE: DIE STELLUNG DER KPD ZUR EINHEITS- FRONTTAKTIK

(Vom Jenaer bis zum Berliner Parteitag 1925)

Der Offene Brief des EKKI hatte die Auseinandersetzungen über die gesamte Politik der bisherigen führenden Gruppe der KPD im breitesten Rahmen eingeleitet. Als Begründung für diesen Schritt gibt das EKKI neben anderen Gründen das Schwinden des Einflusses der KPD auf die Arbeitermassen unter der bisherigen Führung der Partei an. Konkret zeichnet der EKKI-Brief als Grund für das Schwinden des Einflusses die falsche Einstellung der verantwortlichen Genossen zur Gewerkschaftsfrage, schon auf dem Frankfurter Parteitag hervortretend, die falsche Taktik gegenüber der Sozialdemokratie und damit die falsche Taktik im Preußischen Landtag, bei den Präsidentenwahlen usw. Diese falsche Politik ist aber nichts anderes als die Erscheinungsform einer falschen Einstellung zu dem taktischen Hauptproblem der Kommunistischen Internationale in der jetzigen Periode — zu der Einheitsfronttaktik.

Gerade diese falsche Einstellung aber ist entscheidend. Denn die Einheitsfronttaktik, richtig angewandt, garantiert in den Ländern, in denen die Kommunisten noch nicht die Sympathien der Mehrheit der werktätigen Bevölkerung besitzen und in denen besonders die Sozialdemokratie noch überragenden Einfluß hat, die Gewinnung der Massen und in Verbindung damit den Sieg der Revolution. Auf dem 3. Weltkongreß nannte der Genosse Lenin sogar die ersten Versuche der KPD in ihrem Offenen Briefe, Januar 1921, „vorbildlich als ersten Akt der praktischen Methode, um wirklich die Mehrheit der Arbeiterklasse zu gewinnen“.

Die Einheitsfronttaktik bedeutet also etwas sehr Verschiedenes gegenüber der früher allgemein angewandten Taktik. War die Methode des Kampfes der KI um den Einfluß auf die Massen und um die Herauskristallisierung eines festen Kernes als Kommunistische Partei überwiegend die Methode der Propaganda der Anschauungen und Ziele, so mußte nun die neue Methode neben der Beibehaltung dieser Aufgaben auch die politische und organisatorische Gewinnung bisher noch nicht reifer Massen für den Kommunismus bringen. Dies bedeutet die Anerkennung aller Forderungen und Notwendigkeiten der Arbeiterschaft als Kampfziele der Kommunistischen Partei. Damit erwächst aus den Bedürfnissen der Massen die Taktik der Einheitsfront als Kampf um ein System von Teilforderungen, das notwendigerweise, wenn die Forderungen marxistisch korrigiert, mit dem Endziele der Eroberung der politischen Macht gerade im Zeitalter des imperialistischen Kapitalismus objektiv verbunden ist. Eine Verbindung, die bedeutet, daß das Kampfziel der Kommunistischen Partei ebenfalls einmal als konkretes Tagesziel vor der Arbeiterschaft aufstehen wird. Die Thesen des 3. Weltkongresses erklären ausdrücklich:

„Umgekehrt gilt es, jedes Bündnis der Massen zum Ausgangspunkt der revolutionären Kämpfe zu nehmen, die erst vereint den mächtigen Strom der sozialen Revolution bilden.“

Aber diese Einheit von Agitation und Mobilisierung, von Teil- und Endzielen erschöpft das Wesen der Einheitsfronttaktik noch lange nicht. Es handelt sich bei der richtigen Anwendung der Einheitsfronttaktik auch um die bewußte Auswertung der durch diese Teilkämpfe errungenen Sympathien und des erworbenen Einflusses, also um die Organisierung der mobilisierten Massen. Aber gerade diese Seite der Einheitsfronttaktik ist bisher am meisten vernachlässigt, sogar vergessen worden, was nicht bloß den rechts- und linksmenschewistischen Abweichungen in der bisherigen Praxis der Einheitsfronttaktik entspricht, sondern auch diesen Abweichungen vielmehr Gelegenheit zur Auswirkung gebracht hat. Auch hier sind die Thesen des 3. Weltkongresses anzuführen:

„Bei der Aufstellung der Teilforderungen haben die Kommunistischen Parteien darauf zu achten, daß diese in dem Bedürfnis der breitesten Massen verankerten Forderungen nicht nur diese Massen in den Kampf führen, sondern auch, daß sie, ihrem Wesen nach, die Massen organisierende Forderungen sind.“

Die Organisierung der mobilisierten Massen geschieht also einmal durch die Forderungen selbst, d. h. allerdings durch die Schaffung von Einheitsfront-Organen, die sich im Kampf um diese Forderungen bilden. Andererseits müssen gerade die Kommunisten ihre Anstrengungen darauf richten, daß einige dieser Organe möglichst auch noch nach der Erledigung dieses konkreten Kampfes weiterbestehen in der Form von Betriebsräten, Ausschüssen usw. Dies gilt auch dort, wo durch gleichzeitige Spitzenverhandlungen mit Organisationen der Arbeiterschaft schon eine Art „Einheitsfrontorgan“ entsteht. Allerdings nur ein vorübergehendes, dessen wichtigste Bedeutung der negative Charakter solcher Spitzenverhandlungen darstellt; d. h. besonders deutlich wird sich die Sabotage jedes ernsthaften Kampfes seitens der Reformisten bei diesen Spitzenverhandlungen zeigen. Ein wirkliches Organ der Einheitsfront können solche Spitzenverhandlungen und -vereinbarungen nicht geben. Der Glaube daran hat uns die Niederlage im Oktober 1923 gebracht. Der eigenartige Charakter dieses kurzlebigen „Einheitsfrontorgans“ und seine Gefährlichkeit dürfen aber nicht dazu führen, es überhaupt abzulehnen. Besonders dann nicht, wenn an keine stärkere Betonung und kräftigeren Ausbau anderer Einheitsfrontorgane gedacht wird.

Doch der organisierende Charakter der Einheitsfronttaktik kann auch noch in der Richtung ausgebaut werden, daß die um die bisherigen Einheitsfrontorgane sich gruppierenden Massen in Organisationen hineingezogen werden, die aufs engste mit der Kommunistischen Partei verbunden sind und gleichzeitig einem bestimmten, dauernd aufgestellten Kampfziele dienen. Wie z. B. der Rote Frontkämpfer-Bund, die Rote Hilfe usw. Also, es muß versucht werden, den organisierenden Charakter der Einheitsfront zu einem System der Organisation der mobilisierten Massen auszubauen, das von der unorganisierten, wachsenden Sympathie der Massen über zeitweilige Einheitsfrontorgane zu beständigen Einheitsfrontorganisationen (z. B. Internationale Gewerkschaftseinheit oder Labour Party), letzten Endes zur direkten Mitgliedschaft eines Teils dieser Sympathisierenden der Kommunistischen Partei führt.

Bei der Anwendung der Einheitsfronttaktik in diesem Sinne muß die Voraussetzung in Betracht gezogen werden, daß die Teilforderungen nicht aus dem Hirne der Zentrale allein, sondern daß sie aus der engsten Beziehung

zwischen Betrieb und Zentrale entstehen müssen. Dies erst bedeutet die Vermeidung der Gefahren rein abstrakter und unpopulärer oder auch selbst unnötiger Teilforderungen. Gleichzeitig bedeutet es aber auch die Vermeidung willkürlicher Einschränkung solcher Teilforderungen auf bloßen Kampf für den Achtstundentag oder Lohnerhöhung, wobei dann diese Forderungen direkt, ohne jede Beziehung, mit den Endforderungen verknüpft werden: der typisch ultralinke Standpunkt. Dadurch gewinnt die Betriebszellenarbeit und natürlich die Sabotage dieser Betriebszellenarbeit als Teil der Arbeit an der Einheitsfronttaktik oder gegen sie erhöhte Bedeutung. Einerseits können die eben genannten Gefahren zum großen Teil nur durch den Aufbau der Partei auf dem Betriebszellensystem vermieden werden, andererseits setzt der Wille zu einer wirklichen Einheitsfronttaktik den Willen zum Betriebszellenaufbau voraus.

Zur Einheitsfronttaktik vom März 1921 bis Oktober 1923

Die oben angeführte Auffassung von der Einheitsfronttaktik ist vom Genossen Lenin auf dem 3. Weltkongreß begründet worden. Die außerordentliche Schärfe seines Kampfes für die Unveränderlichkeit der These beruht in der Hauptsache in der Neuheit dieser aus der Märzaktion 1921 gezogenen Konsequenzen, gleichzeitig aber auch in der nicht bloß bei der deutschen Partei grassierenden, die Einheitsfronttaktik verneinenden Gegentheorie: der Offensivtheorie. Es ist selbstverständlich, daß die damalige Offensivtheorie im schärfsten Gegensatz zu der Einheitsfronttaktik stand, und Genosse Lenin erklärte auf dem 3. Weltkongreß, daß der Kampf gegen seine Thesen für die Offensivtheorie, von einigen Deutschen und Italienern geführt, die Bedrohung der Kommunistischen Internationale überhaupt darstelle. Diese Offensivtheorie war Gemeingut der deutschen Partei, vom linken Flügel an bis weit in die Mehrheit der Zentrale. Erst nach der Märzaktion, kurz vor und während der Erweiterten Exekutive, traten stärkere Differenzierungen auf.

1. Die rechte Gruppe um Levi, der schon in der italienischen Frage die ersten Anzeichen einer Auffassung von Einheitsfronttaktik andeutete, die zum Bündnis und, wie es sich später herausstellte, zur Vereinigung mit den Reformisten führte. Allerdings war er klug genug, jede positive Kritik der Offensivtheorie und damit eine positive Stellung zur Einheitsfronttaktik während der Auseinandersetzungen vor und während des 3. Weltkongresses zu vermeiden.

2. Die Parteimehrheit und die Zentrale standen kurz vor und nach der Märzaktion auf dem konsequenten Standpunkt der Offensivtheorie. Die Kritik aber, die die Märzaktion fand, veranlaßte sie, einen gemäßigten Standpunkt einzunehmen. In den Leitsätzen über die Märzaktion schrieb die Mehrheit:

„Sie (die Partei I. S.) mußte den Versuch machen, gestützt auf die eigene Kraft, die Massen mitzureißen, selbst auf die Gefahr hin, daß sie vorerst nur einen engen Kreis der Arbeiterschaft mit sich in den Kampf riß.“

Und an einer anderen Stelle:

„Die VKPD kann nicht warten, bis die Kampfuntlust und Passivität der ökonomisch noch besser gestellten und ideologisch rückständigen Arbeiterschichten durch bloße revo-

lutionäre Propaganda durchbrochen sind... Aber in Zeiten politischer Hochspannung sind solche Aktionen, auch wenn sie zu einer vorübergehenden Niederlage führen... die einzig mögliche Art, die Massen für sich und den siegreichen revolutionären Kampf zu gewinnen.“

Die Mehrheit sah also den einzigen Weg zur Gewinnung der Massen in der Fortsetzung von Offensivkämpfen ohne Massen.

Die Stellung der Opposition

Sie kommt am besten zum Ausdruck in einem Artikel des Genossen Maslow während der Tagung des 3. Weltkongresses. Er schrieb in der „Internationale“, III. Jahrgang, Nr. 7:

„Fragt man, was eigentlich an der Märzaktion neuartig war, so muß man antworten, gerade das, was unsere Gegner tadeln, daß nämlich die Partei in den Kampf ging, ohne sich darum zu kümmern, wer ihr folgen würde... und wenn das nächste Mal die Partei wieder in den Kampf gehen wird, und wenn es die Umstände so ergeben, wieder ohne Rücksicht darauf, wer folgen wird, so werden eben Schichten folgen, die im März noch nicht mit uns gingen.“

Der Unterschied zwischen diesen beiden Offensivtheorien ist im großen ganzen nur ein gradueller, wenn auch die Auffassung Maslows schon die letzte Potenz der Offensivtheorie ist. Weiter muß allerdings noch gesagt werden, daß die Mehrheit der Zentrale sich ihre Offensivtheorie erst kurze Zeit vor der Märzaktion zugelegt hat, und zwar unter der Begründung, die auf dem Zentralausschuß vor der Märzaktion gegeben wurde, daß die außenpolitischen Ereignisse die Partei zu einer erhöhten Aktivität zwingen. Im Januar 1921, veranlaßt durch die Arbeit der kommunistischen Fraktion im Deutschen Metallarbeiter-Verband, hatte sie, ziemlich spontan, die Einheitsfronttaktik in dem ersten Offenen Brief eingeschlagen. Ihre Rückkehr zu dieser Taktik fiel ihr daher nicht schwer, während demgegenüber die linke Opposition unter Maslow schon damals heftigsten Kampf gegen diesen „Opportunismus“, der in dem Offenen Brief sich geäußert hätte, geführt hat.

Während des 3. Weltkongresses zog sich daher die Mehrheit der deutschen Partei von diesem Offensivstandpunkt zurück, erkannte die Kritik Lenins an und stellte sich auf den Boden der Einheitsfronttaktik. Demgegenüber verharnte die Opposition auf ihrem alten Standpunkt. Allerdings konnte sie nach den heftigen Schlägen, die Lenin diesem Standpunkt erteilte, und besonders nach dem Briefe Lenins und dem Briefe der Exekutive an den Jenaer Parteitag, in dieser krassen Form, wie es Maslow mit seinem Artikel tat, die Offensivtheorie nicht aufrechterhalten. Damit konnte selbstverständlich der Kampf gegen die Einheitsfronttaktik ebenfalls nicht mehr in dieser krassen Form geführt werden.

Auf dem Jenaer Parteitag erklärte daher die Opposition, sie sei vollständig mit dem 3. Weltkongreß einverstanden. Sie schlug aber derartige Veränderungen der Thesen vor, daß nichts mehr von der Einheitsfronttaktik übrigblieb und die Offensivtheorie durchaus weiterbestand. Nichts anderes kann es bedeuten, wenn in dem Thesenentwurf der Opposition, der übrigens, wie jeder Teilnehmer des Jenaer Parteitages weiß, schon ein Kompromiß innerhalb der Opposition war, der Satz über den offensiven Kampf zwar fast wörtlich aus den Thesen des 3. Weltkongresses übernommen, dabei

aber die Bedingungen des 3. Weltkongresses überhaupt nicht erwähnt wurden. Die Thesen der Opposition besagen:

„Genügt der Druck der Kommunistischen Partei in den Gewerkschaften, in der Presse nicht, um das Proletariat in einheitlicher Front in den Kampf hineinzuführen, so ist es die Pflicht der VKPD, zu versuchen, selbständig große Teile der Arbeitermassen in den Kampf zu führen.“

Die Thesen des 3. Weltkongresses geben aber hierfür zwei besondere Bedingungen an:

„Diese Bedingungen bestehen erstens in der Verschärfung der Kämpfe im Lager der Bourgeoisie selbst, im nationalen und internationalen Rahmen . . . , die zweite Bedingung für offensive Vorstöße, Angriffe in breiter Front, bildet große Gärung in den ausschlaggebenden Kategorien der Arbeiterklasse, die die Aussicht eröffnet, daß die Arbeiterklasse bereit sein wird, in allgemeiner Front gegen die kapitalistische Regierung zu kämpfen.“

Und während der Genosse Lenin den ersten Versuch zur Einheitsfronttaktik, den Offenen Brief der VKPD im Januar 1921, als vorbildlich erklärte, äußerte sich die Genossin Ruth Fischer auf dem Jenaer Parteitag über diese Art von Einheitsfront:

„Diese Furcht vor den Auseinandersetzungen mit der Gegenrevolution . . . hat ihren Niederschlag gehabt in der VKPD in jener Einstellung, die erst die Garantie haben will, daß ‚die anderen‘ sozialistischen Parteien und die Gewerkschaften ‚mitmachen‘ werden, bevor man es wagt, auch nur einen Schritt zu unternehmen.“

Und ein anderer prominenter Genosse aus der Opposition erklärte in bezug auf die Verwendbarkeit der Thesen des 3. Weltkongresses für die deutsche Partei:

„daß die Thesen dehnbar seien, dann ist es die Pflicht der deutschen Kommunistischen Partei, daß sie den Teil herausnimmt, der auf die deutschen Verhältnisse paßt . . .“

Dies allerdings hat die Opposition in ihren Thesenentwürfen im weitgehendsten Maße getan. Es ist selbstverständlich, daß mit dieser Einstellung der Einheitsfronttaktik gegenüber noch die Ablehnung einer ganzen Reihe anderer wichtiger Punkte des 3. Weltkongresses verbunden war. Zum Beispiel die Auffassung über die Weltwirtschaftslage, die Möglichkeit von Stockungen innerhalb der revolutionären Welle und der zeitweiligen Erstarkung des Kapitalismus.

Wir haben diese alte Stellung der Opposition deshalb so ausführlich gebracht, weil gerade die Genossin Ruth Fischer sich noch anläßlich des 5. Weltkongresses rühmte, daß ihre Stellung zur Einheitsfronttaktik sich seit Jena nicht geändert habe und die alte geblieben sei.

Nach dem Jenaer Parteitag bestand die Gruppierung in derselben Form weiter. Nachdem Levi aus der Partei ausgeschieden war, setzte die Gruppe um Levi, Braß und Malzahn die Levitische Politik fort und damit auch dessen Auffassung über die Einheitsfronttaktik. Nach dem Ausscheiden dieser Gruppe, verstärkt durch Friesland usw., wurde diese Auffassung liquidiert (erlebte allerdings in dem Auftreten des Genossen Schönlink im Oktober 1925 eine Wiederbelebung). Auch sie bestand darin, daß die Einheitsfronttaktik zur organisatorischen Verbindung zwischen Reformisten und Kommunisten auf Kosten der kommunistischen Klarheit zu führen hätte. Die Schaffung einer großen sozialrevolutionären Massenpartei sollte die organisatorische Form dieses Ergebnisses der Einheitsfront werden. Es kam

allerdings, wie zu erwarten, nicht zur Schaffung einer sozialrevolutionären Partei, sondern zum Übertritt dieser Genossen in die Sozialdemokratische Partei als letzte Konsequenz einer falschen Auffassung der Einheitsfronttaktik.

In der damaligen Mehrheit zeigten sich bei der Auffassung der Einheitsfront und in bezug auf ihre Durchführung eine Reihe von Schwankungen.

Die Schwankungen innerhalb der Mehrheit der Partei sind einerseits offene ideologische Schwankungen, andererseits aber auch solche, die die Folge der organisatorischen Schwäche der Partei in einzelnen Bezirken waren. Es ist klar, daß schwache kommunistische gegenüber starken reformistischen Organisationen bei der Anwendung der Einheitsfronttaktik leicht ihre Selbständigkeit verlieren.

Die ersten ideologischen Schwankungen zeigten sich schon bei der Anwendung der Einheitsfronttaktik auf dem Jenaer Parteitag, und zwar in der Frage des Steuerprogramms. Der Programmvorschlag der Zentrale sah eine Sachwerterfassung von über 50 Prozent vor im Interesse eines Staatskapitalismus. Die Kontrolle der Arbeiter aber war nicht in dem bekannten weiten Sinne vorgesehen, sondern in dem Sinne, daß dieser Staat und die Arbeiter zusammen die Kontrolle ausüben sollten. Die dann auf dem Jenaer Parteitag angenommene Formulierung beseitigte zwar diesen groben opportunistischen Schnitzer und verband die Forderung der Sachwerterfassung mit Machtkämpfen des Proletariats um die Kontrolle der Produktion. Dennoch wurde der Staatskapitalismus als notwendige Etappe zur Diktatur des Proletariats anerkannt. Die Folge dieser Resolution war, daß sich im Laufe der Zeit die 51prozentige Sachwerterfassung verselbständigte, der Machtkampf der Arbeiterschaft häufig vergessen wurde. Es entwickelte sich ein ziemlich übler Steueropportunismus.

Weiter lassen sich Schwankungen in der Einheitsfronttaktik anlässlich der internationalen Konferenz der drei Internationalen in Berlin aufzeigen. Während hier der Genosse Lenin an der Haltung und besonders an den Zugeständnissen der Vertreter der III. Internationale Kritik übte, glaubte die Zentrale keine Kritik nötig zu haben und teilte in einer Vorbemerkung zu der in der „Internationale“ veröffentlichten Kritik Lenins und des Genossen Sinowjew mit, daß sie eigentlich an dieser Haltung nichts auszusetzen hätte. Bei der Einheitsfrontkampagne, besonders anlässlich des Rathenaumordes, stellte sich dann auch eine zu lange Bindung an Verhandlungen der Zentrale mit der SPD heraus. Aber am deutlichsten wurden die Schwankungen bei dem Problem der Arbeiterregierung, das schon im Jahre 1922 sehr lebhaft diskutiert wurde.

In Danzig stellten sich ganz offensichtlich rechte Abweichungen in der Anwendung der Einheitsfront heraus. Die dortigen Genossen wollten eine bürgerliche Regierung unterstützen und versuchten dies taktisch zu begründen. Aber während wir bisher von Schwankungen sprechen können, so müssen wir bei dem stärkeren Hervortreten des Problems der Arbeiterregierung in Sachsen vom offen zutage tretenden Opportunismus sprechen, trotzdem der 4. Weltkongreß ausdrücklich erklärt:

„Die elementarsten Aufgaben einer Arbeiterregierung müssen darin bestehen, das Proletariat zu bewaffnen, die bürgerlichen konterrevolutionären Organisationen zu ent-

waffen, die Kontrolle der Produktion einzuführen, die Hauptlast der Steuern auf die Schultern der Reichen abzuwälzen und den Widerstand der konterrevolutionären Bourgeoisie zu brechen.“ (Thesen und Resolutionen des 4. Weltkongresses der K.I.)

Demgegenüber erklärt der Genosse Böttcher, „Internationale“, 4. Jahrgang, S. 475, als die Aufgaben der Arbeiterregierung: die Arbeiter in den Großbetrieben zu politisieren, die Sozialdemokratie in den Landesregierungen in einen Gegensatz zu der Reichssozialdemokratie zu bringen und das Kräfteverhältnis unter der Arbeiterschaft zugunsten der Kommunistischen Partei zu verschieben. Der Genosse Thalheimer sieht den Sinn der Arbeiterregierung in folgendem: „Die Arbeiterregierung erlaubt den breiten Massen des Proletariats, durch ihre eigene Massenerfahrung an der Hand praktischer Notwendigkeiten die bürgerlich-demokratischen Illusionen abzustreifen. Das und nichts anderes ist der Sinn der Arbeiterregierung.“ („Internationale“, 4. Jahrgang, S. 569.)

Noch deutlicher trat der Opportunismus auf dem Leipziger Parteitag hervor. Die dort angenommenen Thesen besagen:

„Die Arbeiterregierung ist weder die Diktatur des Proletariats noch ein friedlicher parlamentarischer Aufstieg zu ihr. Sie ist ein Versuch der Arbeiterklasse, im Rahmen und vorerst mit den Mitteln der bürgerlichen Demokratie, gestützt auf proletarische Organe und proletarische Massenbewegungen, Arbeiterpolitik zu treiben.“

Dies ist ebenso deutlich wie die Auffassung, die der Genosse Brandler in der „Internationale“, 6. Jahrgang, Heft 1, äußerte. Er schrieb:

„Wenn wir anzuknüpfen verstehen an die Auffassung der Arbeiter in gehobener Lebensstellung, wenn es möglich ist, den auf parlamentarischem Wege gewonnenen Staat und seine Macht in den Dienst des proletarischen Klassenkampfes zu stellen . . .“

Auf Grund dieser Einstellung der Mehrheit der Zentrale ergab sich dann die katastrophale Politik der sächsischen Arbeiterregierung.

Man stellte sich in Sachsen „auf den Boden der Verfassung“. Von den sonstigen Bedingungen, der Bewaffnung usw. wurde ebenfalls nichts eingehalten. Daß es sich hier nicht um Schönheitsfehler handelte, zeigt dann ein Artikel in der „Internationale“ 1923, Heft 18. Dort erklärte der Verfasser zur Begründung der nunmehr notwendigen Ablehnung aller Forderungen:

„An Seeckt oder Kahr die Forderung der Arbeiterregierung und Sachwertefassung oder Produktionskontrolle stellen zu wollen, wäre eine Utopie.“

Eine solche Begründung der Ablehnung jeder Übergangsforderungen ist unmöglich, denn die Taktik der Einheitsfront und der Übergangsforderungen ist bisher noch nie in der Richtung hin verstanden worden, daß diese Forderungen zu ihrer Erfüllung einer demokratischen Republik überwiesen werden sollten. Die Forderungen auch bei der demokratischen Republik waren immer solche, die stets durch die Arbeiterschaft erkämpft werden, um die sich die Massen mobilisieren und organisieren sollten.

Abschließend kann über die Taktik der Einheitsfront zwischen Jena und dem Oktober 1923 gesagt werden, daß sie sehr gute Ansätze in der Kampagne für die Rußlandhilfe, anläßlich der Erzberger-Ermordung und des großen Eisenbahnerstreiks aufzuweisen hat, daß durch sie die Kommunistische Partei tatsächlich zu einer Massenpartei, besonders nach der Niederlage im März 1921, geworden ist. Dennoch aber stellt sich im Laufe der Zeit besonders in der Auffassung der Arbeiterregierung und bei der

praktischen Durchführung dieser ein Opportunismus heraus, der sich bis zu katastrophalen Folgen auswuchs.

Die Auffassung der damaligen Opposition unter der Führung Ruth Fischers, Maslows, Rosenbergs u. a. läßt sich folgendermaßen darstellen: Nach dem Jenaer Parteitag, mit seinem vergeblichen Kampf der Linken gegen die Einheitsfronttaktik im Sinne des 3. Weltkongresses und für Einführung der Offensivtheorie auf Hintertreppen, wird diese scharfe Form des Kampfes etwas gemildert. Trotzdem erklärte die Genossin Ruth Fischer noch im Februar 1922 ihre Stellung zur Einheitsfronttaktik folgendermaßen:

„Diese Bewegung (die Versuche zur Bildung einer Einheitsfront, I. S.) ist noch schwach und unentwickelt. Sie zu steigern, zusammenzufassen und auszudehnen, ‚aber von unten aus‘, nicht durch Verhandlungen mit den Instanzen, das ist gegenwärtig die Hauptaufgabe der Kommunistischen Partei . . .“

In diesen Worten haben wir die strikte Ablehnung der Einheitsfronttaktik in der Form des Kampfes zugleich von unten und von oben. Also eine Auffassung, die der des 3. und 4. Weltkongresses widerspricht. In demselben Artikel äußert sich dann die Genossin Ruth noch offener folgendermaßen:

„Gerade das Hinwegschreiten über die Parteimauer, das Hinwegfegen der Instanzen, das Ersetzen der revolutionsfeindlichen Organisationen durch Organe der Arbeiterschaft, die aus dem Kampf herauswachsen und die Führung der Einheitsfront übernehmen, muß der Sinn und das Ziel dieser Taktik sein, die selbstverständlich nur dann zum Erfolg führen kann, wenn sie von einer revolutionären Welle getragen wird.“

In diesen wenigen Zeilen sagt die Genossin Ruth: 1. Nicht die Kommunistische Partei hat die Führung der Einheitsfront zu übernehmen, sondern die sich spontan bildenden Organe. 2. Die Einheitsfront muß zum Ersetzen der revolutionsfeindlichen Organisationen und damit also auch der Gewerkschaften durch neue Organisationen führen. Auf deutsch: Heraus aus den Gewerkschaften! 3. Die Einheitsfronttaktik hat nur Erfolg in Zeiten revolutionärer Wellen. Demgegenüber sagt gerade der 3. Weltkongreß, daß die Einheitsfronttaktik in Zeiten der revolutionären Stagnation oder sogar des revolutionären Niederganges mindestens ebenso wichtig ist wie in revolutionären Zeiten.

In derselben Richtung der Ablehnung der Einheitsfront laufen dann die Angriffe gegen den 3. Weltkongreß. Die Genossin Ruth spricht von der „Levitenfreundlichkeit“ des „Kongresses“. Gemeint ist der 3. Weltkongreß und der Kampf Lenins gegen die linke Opposition.

Und nach der Oktoberniederlage, im Januar 1924, schreibt die Genossin Ruth zur Gewerkschaftstaktik, dem wesentlichen Teil der Einheitsfronttaktik:

„Bei der Massenarbeitslosigkeit und bei den Hungerlöhnen der deutschen Arbeiter kann man den revolutionären Arbeitern ein Verbleiben in den verseuchten Gewerkschaften nur dann zumuten, wenn man ihnen gestattet, den Apparat auch gewaltsam in die Hand zu nehmen.“

Also auf deutsch: entweder Stürmung der Gewerkschaftshäuser und Gewerkschaftsbureaus oder „Heraus aus den Gewerkschaften!“ Auch diese Auffassung hat wohl kaum etwas mit der Auffassung der Internationale über die Einheitsfront zu tun.

Der Kampf gegen die Arbeiterregierung wurde von seiten der führenden Gruppe, Ruth Fischer, Maslow, Scholem u. a., in noch zweideutigerer Form geführt, einerseits sprach man sich unter gewissen Umständen und Be-

dingungen für eine Arbeiterregierung aus, andererseits aber verkündete man indirekt durch die Berlin-Brandenburger Bezirksleitung, daß man zwar evtl. für eine Arbeiterregierung sei, aber nicht in der konkreten sächsischen Frage. Hier wären die größten Fehler „durch die Unterstützung einer linken sozialdemokratischen Regierung gemacht worden. Oder aber, wie es in den Richtlinien der Berliner Bezirksleitung vom 22. März heißt:

„Zwischen der jetzigen Form der Unterstützung der sozialdemokratischen Minderheitsregierung und der Beteiligung an der Wahl eines sozialdemokratischen Ministerpräsidenten und dem Eintritt der Kommunisten in das sozialdemokratische Kabinett vermag der Zentralvorstand Berlin-Brandenburg keinen theoretischen und praktischen Unterschied zu erblicken.“

Und am 30. März heißt es:

„für einen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung stimmen die Kommunisten unter keinen Umständen.“

Hier ist gleich ein ganzer Rattenschwanz ultralinker Abweichungen zu verzeichnen. 1. Eine sozialdemokratische Regierung scheint genau dasselbe zu sein wie eine deutschnationale. Deshalb unentwegter Sturz jeder sozialdemokratischen Regierung. Eine Auffassung, die durch den Eingriff der Exekutive 1925 in die Politik der Kommunisten zur preußischen sozialdemokratischen Regierung unterbunden wurde. 2. Nichtverstehen des Unterschiedes zwischen sozialdemokratischer Minderheitsregierung und einer Arbeiterregierung, an der sich Kommunisten beteiligen sollen. Dieses Unverständnis bestand trotz des 4. Weltkongresses, der ausdrücklich eine solche Unterscheidung verlangt. 3. Ablehnung der Arbeiterregierung überhaupt und auch in dem speziellen Fall Sachsen, trotzdem die Exekutive sich gerade für die Möglichkeit eines solchen Experiments unter bestimmten Voraussetzungen ausgesprochen hatte.

Mit dieser Plattform ging die Führung Ruth Fischer und Maslow mit ihrem starken Einfluß auf große Bezirke zum Frankfurter Parteitag. Die Geschichte nach Frankfurt beweist, daß sie auch hierin ihre Anschauung nicht geändert hat.

Frankfurter Parteitag und die Einheitsfronttaktik

Im Januar 1924 fanden in Moskau Verhandlungen über die Führung und die Politik der deutschen Partei statt. Trotzdem hier die Exekutive sich klar für die Opposition ausgesprochen hatte und für die Unterstützung der neuen linken Führung mit der damaligen Mittelgruppe zusammen, traten hier Meinungsverschiedenheiten über die Einheitsfronttaktik offen auf. Trotzdem die Exekutive mit Zustimmung aller Gruppierungen in Deutschland auf Grund des Überganges der Sozialdemokratie ins weiße Lager die Anwendung der Einheitsfronttaktik für diese Zeit in Deutschland nur von unten als möglich erklärt hat, trotz der scharfen Formulierung der Arbeiter- und Bauernregierung als Pseudonym der Diktatur lehnte die Opposition die Parole ab, und zwar nicht nur für Deutschland, sondern im internationalen Maßstabe. Gleichzeitig erklärte die Opposition, daß die Einheitsfronttaktik in Deutschland seit dem Jenaer Parteitag falsch gewesen sei. Auch hiergegen verwahrte sich die Exekutive und betonte, daß sie in dieser Auffassung eine versteckte Ablehnung der Einheitsfronttaktik überhaupt erblicken müsse. Die Einheitsfronttaktik habe die deutsche Partei trotz der

offenen menschwistischen Abweichungen zu der großen Massenpartei, als die sie im Oktober 1923 auftrat, gemacht. Diese Gegensätze wurden auf der Januarkonferenz nicht beigelegt, sondern bestanden auf dem Frankfurter Parteitag bis zum Berliner Parteitag weiter.

Schärfer wurden schon die Gegensätze auf dem Frankfurter Parteitag selbst. Es ist bekannt, daß die Annahme der Gewerkschaftsthesen, d. h. der — allerdings nur den Worten nach — erklärte Verzicht auf die von der Opposition bis zum Frankfurter Parteitag geförderte Austrittsbewegung, nur nach allerschärfstem Kampf mit dem Vertreter der Exekutive angenommen wurde. Gleichzeitig stellte der Genosse Sinowjew in seinem Brief an den Frankfurter Parteitag fest, daß nach der Januarkonferenz immer noch eine Reihe von schweren Angriffen seitens der Opposition gegen die Einheitsfronttaktik vorgenommen wurden. Der Genosse Scholem z. B. erklärte auf einer Berliner Funktionärversammlung vom 5. März 1924:

„Die Exekutive der Kommunistischen Internationale entschied sich zum erstenmal seit langen Jahren regelrecht für die Ablehnung der Einheitsfronttaktik, die uns die Niederlage des Oktober brachte.“

Und die Genossin Ruth Fischer ließ nach ihrem Referat auf dem Bezirksparteitag Rheinland-Westfalen-Süd am 3. März 1924 eine Resolution annehmen, in der folgende bezeichnende Sätze vorkommen:

„Die Konferenz stellt fest, daß die Politik der Einheitsfronttaktik, der Arbeiterregierung und der Sachwerterfassung der Ausdruck der reformistischen Strömungen in den Reihen der Partei war, die zum Versagen der KPD im Oktober vorigen Jahres führte.“

Diese strikte Ablehnung der Einheitsfronttaktik erfolgte wohlgermerkt nach der Januarkonferenz in Moskau. Ähnliche scharfe Äußerungen gegen die Einheitsfronttaktik fanden sich dann noch weiterhin in einer Reihe von Bezirksleitungen.

In der Resolution, die die Opposition an den Frankfurter Parteitag richtete, heißt es:

„Die KPD will die revolutionären Betriebsräte mobilisieren und revolutionäre Industrieverbände schaffen, um vor der Machtergreifung Massenorgane des proletarischen Wirtschaftsaufbaues zu besitzen.“

Dies bedeutet: Austritt aus den Gewerkschaften. Und der Genosse Lenz erklärte auf dem Frankfurter Parteitag in seiner Diskussionsrede:

„Aber es ist doch vollkommen hinfällig, zu sagen, der Verzicht auf die Einheitsfronttaktik wäre ein Verzicht auf die Eroberung der Massen.“

Damit setzte sich der Genosse Lenz sowohl mit dem 3. Weltkongreß als auch der Präsidiumssitzung im Januar 1924 in Widerspruch. Gleichzeitig finden wir bei diesem Genossen den Versuch, da die Einheitsfronttaktik ein nicht zu vermeidendes Übel sei, ihre Bedeutung umzubiegen. Er sagt:

„Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Einheitsfronttaktik als ein gewisses taktisches Manöver angewandt werden kann... Die Einheitsfronttaktik hat sich als Schnaps erwiesen, er hat das Kind krank gemacht.“

Nach den Anschauungen, denen der Genosse Lenz noch in den letzten Monaten huldigte, kann wohl gesagt werden, daß seine Furcht vor dem Schnaps immer noch erheblich ist. Weiter wird dem Genossen Sinowjew von einem Berliner oppositionellen Genossen wegen seiner Auffassung der Arbeiterregierung Opportunismus vorgeworfen. Außerdem läuft er Sturm gegen die Behauptung des Genossen Sinowjew, daß die Einheitsfronttaktik nach dem Märzaufruf 1921 die KPD gerettet habe. Von einigen Dele-

gierten des Frankfurter Parteitages wurde entsprechend der Warnung des Genossen Sinowjew an den Frankfurter Parteitag vor den ultralinken Gefahren als Zusatz zu den Resolutionen eine Erklärung eingebracht mit der Forderung nach scharfer Stellungnahme gegen die ultralinken Tendenzen. Die Berliner Delegation brachte eine Gegenerklärung ein zur Ablehnung dieses Antrages, womit sich ein Teil der Opposition mit den Ultralinken solidarisierte. Ganz deutlich aber wurde dieser Standpunkt in der Antwort der neuen Zentrale, die sie dem Genossen Sinowjew einstimmig auf seinen Brief an den Frankfurter Parteitag gab. Die Zentrale erklärte:

„Zur Tagung muß die Exekutive zugeben, daß sie bei dem jahrelangen Kampf der deutschen Linken gegen Brandler ihn, d. h. den rechten Flügel, bis zur Januar-konferenz gedeckt und unterstützt hat. Und zu den beiden Perspektiven, die der Genosse Sinowjew in der Entwicklung der deutschen Partei auf Grund des Sieges der Opposition aufgezeigt hatte, erklärt die Zentrale: es besteht nur eine Perspektive der Entwicklung in Deutschland, nämlich die der Konsolidierung der Partei, vorausgesetzt, daß nicht künstlich neuer Streit und neue Fraktionsbildungen getroffen werden. Bereits auf dem Parteitag wurde die Befürchtung geäußert, daß der Artikel des Genossen Sinowjew, der objektiv als Anlaß zur Diskreditierung der neuen Führung gewertet werden muß, dieser zweiten Entwicklung Vorschub leisten könnte.“

Weiter wird dann der Exekutive der Vorwurf gemacht, daß der Brief des Genossen Sinowjew gegenüber der Januar-konferenz eine Schwenkung der Exekutive in ihrer Einstellung zur neuen Parteiführung gemacht habe.

Nach dem Frankfurter Parteitag

Die Tatsache des Verzichts der Anwendung der Einheitsfronttaktik von oben, von der Exekutive im Einverständnis mit der gesamten deutschen Partei vorgenommen, veranlaßte die Genossin Ruth und andere, diesen Verzicht als eine Anerkennung der Richtigkeit der bisherigen Auffassung über die Einheitsfront von seiten der Genossin Ruth Fischer und anderen auszuwerten. In der „Internationale“, Jahrgang 7, Heft 16, erklärte die Genossin Ruth Fischer nach dem 5. Weltkongreß:

„Der Kongreß hat jetzt unsere alte Auffassung bestätigt und die Lehren der deutschen Ergebnisse gezogen... vergessen wir aber nicht, daß der jetzige Kern der Partei die taktische Überzeugung nicht erst durch den Oktober gebildet hat, sondern seit vier Jahren — seit Levi — an der Hand aller politischen Ereignisse konsequent dieselbe Linie vertrat.“

Das bedeutet nichts mehr und nichts weniger, als daß die Genossin Ruth noch nach dem 5. Weltkongreß, also im August 1924, ihre Offensivtheorie, ihre Ablehnung der Einheitsfronttaktik auf dem Jenaer Parteitag, ihre verschwommene Spontaneitätstheorie als Ersatz für die Einheitsfronttaktik ein halbes Jahr später, und ihre halb offen ausgesprochene Aufforderung zum Austritt aus den Gewerkschaften nach der Oktoberniederlage — als die richtige Auffassung ansah, zu der sich endlich auf dem 5. Weltkongreß die Kommunistische Internationale bekannt habe.

Der Verzicht auf die Einheitsfronttaktik, von oben angewandt, nur für eine bestimmte Periode festgesetzt, mußte die Frage der Schaffung von Einheitsfrontorganen hervorrufen; denn es ist klar: ohne diese Einheitsfrontorgane — Betriebsräte, Aktionsausschüsse, Kontrollkommissionen usw. — bei Verzicht des Herangehens an die Spitzenorganisationen, muß die Einheitsfronttaktik zu einer leeren Agitation für mehr oder weniger konkrete oder

verständliche Forderungen der Kommunistischen Partei werden. Noch auf dem Frankfurter Parteitag wurde viel von der Schaffung solcher Einheitsfrontorgane gesprochen, getan wurde kaum etwas. Aber selbst bei dieser Verstümmelung der Einheitsfronttaktik hätte die Propaganda immer noch einen gewissen Erfolg gehabt, wenn Teilforderungen aufgestellt worden wären, die tatsächlich zu einem System mit dem Endziele verbunden waren. Soviel aber auch gerade im Jahre 1925 von Tageskämpfen und Teilforderungen gesprochen wurde, es läßt sich doch feststellen, daß die Teilforderungen kaum über den Rahmen der Forderung des Achtsturentages und der Lohnerhöhung hinausgingen. Diese Forderungen wurden direkt mit dem Endziel verknüpft. Z. B. wurde auf diese Art und Weise der Dawesplan bekämpft unter Verzicht auf Konkretisierung der Teilforderungen in bezug auf die Lasten, die der Dawesplan in steuerlicher Hinsicht, in bezug auf Preissteigerungen und Schutzzölle mit sich brachte. Dadurch ist die Erklärung im Bericht der Bezirksleitung der KPD Berlin-Brandenburg vom 1. Oktober 1924 bis 1. Mai 1925 erklärlich: „In der Berliner Arbeiterschaft war keine allzu große Bewegung für die Gothaer Forderungen“ (Gothaer Forderungen waren die Forderungen zur Bekämpfung des Dawesplanes). Und es ist bezeichnend, daß man die Steuerfrage bis zum Anfang 1925 vollständig außer acht gelassen hat, um sie dann in der „Roten Fahne“ durch den Genossen Koenen vollständig opportunistisch aufzurollen. Die Korrektur, die der Genosse Lenz später im März in der „Internationale“ glaubte vornehmen zu müssen, geschieht wieder vom ultralinken Standpunkt. Er erklärt dort: „Es wäre grundsätzlich falsch, einen ernsthaften Kampf für die steuerliche Belastung der Besitzenden durch den bürgerlichen Staat zu führen.“ Er erklärt es als eine der Hauptaufgaben der Steuerpolitik der Kommunistischen Partei, dem Steuerplan der Bourgeoisie den Sozialisierungsantrag entgegenzustellen. Daraus erwächst ein vollständig negativer Kampf, nämlich der Kampf um die Befreiung der Massen von steuerlichen Lasten. Diese negative Forderung wird dann direkt, ohne jeglichen Übergang und Verbindung, mit der Forderung der Sozialisierung verbunden.

Daß es sich selbst hier 1925 nicht um bloße Entgleisungen in der Auffassung der Einheitsfronttaktik handelt, sondern um eine grundfalsche Auffassung der Einheitsfronttaktik, beweisen die Ausführungen der Genossin Ruth Fischer, „Internationale“ 1925, Heft 3, wo sie die Einheitsfronttaktik und die darausfolgenden Manöver folgendermaßen auffaßt:

„... daß es uns gelingt, die Sozialdemokratische Partei, nicht nur einzelne Führer, vor der breiten Masse immer wieder als konterrevolutionär zu entlarven.“

Das bedeutet erstens die Entlarvung auch der sozialdemokratischen Arbeiter als Konterrevolutionäre, denn sie beschränkt sich ausdrücklich nicht bloß auf die Führer. Zweitens bedeutet es, die Einheitsfront mit einer Entlarvungstaktik gleichzusetzen, wobei dann natürlich gerade die Seite der Mobilisierung und der Organisierung unter den Tisch fällt. Entsprechend dieser Auffassung der Genossin Ruth Fischer erklärt der Genosse Lenz im März 1925 ebenfalls die Einheitsfronttaktik als Entlarvungstaktik. Er sagt in der Internationale:

„Aufstellung positiver Steuerforderungen in der Form konfiskatorischer Steuern gegen den großen Besitz ausschließlich zum Zwecke der Entlarvung der sozialdemokratischen Lastenverteilungsschwindler. Das ist die vierte Aufgabe unserer Steuerpolitik.“

Neben der Verstümmelung der Einheitsfronttaktik bedeutet diese Auffassung logischerweise das Nachhinken hinter der Sozialdemokratie in der Art, daß, wenn diese soundso viel Prozent steuerliche Belastung fordert, wir einige Prozent mehr fordern sollen, in einer Höhe, bei der diese vorgesehene Belastung konfiskatorischen Charakter annimmt.

Es ist selbstverständlich, daß eine solche Einheitsfronttaktik keine Einheitsfronttaktik ist und in der Praxis auf Beseitigung jeder Einheitsfronttaktik hinausläuft. Den Beweis hierzu haben gerade die Präsidentenwahlen 1925 gebracht. Hier hat man sogar auf das so naheliegende Entlarvungsmanöver verzichtet aus Furcht, eine Einheitsfronttaktik anwenden zu müssen, die ja vorher als opportunistisch abgelehnt worden war. Die reklamehafte Proklamierung der Kommunistischen Partei als die einzige Arbeiterpartei, trotzdem man es leider nicht verstanden hat, die Massen in einem solchen Umfange zu gewinnen, daß sie in Wirklichkeit die einzige Arbeiterpartei geworden wäre, mußte ebenfalls ein Hindernis sein, nun eine Einheitsfronttaktik sogar mit Spitzenverhandlungen, wie es gerade bei der Hindenburgwahl notwendig gewesen wäre, zu führen. Noch im Februar 1925 erklärte die Genossin Ruth Fischer:

„... gerade das ist die Aufgabe, die wir jetzt durchzuführen haben unter der gleichzeitig schärfsten und unversöhnlichen Haltung gegenüber der Sozialdemokratie in allen ihren Schattierungen...“ (unterstrichen von I. S.).

Entsprechend dieser Auffassung, daß der rücksichtsloseste Kampf auch gegen die Opposition innerhalb der SPD geführt werden mußte, anstatt einen differenzierten Kampf zu führen, verstiegen sich manche Genossen zu der Auffassung, daß die linke Opposition innerhalb der Sozialdemokratie noch schlimmer sei als die Scheidemann usw. Natürlich muß bei einer Taktik, die nichts weiter als Entlarvungstaktik ist, die Entlarvung der linken SPD immerhin etwas schwieriger sein als die Entlarvung der Rechten. Infolgedessen ist es verständlich, daß bei einer solchen Auffassung die Linke noch schlimmer sein mußte als die Rechte.

Die dann unter dem Drucke der Exekutive vorgenommene radikale Änderung der Taktik in dem Versuche nach den Präsidentenwahlen, eine Einheitsfronttaktik sogar mit Spitzenverhandlungen durchzuführen und auch im Preußischen Landtag der SPD gegenüber eine andere Politik zu betreiben, mußten notwendigerweise zu rein mechanischen Manövern werden, gleichzeitig mit starken opportunistischen Einschlägen. So erklärt plötzlich der Genosse Lenz in der „Internationale“ Ende August, daß vom Opportunismus in der Anwendung der Einheitsfronttaktik nur dann gesprochen werden kann, „wenn die Forderungen hinter dem Kampfwillen und der Kampfkraft zurückbleiben“. Daß der opportunistische Charakter auch in den Forderungen selbst liegen könnte, will er natürlich nicht mehr sehen. Auf der Tagung des Zentralausschusses vom 9. und 10. Mai wurde erklärt: „Wenn wir nicht jetzt auf der Plattform des Offenen Briefes eine Massenaktion auslösen, dann ist die ganze Sache ein parlamentarischer Kretinismus gewesen“. Die Art und Weise der Anwendung der Einheitsfronttaktik hat keine Massenaktion gebracht, dennoch wollen wir nicht ganz so scharf sein und behaupten, daß der Offene Brief ein parlamentarischer Kretinismus gewesen ist.

Neben dieser Auffassung von der Einheitsfronttaktik der führenden Gruppe

geht parallel die der Ultralinken Rosenberg und Scholem. Diese Auffassung ist nur eine graduell verschiedene von der der Genossen Ruth Fischer, Maslow, Lenz usw. Es ist daher nicht wahr, wenn die Genossin Ruth Fischer diese ultralinke Opposition als völlig verschieden von der Frankfurter Opposition hinstellt. Sie glaubte diese Ultralinke als Luxemburgianer erklären zu können. Die Auffassung der führenden Genossen Ruth Fischer, Maslow, Lenz usw. über die Einheitsfronttaktik war bis zu den Präsidentenwahlen fast dieselbe wie die der Ultralinken. Und selbst nach dem EKKI-Brief ist der Unterschied noch nicht so sehr groß, zum mindesten bei den Genossen Lenz und Maslow, die immer noch auf ihrem Standpunkt beharren, daß der 3. Weltkongreß in der Überschätzung der linken Gefahren einen Fehler gemacht habe, nachdem dieser Weltkongreß die Einheitsfronttaktik begründet und infolgedessen zum schärfsten Kampf gegen diejenigen führen mußte, die Gegner der Einheitsfronttaktik gewesen sind. Dies aber war dieselbe Gruppe der führenden Genossen Maslow, Fischer, Lenz, Scholem, Rosenberg usw.

Es kann daher jetzt eine wirkliche Bekämpfung der Ultralinken nur erfolgreich sein in Verbindung mit dem Kampf um die richtige Einheitsfronttaktik gegen die Abweichungen, die hier gekennzeichnet worden sind und wohl kaum vollständig in der ganzen Partei überwunden sein dürften. Das Referat Scholems auf der Reichskonferenz am 31. Oktober 1925 beweist, daß die Einheitsfronttaktik für die Ultralinken der Streitpunkt ist, und daß sie immer noch nicht das Charakteristische der Leninschen Einheitsfronttaktik begriffen haben. Darüber hinaus sind zwar noch besondere „Eigenarten“ der Ultralinken vorhanden, die aber nicht den wesentlichsten Teil der Einstellung dieser Genossen ausmachen.

Außerdem aber beginnt gerade jetzt die Einheitsfronttaktik eine überragende Bedeutung für die Gewinnung der Massen zu spielen. Die kommunalpolitische Lage in Berlin, die Konsequenzen aus dem Locarnoer Vertrag, die nicht aufzuhaltende Wirtschaftsdepression in Deutschland, das Liebäugeln der Sozialdemokraten mit der großen Koalition und endlich die schwere Belastung durch Steuern, Zölle und Preise geben außerordentliche Möglichkeiten, mit Hilfe einer klaren Einheitsfronttaktik die Loslösung der Massen von der SPD zu fördern. Die Zeiten der zahllosen Schwankungen der KPD gerade in diesem entscheidenden Teil der kommunistischen Taktik müssen nunmehr ein für allemal für die Partei und damit zum guten Teil für alle Parteien der Internationale vorüber sein.

Nachtrag zur Geschichte der Einheitsfronttaktik

In der Zeit zwischen der Niederschrift der obigen Seiten und der Drucklegung hat die deutsche Partei die Einheitsfronttaktik in ihrem Kampfe um erhöhten Einfluß auf die Massen konsequent angewendet, und zwar in dem Sinne, wie der 3. und 4. Weltkongreß die Einheitsfronttaktik aufgefaßt und formuliert haben.

Die wichtigsten Einheitsfrontkampagnen der letzten Wochen sind gewesen:

1. Die Kampagne zu den Berliner Rathauswahlen;
2. damit in Verbindung die sich anschließenden Provinziallandtagswahlen;

3. in der sächsischen Frage;
4. bei der Zunahme der Arbeitslosigkeit und der Kampagne der Partei in diesem Punkte;
5. in der Kampagne gegen die kapitalistische Wirtschaftssabotage und scharf zunehmende Wirtschaftskrise;
6. in der Kampagne für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten.

Ihren Höhepunkt hat die Anwendung der Einheitsfronttaktik bei der letzten Kampagne für die Enteignung der Fürsten gefunden. Und zwar deshalb, weil erstens hier diese Kampagne in engster Verbindung mit anderen wichtigen Tagesfragen geführt wurde: der Arbeitslosigkeit, der Hilfe für die Kleinbauern und verarmten Mittelschichten, und mit der Kampagne gegen die monarchistische Gefahr. Zweitens, weil die Partei sich nicht gescheut hat, entschlossen über den Kreis der politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft hinauszugehen und sich in dem Kampfe auf alle, auch radikal-demokratisch gesinnte Volkselemente zu stützen. Die Ausnutzung dieser Schichten scheint, bis jetzt wenigstens, ausgezeichnet gelungen zu sein.

Drittens, weil die Partei, parallel mit dem weite Volkskreise umfassenden Druck von unten sich nicht gescheut hat, auch Spitzenverhandlungen zu führen. Natürlich war mit diesem Unterfangen ein Geschrei bei den ultralinken Elementen verbunden, die wieder wie früher von der Gefahr eines Bündnisses mit den Reformisten und von „parlamentarischem Kretinismus“ zu sprechen begannen. Doch die sich schon jetzt zeigenden Auswirkungen des von oben und unten angewandten Druckes schleudern diesen letzten Vorwurf an die ihn Aussprechenden zurück.

Viertens, weil in dieser Kampagne sich jetzt schon der organisatorische Charakter der Einheitsfront entwickelt: einmal in den Ausschüssen, örtlichen wie zentralen, zur Durchführung der Kampagne und des Volkstent-scheidendes selbst, und außerdem, weil sich von hier aus organisatorische Verbindungen, die enger und näher zur Partei selbst hinführen, in bezug auf den Roten Frontkämpferbund, die IAH bemerkbar machen. Weiter werden in letzter Zeit zahlreiche Sympathiekundgebungen vieler sozialdemokratischer Arbeiter direkt an die Kommunistische Partei festgestellt. Auch die letzte Form der organisatorischen Auswirkung, der Eintritt in die Kommunistische Partei, macht sich gerade in der letzten Zeit von seiten alter sozialdemokratischer Arbeiter deutlicher bemerkbar.

Wir sehen also in der kurzen Zeit der neuen und entschlossenen Anwendung der Einheitsfronttaktik durch die KPD einen deutlichen Fortschritt in der Handhabung dieser für die Reformisten so gefährlichen Waffe. War noch die Kampagne für die Berliner Rathauswahlen teilweise unsicher, schwankend, auch schwach in den Forderungen und ihrer organisatorischen Durchführung, so haben diese Mängel sich wesentlich vermindert, und wenn die Kampagne für die Fürstenenteignung in der bisherigen Form weiter durchgeführt oder sogar noch gesteigert wird, dann dürften diese vorherigen Mängel behoben und aus der deutschen Partei verbannt sein.

Die revolutionierende Wirkung der Einheitsfronttaktik auf die Gesamtarbeiterschaft und das Wachsen des Einflusses der Kommunistischen Partei auf die Massen wird dann als Folge sich schnell einstellen.

G. SMOLJANSKI:

WIE WIRKTE DIE STABILISIERUNG AUF DIE LAGE DER ARBEITERKLASSE?

Hat die Stabilisierung des Kapitalismus in den Jahren 1924/25 Europa den „industriellen Frieden“ gebracht? Ende 1924 konnte es scheinen, als ob die Arbeiterklasse die schlimmste Zeit überwunden hatte. Die Arbeitslosigkeit war bedeutend geringer geworden. Die Inflationsperiode war zu Ende, und mit ihr hörten auch die Hungerlöhne auf. Aber als die künstliche Hülle der Inflation und der „angeblichen Konjunktur“ der ersten Nachkriegsperiode fiel, da traten, je weiter, desto klarer, tiefe — nach außen hin wenig sichtbare — Widersprüche im Nachkriegskapitalismus hervor. Der Krieg und die Inflation haben den Produktionsapparat stark erweitert und die potentielle Produktivität der Industrie um 40 bis 50 Prozent gesteigert, während gleichzeitig die Basis der Konsumtion reduziert wurde. Zu gleicher Zeit ging in fieberhaftem Tempo die Industrialisierung der transozeanischen Länder vor sich. Schließlich ist der vorher periodisch wiederkehrende kapitalistische Gegensatz — die mangelnde Übereinstimmung zwischen den Produktionsmöglichkeiten und dem durch die privatwirtschaftlichen Beziehungen eingegengten Absatz — zu einer chronischen Erscheinung von ungeheurer Tiefe geworden.

Besonders kraß trat dieser Gegensatz im Jahre 1924/25, im Dawes- und Locarnojahre, hervor. „Wir stehen am Beginn des dritten Jahres nach erfolgter Stabilisierung der Währung,“ schreibt die „Frankfurter Zeitung“ in ihrem Rückblick auf das Wirtschaftsjahr 1925, „und noch immer ist die Krise unser Schicksal.“

Der Mangel an Betriebsmitteln, die schwache Kaufkraft der Bevölkerung, neue Valutaschwankungen, der Mangel an Krediten, die Zollbarrieren, das Fehlen des russischen Marktes, schließlich die technische Rückständigkeit — das sind die Hauptquellen der europäischen Krise. Ihre höchste Entwicklung erreichte die Krise in England Mitte 1925, in Deutschland Ende 1925 und Anfang 1926.

Jetzt, Anfang Januar 1926, haben wir in Deutschland 1 486 000, in England ein und eine viertel Million unterstützte Arbeitslose — und Hunderttausende von Arbeitslosen in allen übrigen Ländern Europas.

Mitte 1925 war nur die Hälfte der Hochöfen in Betrieb, die Hälfte der Werften ruhte, in Hunderten von Kohlengruben stand die Arbeit still, nur ein Teil der Webstühle war durch Arbeit voll ausgenutzt. Im August gab es in England gegen 500 Gruben, deren Ausbeutung vollkommen eingestellt war. Ende 1924 wurden in den Vereinigten Staaten nur 69 Prozent der Schächte, die gegen Ende des Weltkrieges in Betrieb waren, ausgebeutet. Über 10 Prozent der Welthandelsflotte befanden sich im Jahre 1925 noch außer Betrieb. Die Zahl der arbeitenden Hochöfen ist im Verhältnis zu ihrer Gesamtzahl um mehr als die Hälfte geringer geworden, was aus folgender Tabelle hervorgeht:

Zahl der in Betrieb befindl. Hochöfen	England	Frankreich	Belgien	Ver. Staaten
Anfang 1925	482	220	56	403
Januar „	172	133	50	251
Juni „	148	141	32	189

Die Stabilisierung hat — abgesehen vom „wirtschaftlichen Wunder“ der Vereinigten Staaten (das im letzten Quartal des Jahres 1925 etwas erschüttert worden ist) — im Jahre 1925 in Europa nicht nur keinerlei Erfolge gezeigt, sondern im Gegenteil: die Stabilisierungskrise ist zu einer chronischen Erscheinung geworden und nimmt einen immer drohenderen Umfang an.

Es ist selbstverständlich, daß die Labilität und das Schwanken der kapitalistischen Stabilisierung mit ihrer ganzen Schwere voll und ganz auf den Schultern der Arbeiterklasse lastet. Selbst wenn man die ungeheure Armeec der Arbeitslosen außer acht läßt, bleibt die Tatsache bestehen, daß an der gesamten Klassenfront eine Offensive des Kapitals vor sich geht. Der einzig mögliche Ausweg für den Kapitalismus jedes einzelnen Landes ist die reale Reduzierung der Produktionskosten, d. h. vor allem die Verringerung des Kostenaufwandes für die Arbeitskraft. Wenn aber im Jahre 1920/21, während der ersten Krise der Nachkriegszeit, in erster Linie der Arbeitslohn betroffen wurde, so schlägt jetzt die Offensive der Unternehmer ganz andere Richtungen ein. Der Arbeitslohn ist sowohl in Deutschland als auch in England (besonders in der Exportindustrie) so sehr gesunken, daß selbst die Unternehmer nicht mehr ernstlich an eine neue Herabsetzung der Löhne denken können. Außerdem würde die Herabsetzung des Arbeitslohnes zu einer weiteren Reduzierung des Innenmarktes führen, was neue Voraussetzungen für eine weitere Entwicklung der Krise schaffen würde. Gerade in den zwei Jahren der Stabilisierung hat der Arbeitslohn die geringsten Schwankungen durchgemacht. Die ganze Energie der Unternehmer war auf die Verlängerung des Arbeitstages und die erhöhte Ausbeutung der Arbeitskraft gerichtet. Da aber auf diesem Wege die Arbeiterorganisationen standen, so ist in diesen Jahren die Zersetzung innerhalb der Arbeiterklasse (die „amerikanische Methode“ — Arbeiterbanken, Beteiligung am Profit usw.), der Gegensatz zwischen qualifizierten und nichtqualifizierten Arbeitern, hervorgerufen durch Anwachsen der Ungleichheit dieser Kategorien, ferner die Offensive gegen die Gewerkschaften am stärksten gewesen. Die Delegation des Britischen Industrie-Verbandes, die im Herbst 1925 die Lage in den Vereinigten Staaten studierte, stellt in ihrem Bericht mit Neid das Wachstum der Produktivität der amerikanischen Industrie fest und weist auf die hochentwickelte Technik, den hohen Arbeitslohn, die befriedigenden Beziehungen zwischen Arbeitern und Unternehmern als auf die Hauptursachen dieses Wachstums hin. „In Amerika ist die verhängnisvolle Doktrin von der Unvermeidlichkeit des Konfliktes zwischen Arbeit und Kapital nicht vorherrschend.“ In einem Artikel, der sich mit dem Bericht beschäftigt, schreibt der liberale „Manchester Guardian“ (19. 11. 1925): „Der englische Unternehmer würde den Arbeitern gern einen bedeutenden Teil seiner Profite abgeben, wenn die Produktivität der Arbeit nur beschränkt wäre durch die Arbeitsfähigkeit der Arbeiter und nicht auch noch durch die Regeln der Arbeiterorganisationen.“ Der Kampf gegen die „Trade Unions restrictions“,

die die „individuelle Freiheit“ beschränken — das ist die Kampflosung der Unternehmer im Jahre 1925. Im Februar reicht der Konservative Macquisten in der Kammer eine Bill ein, die die politischen Gewerkschaftsbeiträge betrifft. Macquisten verlangt, daß die automatische Einsammlung der Beiträge zugunsten der Labour Party in den der Labour Party angeschlossenen Trade Unions aufgehoben werde. Die Regierung Baldwin, zu der Zeit bestrebt, scharfen sozialen Konflikten aus dem Wege zu gehen, lehnte es ab, die Bill zu unterstützen. Aber die Frage steht jetzt, Anfang 1926, noch offen. Die Konservativen haben die Absicht, sie von neuem aufzuwerfen. In Deutschland haben die Unternehmer einen erbitterten Kampf gegen die soziale Gesetzgebung begonnen. Die deutschen Unternehmer versichern, daß die sozialen Beiträge so hoch sind, daß sie jede Möglichkeit der Konkurrenz auf den Auslandsmärkten untergraben. (Auf Grund einer Berechnung der Berliner „Börsenzeitung“ haben die Unternehmer im Jahre 1924 4,3 Milliarden Goldmark für Sozialversicherung ausgegeben, nach Angaben des Arbeitsministeriums nur 2,16 Milliarden.) Der Verband der Deutschen Arbeitgeber erklärt offen in seinem offiziellen „Wirtschaftsprogramm“, daß die Aufrechterhaltung einer weitgehenden Sozialversicherung nur möglich ist, wenn die Beiträge aller Wirtschaftsteile für soziale Zwecke der wirklichen Produktivität der Arbeit entsprechen werden. Auf diese Weise hat der Kampf für die Verbilligung der Arbeitskraft in den Jahren der Stabilisierung den Charakter eines Manövers angenommen, das geschickter und komplizierter ist als die einfache Offensive der Unternehmer gegen den Arbeitslohn. In Anbetracht dieser Lage haben fast alle Klassenkämpfe des Proletariats fast ausschließlich direkt oder indirekt einen Defensivcharakter getragen. Und es ist vollkommen natürlich, daß eine solche Lage in den Arbeitermassen das Bewußtsein für die Notwendigkeit einer einheitlichen Arbeitsfront zum Kampf gegen die organisierte Front des Kapitals geweckt hat. Das Jahr 1924/25 wird in der Geschichte der Arbeiterklasse als das Jahr des Kampfes für die Einheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung verzeichnet werden.

Arbeitslosigkeit

Die Wirtschaftskrise kommt am krassesten in der Arbeitslosigkeit zum Ausdruck. Die Arbeitslosigkeit ist bezeichnend nicht nur für die Lage der Arbeiterklasse, sondern auch für den Charakter und das Tempo der wirtschaftlichen Krise des Kapitalismus. Im Jahre 1924/25 hat die Arbeitslosigkeit alle Merkmale behalten, die für die ganze Nachkriegsperiode charakteristisch sind, und zwar: die gegenseitige Abhängigkeit von Preis, Währung, Export und Arbeitslosigkeit. Je niedriger die Valuta, um so geringer die Arbeitslosigkeit; je höher die Preise in Goldwährung und bei stabiler Valuta, um so größer die Arbeitslosigkeit. Das Ansteigen und der Rückgang des Exports schließlich stehen im umgekehrten Verhältnis zum Ansteigen und Rückgang der Arbeitslosigkeit. In Ländern, in denen der Preissturz einen langwierigen Prozeß darstellte, war die Arbeitslosigkeit besonders groß und besonders hartnäckig, während in Ländern, in denen der Preissturz nur ein kurzer Prozeß war, auf den ein Ansteigen der Preise oder die Stabilisierung folgte, der Rückgang der Arbeitslosigkeit rascher vor sich ging. Aus

diesem Grunde sind Frankreich und Italien, wo es fast keine Arbeitslosigkeit gibt, am wenigsten betroffen worden. In Großbritannien trat nach einem schwachen Rückgang im Jahre 1924 (Resultat der Krise in Deutschland) Anfang und besonders Mitte 1925 ein neues Ansteigen der Arbeitslosigkeit ein, in Deutschland — nach einem Rückgang der Arbeitslosigkeit in der zweiten Hälfte des Jahres 1924 — ein starkes Anwachsen in der zweiten Hälfte des Jahres 1925. In Belgien, wo es im Jahre 1923 überhaupt keine Arbeitslosigkeit gab (Ruhrbesetzung), tritt sie Ende 1924 von neuem auf. Ungeheuer groß ist die Arbeitslosigkeit in Polen, Österreich, Ungarn. Besonders interessant ist die Tatsache, daß in den britischen Dominions (Kanada, Australien, Indien) und im Orient ein Anwachsen der Arbeitslosigkeit festgestellt werden muß. In Japan ist die Arbeitslosigkeit nie so groß gewesen wie im Jahre 1925.

Das allgemeine Bild des Anstiegens und Rückganges der Arbeitslosigkeit seit 1923 zeigt die nebenstehende Tabelle.

Das Land der größten Arbeitslosigkeit ist nach wie vor England. Die Zahl der Arbeitslosen ist dort im Jahre 1925 fast ebenso groß wie Anfang 1923 und übersteigt um das Dreifache die Durchschnittszahl der Arbeitslosen in den Jahren 1907/13. Vor dem Kriege war die Dauer der Krisen eine verhältnismäßig kurze, jetzt dagegen sind sie zu einer chronischen Erscheinung geworden. Seit 1921 hat die Zahl der Arbeitslosen nie weniger als eine Million betragen. Ihren Höhepunkt erreichte diese Ziffer im Juni 1921 mit 2 171 000 Arbeitslosen (23,1 Prozent der gewerkschaftlich Organisierten). Im Jahre 1924 war die Lage im Zusammenhang mit der Krise in Deutschland etwas besser. Aber schon Anfang 1925 beginnt die Zahl der Arbeitslosen zu wachsen und erreicht im Juni die Ziffer von Anfang 1923, d. h. 1 280 000 Arbeitslose (um 228 000 mehr als ein Jahr vorher). Im Herbst 1925 stabilisiert sich die Arbeitslosigkeit und wird sogar etwas geringer. Im Oktober waren von 11,8 Millionen Versicherten 11,4 Prozent arbeitslos (im Oktober 1924 11 Prozent). Im November und Dezember betrug der Prozentsatz der Arbeitslosen unter den gewerkschaftlich Organisierten 11 gegen 12,3 im Juli 1925. Der mittlere Prozentsatz betrug im Jahre 1925 10,5 gegen 8,1 im Jahre 1924. Es muß jedoch bemerkt werden, daß bei weitem nicht alle Arbeitslosen in die Liste der Registrierten aufgenommen werden, und zwar infolge von Maßnahmen, die von der konservativen Regierung getroffen worden sind. Eine große Zahl von Arbeitslosen, die keine Unterstützung empfangen, sind gezwungen, sich an den Fürsorgerat (nach dem Armengesetz — Poor Law Relief) zu wenden. Während im Jahre 1913/14 für die Armenunterstützung 15 Millionen Pfund Sterling verausgabt worden sind, beträgt diese Summe im Jahre 1925 über 50 Millionen. Im Oktober 1925 war die Zahl der Personen, die auf Grund des Armengesetzes Unterstützung erhielten, um 14 Prozent größer als im Oktober 1924. Die Zahl der Arbeitslosen, die eine solche Armenunterstützung erhielten, erreichte im September 1925 die beträchtliche Höhe von 438 000 (um 110 000 mehr als im September 1924).

Die meistbetroffenen Industriezweige sind die Kohlen- und die Eisenindustrie, d. h. die für den Export wichtigsten Industriezweige. Von Oktober 1924 bis Oktober 1925 ist die Zahl der Arbeitslosen in der Bergwerksindustrie von 129 994 auf 246 872 gestiegen, d. h. um 116 878 größer

Bewegung der Arbeitslosigkeit seit 1923

J a h r	Großbritannien		Deutschland		Holland		Dänemark		Schwe- den		Frankreich		Oesterreich		Polen		Belgien		Ungarn		Kanada		Vereinigte Staaten		Australien			
	in den Ver- bänden	unter den Ver- sicher- ten	in den Gewerk- schaften	%	in den Ver- bänden	%	unter den Ver- sicher- ten	%	in den Ver- bänden	%	Zahl der Arbeits- suchenden	Zahl der von Arbeits- losen unter- stützt	Zahl der Empfänger	in den Kranken- kassen	%	in den Gewerk- schaften	%	Index der Zahl der Produktion Beschäftigt.	in den Gewerk- schaften	%	durch- schnitt- lich im Jahr	durch- schnitt- lich im Jahr	Index der Zahl der Produktion Beschäftigt.	in den Gewerk- schaften	%			
1923 Januar	13,7	13,1	4,2	19,3	21,8	20,5	13 235	161 227	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
" April	11,3	11,4	7,0	10,4	11,0	14,9	9 684	132 226	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
" Juli	11,1	11,5	3,5	10,6	7,5	9,1	8 775	87 155	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
" Okt.	10,9	11,7	19,1	11,0	8,0	8,2	11 223	75 810	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
1924 Januar	8,9	11,9	26,5	22,4	21,6	13,6	12 357	119 766	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
" April	7,5	9,7	10,4	7,1	8,1	11,6	8 921	82 524	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
" Juli	7,4	9,9	12,5	7,0	5,4	6,2	8 592	66 457	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
" Okt.	8,7	11,1	8,4	8,2	7,0	8,4	10 483	38 237	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
1925 Januar	9,0	11,5	8,1	14,5	16,9	14,8	12 413	187 103	172 420	6,1	20,2	10,2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
" Februar	9,4	11,6	7,3	11,7	16,8	13,5	—	—	184 430	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
" März	9,0	11,4	5,8	9,4	15,1	12,0	—	—	183 640	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
" April	9,4	11,2	4,3	7,7	13,5	10,9	12 188	148 477	178 480	7,1	20,2	8,7	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
" Mai	10,1	11,2	3,6	6,9	12,1	7,8	—	—	173 140	6,2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
" Juni	12,3	12,2	3,5	6,9	9,0	8,2	—	—	171 340	5,8	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
" Juli	11,2	11,1	3,7	8,3	8,3	7,6	10 548	111 885	174 977	5,1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
" August	11,4	12,1	4,3	9,5	9,2	7,7	—	—	184 910	3,9	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
" Sept.	11,4	12,0	4,5	7,7	9,9	8,5	10 099	119 005	207 410	2,6	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
" Okt.	11,3	11,4	5,8	8,1	12,7	10,0	—	—	213 480	2,5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
" Nov.	11,0	11,5	10,7	—	18,3	—	—	—	200 000	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

geworden. Außerdem haben 40 000—50 000 Arbeitslose kein Recht auf Arbeitslosenunterstützung. In der günstigsten Lage befindet sich die Textilindustrie, die im Juli 1925 60 000 Arbeitslose zählte gegen 120 000 im Jahre 1923, wobei die Gesamtzahl der in der Textilindustrie beschäftigten Arbeiter unverändert 576 000 betrug. Im Oktober 1925 waren in den vier Hauptindustriegruppen folgende Prozentsätze der Arbeitslosen registriert:

1. in der Kohlenindustrie 19,9 Proz.
2. Metall, Textil und Schiffbau 14,9 „
Darunter:
 - a) in der Metallindustrie 20,0 Proz.
 - b) in der Textilindustrie 8,1 „
3. in der Saisonarbeit 8,1 „
4. in allen übrigen Industrien 9,9 „

Auffallend ist die Wechselbeziehung zwischen Preis, Ausfuhr und Arbeitslosigkeit.

Jahr	Durchschnittlicher Prozentsatz der Arbeitslosen in den Gewerkschaften	Index der Engrospreise (1913 = 100)	Export (in Mill. Pfund Sterling)
1921	15,3	181,0	56,8
1922	15,4	159,5	59,9
1923	11,5	162,1	63,9
1924	8,1	173,9	66,2
1925 Januar	9,0	177,1	69,0
„ Juni	12,3	161,6	58,9
„ Juli	11,2	165,1	64,8
„ September	11,4	164,4	60,7
„ Oktober	11,3	160,8	67,1

In bezug auf die Preise scheint es, als würde im Jahre 1925 die Proportion eine andere werden. Aber dieses Verhältnis zwischen Preisen und Arbeitslosigkeit wird wiederhergestellt, wenn man die Gesamtergebnisse des Jahres betrachtet.

Über den Charakter der Arbeitslosigkeit kann danach geurteilt werden, daß es zu Beginn des Jahres 1925 330 000 Arbeitslose gab, die schon seit zwei Jahren erwerbslos sind.

Innerhalb des Proletariats geht eine Verschiebung der einzelnen sozialen Schichten vor sich, ferner eine Dequalifizierung eines Teiles seiner wichtigsten Kaders. Allein im Jahre 1924 sind aus den qualifizierten Produktionen ausgeschieden: 100 000 Schiffbauarbeiter, 50 000 Mechaniker, 40 000 im Engroshandel, in Finanzinstitutionen und Versicherungsorganen beschäftigte Angestellte; dagegen ist die Zahl der im Einzelhandel, wo weniger qualifizierte Arbeitskräfte gebraucht werden, beschäftigten Arbeiter um 90 000 gestiegen. In der Kohlenindustrie ist die Lage unverändert geblieben (Einfluß der günstigen Bedingungen im Jahre 1924).

Welche Bedeutung für den Staat diese Massen-Reservearmee hat, davon zeugen die 50 Millionen Pfund Sterling, die der Staat alljährlich für Arbeitslosenunterstützung auszugeben gezwungen ist.

In Deutschland war das Tempo der Entwicklung der Arbeitslosigkeit ein ganz anderes als in Groß-Britannien. Hier lösten sich Anwachsen und Rückgang der Preise oft ab, wodurch rasche und krasse Änderungen in der Zahl der Arbeitslosen bedingt wurden. Die Kurve der deutschen Wirtschaft steigt in der zweiten Hälfte des Jahres 1924 im Zusammenhang mit den nach dem

Londoner Abkommen (Dawesplan) erhaltenen Krediten. Die Arbeitslosigkeit geht zurück — von 25 Prozent 1924 auf 12,5 Prozent im Juni und 8,1 Prozent im Januar 1925. Aber schon im ersten Quartal des Jahres 1925 treten im Zusammenhang mit den Krediten Schwierigkeiten ein, und schließlich hört die Wirkung der äußeren Triebkräfte des wirtschaftlichen Aufschwunges fast ganz auf. Die Ausfuhr, diese höchst wichtige Geldmittelquelle Deutschlands, erwies sich als fast um 35 Prozent niedriger als die Einfuhr. Der Kapital- und Kreditmangel wird noch vertieft durch die gleichzeitige Reorganisierung der Industrie (Zusammenbruch vertikaler Vereinigungen und Wiederauf-erstehung der Trusts) und durch die ungeheuer großen Steuerlasten, die ein Drittel des Nationaleinkommens Deutschlands ausmachen.

Ende 1925 trat schließlich eine äußerst schwere wirtschaftliche Krise ein, die von der Berliner Handelskammer in ihrem Jahresbericht charakterisiert wird als eine noch ernstere als die Katastrophe im Jahre 1923.

Folgende Tabelle zeigt die Zahlen der Arbeitslosigkeit im Jahre 1925 unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern und die Zahl der Empfänger von Arbeitslosenunterstützung.

Monat	Prozentsatz der Arbeitslosen in den Gewerkschaften	Prozentsatz d. Kurzarbeiter in den Gewerkschaften	Zahl der Unterstützungsempfänger	
Januar	8,1	5,5	1. Jan. 25	535 000
Februar	7,3	5,3	1. Febr.	592 000
März	5,8	5,1	1. März	540 000
April	4,3	4,9	1. April	466 000
Mai	3,6	5,0	1. Mai	320 000
Juni	3,5	5,2	1. Juni	234 000
Juli	3,7	5,8	1. Juli	195 000
August	4,3	5,9	1. August	197 000
September	4,5	8,5	1. Sept.	231 000
Oktober	5,8	12,4	1. Okt.	266 000
November	11,0	22,3	1. Nov.	364 000
			1. Dez.	669 000
			15. Dez.	1 057 000
			1. Jan. 26	1 485 931

Mit der Zahl der Unterstützungsempfänger wird die Gesamtzahl der Arbeitslosen absolut nicht erschöpft. In ihr sind die Arbeitslosen nicht berücksichtigt, die mit öffentlichen Arbeiten beschäftigt sind, ferner die Arbeitslosen, die kein Recht mehr auf Unterstützung haben (die sogenannten „Ausgesteuerten“ — die Zeit der Beziehung von Unterstützungen ist begrenzt auf 26 bis 39 Wochen).

Diese Zahlen zeigen, welch ungeheuer großen Umfang die Arbeitslosigkeit Ende 1925 angenommen hat. In Berlin allein gab es Mitte Dezember 143 000 Arbeitslose. Die meistbetroffenen Industriezweige sind die Schwerindustrie und der Maschinenbau. In der Zeit von Juni bis September 1925 sind in der rheinisch-westfälischen Bergwerksindustrie 10 Prozent der Arbeiter entlassen worden. Im September gab es in der Metallindustrie 5,1 Prozent Arbeitslose und 16,8 Prozent Kurzarbeiter. In der Lederindustrie betragen die entsprechenden Prozentzahlen im Oktober: 6,9 und 37,7. Es ist interessant, festzustellen, daß in der Textilindustrie — ebenso wie in England — die Arbeitslosigkeit verhältnismäßig gering ist: 2,8 Prozent im September und 2,7 Prozent im Oktober.

Preise, Arbeitslosigkeit und Export im Jahre 1925

Monat	Index der Preise (1913 = 100)	Export (in Mill. Mark)	% der Arbeitslosen in den Gewerkschaften
Januar	138,2	695,7	8,1
April	131,0	670,0	4,3
Juli	131,8	742,0	3,7
September	125,9	776,6	4,5

Nach Großbritannien sind Holland und die skandinavischen Länder nach dem Kriege von der Arbeitslosigkeit am meisten betroffen worden. In Holland war der Prozeß des Rückganges der Preise ein sehr langsamer, und die Arbeitslosigkeit nahm einen chronischen Charakter an. Den größten Umfang erreichte sie im Februar 1922 (18,8 Prozent der gewerkschaftlich Organisierten) und im Januar 1924 (19,7 Prozent). Im Jahre 1924 geht die Arbeitslosigkeit bedeutend zurück, doch wächst sie im Jahre 1925, besonders in der zweiten Hälfte, von neuem an. In den skandinavischen Ländern trat eine Besserung der Lage im Jahre 1923 ein und dauerte bis 1924, begleitet von einem Anwachsen der Preise in Norwegen und Dänemark und einer Preisstabilisierung in Schweden. Im Herbst 1925 steigt die Kurve der Arbeitslosigkeit in den skandinavischen Ländern plötzlich sehr steil an. Folgende Tabelle zeigt das Steigen und Sinken der Preise, der Arbeitslosigkeit und des Exports im Jahre 1925:

1925	Holland			Dänemark			Schweden		
	Monat	% der versich. Arbeitslosen	Preis-Index 1913=100	Export (in Millionen Gulden)	% der versich. Arbeitslosen	Preis-Index 1913=100	Export (in Millionen Kronen)	% der versich. Arbeitslosen	Preis-Index 1913=100
Januar	14,5	160	139,9	16,9	234	170,3	14,8	169	80,3
April	7,7	151	144,3	13,5	216	162,6	10,9	163	85,7
Juli	8,3	155	161,5	8,3	212	163,6	7,6	161	133,9
Septbr.	7,7	155	177,7	9,9	196	136,4	8,5	157	131,7
Oktober	8,0	—	—	12,7	179	—	10,0	—	—

Der internationale Charakter der Krise ist in diesen Ländern in der Tatsache sehr klar zum Ausdruck gekommen, daß durch die Krise überall die Exportindustrie am meisten betroffen worden ist, ferner die Bau- und die holzbearbeitenden Industrien; am wenigsten betroffen ist hier, ebenso wie in Deutschland und England, die Textilindustrie.

Eine außerordentlich heftige Stabilisierungskrise hat in Mitteleuropa neben Deutschland alle Länder erfaßt, in denen starke Valutaschwankungen stattgefunden haben. In den Jahren 1919/23 hat es in Polen fast gar keine Arbeitslosigkeit gegeben. Die Inflation hatte eine ungewöhnlich günstige Ausfuhrkonjunktur geschaffen. Seit 1924, d. h. seit Einführung einer stabilen Valuta, steigt die Zahl der Arbeitslosen und nimmt in der zweiten Hälfte des Jahres 1925 einen für den Staat katastrophalen Umfang an. Der Zollkrieg gegen Deutschland, der Mangel an Betriebskapital haben die Produktion fast ganz vernichtet. Auf Grund der Angaben des Arbeitsministeriums und des Bureau der Sozialversicherung gab es am 1. November 239 037 Arbeitslose, was gegen

ein Drittel der Gesamtzahl des Industrieproletariats des Landes ausmacht. Von der Arbeitslosigkeit sind alle großindustriellen Zentren betroffen. In Oberschlesien gab es im November 61 269 Arbeitslose, in Lodz 51 147, im Dombrower Becken 23 779. Wie ernst die Lage ist, geht aus dem Memorandum hervor, das im November 1925 dem Präsidenten Wojciechowski von den Verbänden der Unternehmer, der Bankiers, der Kaufleute und der Großgrundbesitzer eingereicht worden ist:

„Das Wirtschaftsleben Polens“, heißt es im Memorandum, „stirbt immer mehr ab... Die Zahl der Arbeitslosen übersteigt bereits 30 Prozent aller in der Industrie beschäftigten Arbeiter... Die übrigen Arbeiter arbeiten nur 3—5 Tage in der Woche, so daß faktisch auf 6 beschäftigte Arbeiter 4 Arbeitslose kommen... Bald wird es so weit sein, daß die Minderheit gezwungen sein wird, die Mehrheit zu ernähren...“

In Österreich hat die Arbeitslosigkeit einen chronischen Charakter angenommen. Von Juni 1924 bis Februar 1925 ist die Zahl der Arbeitslosen um das Dreifache gestiegen und hat die Rekordzahl von 188 919 Unterstützungsempfängern erreicht, was 16 Prozent des ganzen Proletariats ausmacht. Diese Periode fiel zusammen mit dem Bankerott der österreichischen Großbanken, die mit französischer Valuta spekuliert haben, und mit dem absoluten Mangel an Betriebskapital. Dann ging die Arbeitslosigkeit etwas zurück, im Herbst jedoch zeigte sie eine neue Tendenz zum Aufstieg. Im Oktober 1925 betrug die Zahl der Unterstützung beziehenden Arbeitslosen 131 096 Mann. Am stärksten ist die Arbeitslosigkeit unter den Metallarbeitern, den Angestellten und den nichtqualifizierten Hilfsarbeitern. Sehr charakteristisch ist für das gegenwärtige Österreich die Rolle des Völkerbundes in der Frage der Arbeitslosigkeit. Der Hohe Kommissär des Völkerbundes weist in seinem fünfundzwanzigsten Bericht über die Lage Österreichs darauf hin, daß es

„neben den äußeren Faktoren innerhalb des Landes Faktoren gibt, die die Krise verschärfen... Dazu gehört die soziale Gesetzgebung, die die Produktionskosten höher gestaltet als in den mit Österreich konkurrierenden Ländern...“

Andererseits wandte sich die Wiener „Arbeiter und Angestellten-Kammer“ im Frühjahr 1925 an den Kanzler mit der Bitte, durch Vermittlung des Völkerbundes von der Regierung der Vereinigten Staaten die Einreiseerlaubnis für 50 000 österreichische Arbeiter zu erlangen.

Ungarn macht ebenfalls eine Stabilisierungskrise durch, die hervorgerufen wird durch den Übergang zur stabilen Valuta, und die in einem starken Anwachsen der Arbeitslosigkeit zum Ausdruck kommt. Von 6,6 Prozent Arbeitslosen in den Gewerkschaften im September 1923 ist ihre Zahl auf 17,3 Prozent im Dezember 1924 und 20,5 Prozent im März 1925 gestiegen.

Eine ganz andere Lage auf dem Arbeitsmarkt beobachten wir in Ländern mit niedriger und sinkender Währung. In Italien ist die Zahl der Arbeitslosen in der Zeit von März 1924 bis März 1925 um 76 200 gesunken (von 218 700 auf 142 500). Gleichzeitig ist die Lira innerhalb eines halben Jahres (August 1924 bis Februar 1925) im Vergleich zum Dollar um 8 Prozent gefallen, die Engrospreise dagegen sind um 15 Prozent gestiegen. In Frankreich gibt es fast keine Arbeitslosigkeit. Im Jahre 1924 und besonders im Jahre 1925 war die Industrie noch stärker überlastet als in den vorangegangenen Jahren. Wenn man die Lage der Industrie im Jahre 1913 mit 100 bezeichnet, so kommt sie im Jahre 1923 zum Ausdruck in der Zahl 96,9;

1924 111,6; Januar 1925 128,5; April 1925 109,3. Im September 1925 gab es im ganzen 618 Arbeitslose, die Unterstützungen bezogen, und 10 099 Arbeit-suchende. Der unaufhörliche Rückgang der Arbeitslosigkeit war begleitet vom Sinken der Valuta (eine der Ursachen der verschärften Krise in Deutsch-land) und vom Anwachsen der Ausfuhr.

Zeit	Ausfuhr	Arbeitslosigkeit (Zahl der Arbeit-suchenden)
Januar 1925	1 048 Mill. Fr.	12 413
April „	1 040 „ „	12 188
Juli „	1 136 „ „	10 548

Ein besonderes Bild stellt die Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten Nord-Amerikas dar. Hier gibt es eine ständige industrielle Reservearmee, die selbst in den Jahren der höchsten Konjunktur nie weniger als 1—2 Millionen betrug. Das wurde besonders gefördert durch die Masseneinwanderung nicht-qualifizierter Arbeitskräfte aus Europa vor dem Kriege und durch die un-gewöhnliche Entwicklung der Technik in den letzten Jahren. Auf Grund der Untersuchung des Privaten Statistischen Bureaus „Russel Gage Founda-tion“ betrug in den Jahren 1919—1924 die jährliche Durchschnittszahl der Arbeitslosen, unabhängig von der Konjunktur, 10—12 Prozent der Gesamt-zahl der Arbeiter. Aus diesem Grunde ist die Zahl der Arbeitslosen, trotzdem die Erhöhung des Betriebskapitals um 10 Milliarden Dollar eingetreten ist, fast unverändert geblieben.

In den Vereinigten Staaten kann die Zahl der Arbeitslosen nicht genau registriert werden, denn es gibt keine staatliche Arbeitslosenversicherung, und eine offizielle allgemein-staatliche Statistik wird nicht geführt. Als indirekte Anzeichen können die Angaben dienen, die von einer Reihe von Unter-nehmungen über die Zahl der dort beschäftigten Arbeiter gegeben werden. Wenn wir das Jahr 1923 als grundlegend betrachten (Index = 100), so stellt sich die Lage folgendermaßen dar:

August 1924	85,0
Mai 1925	90,9
August „	89,9
Oktober „	92,3

Die Depression, die Mitte 1924 ihren Höhepunkt erreichte und gegen eine Million Proletarier aufs Pflaster geworfen hatte, wird in der zweiten Hälfte 1924 abgelöst durch einen Aufstieg, der im letzten Quartal 1925 besonders stark ist. Eine besondere Belebung tritt in der Metall-, Automobil-, Textil- und holzbearbeitenden Industrie ein.

Ein ungeheuer wichtiges soziales Problem ist in Amerika, wie bereits oben vermerkt wurde, der Ersatz der lebendigen Arbeitskraft durch die Maschine. Zur Charakteristik wollen wir einige Beispiele anführen. Eine Kohlen-Gesellschaft hat in diesem Jahre neue Verlademaschinen eingeführt, mit deren Hilfe 2 Mann die Arbeit von 30 Mann verrichten werden. Die In-genieure erklären, daß diese Maschine „der beste Weg zur Lösung des Arbeiterproblems in der Kohlenindustrie“ sei. Die bekannte Gummireifen-fabrik Goodrich & Co. stellt jetzt mit 15 000 Arbeitern dieselbe Menge Gummireifen her, die sie im Jahre 1920 mit 25 000 Arbeitern herstellte. Eine

verbesserte Drehbank, wie sie vor kurzem von einer Maschinenbaufabrik eingeführt worden ist, reduziert, nach Angaben der „Iron Age“, die Arbeitszeit von 80 Minuten auf 30. In der Textilindustrie ist man von 4—6—10 Webstühlen zu 36 übergegangen. Die gegenwärtige Ausrüstung in der Stahlindustrie gestattet, innerhalb von 7 Monaten den Jahresbedarf zu decken, in der Glasindustrie sogar innerhalb von 17 Wochen.

Schließlich muß noch das bedeutende Anwachsen der Arbeitslosigkeit in den Dominions und im Orient festgestellt werden. In Australien hat es vor dem Kriege fast keine Arbeitslosigkeit gegeben. Nach dem Kriege beginnt die Arbeitslosigkeit zu steigen, geht im Jahre 1923 wieder zurück und steigt dann wieder sehr hoch an. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen betrug in den Jahren 1918—1925:

1918	17 536 = 3	Prozent
1921	40 549 = 5,7	„
1923 (April)	27 112 = 3,9	„
1924 (Juli)	83 806 = 12	„
1925 (Juli)	117 496 = 16,8	„

In Kanada war die Arbeitslosigkeit im Jahre 1924 bedeutend größer als im Jahre 1923 — 7,2 Prozent gegen 4,9 Prozent; im Jahre 1925 ging die Arbeitslosigkeit zurück — im Januar 10,2 Prozent, im April 8,7 Prozent, im Juli 5,2 Prozent; aber im Oktober betrug sie noch immer 5,1 Prozent der in den Trade Unions organisierten Arbeiter.

In Japan erinnerte die Lage auf dem Arbeitsmarkt nach dem Erdbeben an die Lage Europas unmittelbar nach dem Kriege. Die schwierige finanzielle Lage zwang die Regierung, sich nach London und New York um Anleihen zu wenden. Im Juli 1924 beginnen die Preise zu steigen, im November setzt die Stabilisierungskrise ein. Eine genaue Statistik der Arbeitslosen wird in Japan nicht geführt, die vorhandenen Angaben weichen stark voneinander ab. In dieser Zeit hat es auf Grund der Angaben der Vereinigten Handelskammern 3,4 Millionen Arbeitslose, auf Grund der Angaben des Fürsorgeamtes nur 932 000 Arbeitslose gegeben. Im August 1925 stieg die Zahl der Arbeitslosen in den 6 größten Städten um je 30 000—40 000.

Der Arbeitslohn

In keiner anderen Frage stößt die Statistik auf so große Schwierigkeiten wie in der Berechnung des Reallohns. Außer den Preisschwankungen und der Kaufkraft des Arbeitslohns müssen noch eine ganze Reihe anderer Faktoren in Betracht gezogen werden — der Arbeitstag, die Überstundenarbeit, Akkordlöhne usw. Diese Schwierigkeiten werden, wenn man die Höhe der Arbeitslöhne international vergleicht, noch vergrößert durch die verschiedene Währung, die verschiedenen Berechnungsmethoden usw. Aber trotzdem gestatten die Angaben, die vom Internationalen Arbeitsamt, von den einzelnen Arbeitsministerien und Arbeiterorganisationen gesammelt worden sind, die allgemeine Tendenz der Entwicklung des Arbeitslohns in den Jahren der Stabilisierung festzulegen. Obgleich, wie bereits oben gesagt, die Offensive der Unternehmer in dieser Zeit hauptsächlich nicht die Richtung gegen den Arbeitslohn eingeschlagen hatte, hat es auch in diesen Jahren ein direktes

Sinken der Lohnsätze gegeben, was das einfachste Mittel zur Herabsetzung der Produktionskosten darstellt.

Wenn man den Vergleichsindex des Reallohns, der vom Internationalen Arbeitsamt auf Grund der Materialien der Staatlichen Statistischen Bureaus und der Gemeinden aufgestellt worden ist, in einer Reihe großer Weltstädte betrachtet, so erhält man für das Stabilisierungsjahr vom Juli 1924 bis Juli 1925 folgendes Bild:

Index des Arbeitslohns in den größten Städten

Stadt	1. Juli 1924	1. Juli 1925
London	100	99
Philadelphia	214	180
Amsterdam	89	83
Berlin	55	63
Brüssel	59	54
Paris	73	65 (April)
Prag	56	48
Stockholm	81	74
Wien	47	42

Diese Tabelle leidet zweifellos an einem starken „Optimismus“, was selbst vom Zentralorgan der deutschen Gewerkschaften, der „Gewerkschaftszeitung“, festgestellt wird. Aber auch sie zeigt anschaulich das Sinken des Lebensniveaus der Arbeitermassen in den europäischen Großstädten (mit Ausnahme von Berlin).

Andererseits ermöglicht diese Tabelle einen Vergleich zwischen den Arbeitslöhnen in den verschiedenen Ländern. Der Verdienst des amerikanischen Arbeiters ist zweimal größer als der des englischen, der Verdienst des englischen fast doppelt so groß als der des deutschen Arbeiters. Der niedrigste Arbeitslohn wird in Österreich gezahlt.

Die Lage, die die Tabelle anzeigt, wird bestätigt durch eine Reihe von Angaben der einzelnen Produktionszweige. Folgende Tabelle zeigt den Nominallohn in einheitlicher Valuta der in der Elektroindustrie beschäftigten Arbeiter, der Lithographen, Bauarbeiter, Metallarbeiter, Textilarbeiter, Seeleute und Lederarbeiter (bei den letzteren ist der vergleichende Index angegeben).

Wochenlohn in der Elektroindustrie Anfang 1925 (in Schilling) ¹	Wochenlohn der Lithographen Mitte 1925 (in Rubeln) ²	Vergleichsindex des Lohnes der Seeleute Mitte 1925 (Australien = 100)	Wochenlohn der Steinhauer Mitte 1925 (in Rentenmark) ³
Ver. Staaten ca. 120	England 38,6	Australien . . . 100	Ver. Staaten . . 227,2
England 60	Schweden 27,9	Ver. Staaten . . 76,1	England 82,1
Schweden 63	Holland 28,6	England 56,2	Schweden 86,4
Frankreich 40	Deutschland . . 22,03	Schweden 47,3	Deutschland . . 56,1
Deutschland 30	Österreich . . . 15,4	Frankreich . . . 32,5	Frankreich . . . 40,3
	Belgien 16,1	Deutschland . . 26,8	Österreich 40,3
		Japan 23,1	
		Indien 8,7	

¹ Angaben des Vorsitzenden des Britischen Verbandes „Electrical and allied Manufacturers“.

² Angaben des Internationalen Lithographenverbandes.

³ Die Wirtschaftskurve der „Frankfurter Zeitung“, III, 1925.

Wochenlohn der qualifizierten Metallarbeiter Mitte 1925 (in Rentenmark) ¹	Wochenlohn der Spinner in Baumwollfabriken Mitte 1925 (in Rentenmark) ¹	Vergl. Kaufkraft des Arbeitslohns der Lederarbeiter (England = 100) ²
Ver. Staaten 203,8	Schweden 41,6	England 100,0
England 47,4	England 59,1	Schweden 100,6
Frankreich 37,3	Frankreich 25,5	Frankreich 60,6
Deutschland 34,5	Deutschland 22,5	Deutschland 46,7
Österreich 34,0	Österreich 16,7	Österreich 45,5

¹ Die Wirtschaftskurve der „Frankfurter Zeitung“, III, 1925.

² Aus dem Bericht auf dem Kongreß des Internationalen Lederarbeiter-Verbandes im September 1925.

Der höchste Lohn in Europa wird in Schweden gezahlt (mit Ausnahme der englischen Textilarbeiter). An letzter Stelle stehen die Textilarbeiter und Lithographen Deutschlands und Österreichs. Wenn man in Betracht zieht, daß das Minimum der notwendigen Existenzmittel in Deutschland sehr hoch ist — viel höher als in Frankreich —, so sieht man, wie schwer die materielle Lage der deutschen Arbeiter ist, obgleich in Deutschland im letzten Jahr der reale Arbeitslohn, wenn auch langsam, so doch ständig ansteigt.

Gleichzeitig waren die Jahre 1924/25 gekennzeichnet durch ein starkes Auseinandergehen der „Schiere“, d. h. durch einen großen Unterschied in der Bezahlung der qualifizierten und der nichtqualifizierten Arbeit. Bekanntlich näherte sich fast in ganz Europa — und besonders in den Ländern mit sinkender Valuta — nach dem Kriege der Arbeitslohn der nichtqualifizierten Arbeiter allmählich dem Arbeitslohn der qualifizierten Arbeiter. Die Stabilisierung hat diesen Prozeß entweder aufgehalten oder ihm die entgegengesetzte Richtung gegeben. Besonders plastisch tritt das am Beispiel Deutschlands hervor. Auf Grund der Angaben des Sozialökonomischen Bureaus der Profintern betrug das prozentuale Verhältnis des Wochenlohns eines nichtqualifizierten Arbeiters zum Wochenlohn eines qualifizierten Arbeiters:

1913/14	68,5 Prozent
November 1923	84 „
Juni 1924	79 „
September 1924	73,3 „

„Die Frankfurter Wirtschaftskurve“ bringt folgende absolute Zahlen für den Arbeitslohn der gelernten und ungelernten Arbeiter in der ersten Hälfte des Jahres 1925 (in Mark):

1925	Bergarbeiter		Metallarbeiter		Bauarbeiter	
	qualif.	nichtqualif.	qualif.	nichtqualif.	qualif.	nichtqualif.
Januar	43,4	31,6	37,9	26,1	41,2	34,7
Juni	45,8	32,5	41,5	28,3	51,8	41,2

Hieraus geht klar hervor, daß die Erhöhung des Arbeitslohns, die für die gesamte deutsche Industrie im Jahre 1925 charakteristisch ist, nicht der nichtqualifizierten Arbeit zugute gekommen ist.

Ein analoges Bild haben wir in England. In der Bergwerkindustrie betrug der Index des Reallohns der qualifizierten und der nichtqualifizierten Bergarbeiter in den Jahren 1924/25 (1913/14 = 100):

Jahr	qualifizierte Bergarbeiter	unqualifizierte Bergarbeiter
Januar 1924	75	80
Juni 1925	85	85

Das bedeutet, daß der Index des Arbeitslohns des qualifizierten Arbeiters den Index des Arbeitslohns des nichtqualifizierten Arbeiters eingeholt hat.

In diesem Falle haben wir fast die gleiche „Schere“ wie in der Vorkriegszeit.

Der Arbeitslohn der Bauarbeiter in den Vereinigten Staaten zeigt ein absolutes Ansteigen für qualifizierte Arbeiter und ein Sinken für nichtqualifizierte (in Cents — Stundenlohn):

Beruf	Mai 1923	Mai 1925
qual. Stuckaturarbeiter	130,6	142,8
Hilfsarbeiter im Baugewerbe	72,8	70,7

Dieses Problem der Wechselbeziehung zwischen qualifizierter und nichtqualifizierter Arbeit ist von ungeheurer großer Bedeutung für das weitere Schicksal der Arbeiterbewegung. Die Mechanisierung der Arbeit, die Fordisierung macht den Kreis der qualifizierten Arbeitskraft immer enger und enger und ersetzt sie durch die sogenannte halbgelernte Arbeitskraft. Auf Grund der Berechnungen Fords können in seinen Betrieben 43 Prozent der Arbeiter nach einer Lehrzeit von einem Tage arbeiten, 36 Prozent nach ein bis acht Tagen, 6 Prozent nach 2 Wochen, der Rest nach längerer Lehrzeit. So sieht es in einer Produktion aus, die in Europa mindestens 50 Prozent qualifizierte Arbeiter beansprucht. Langjährige Gewohnheit und universelle berufliche Ausbildung treten in den Hintergrund und werden ersetzt durch rasche und geschickte Dispositionen von seiten des Meisters, der eine lange Kette, ein sich unaufhörlich bewegendes Band, befiehlt. So entsteht innerhalb der Arbeiterklasse eine kleine Gruppe hochbezahlter Arbeiterkategorien, und je geringer der Umfang dieser Gruppe ist, um so schwieriger wird es natürlich, sie in den proletarischen Klassenkampf hineinzuziehen.

Wenn wir schließlich die Entwicklung des Arbeitslohns in jedem einzelnen Lande im Verlaufe des letzten Jahres verfolgen, so überzeugen wir uns von einem allgemeinen Sinken des Lebensniveaus der Arbeiter. Das Arbeitsministerium in England veröffentlichte im Juli 1925 einen Bericht über die Lage der Arbeiterklasse im Verlaufe von 32 Jahren. Dieser Bericht bestätigt offiziell, daß der Reallohn des englischen Arbeiters im Jahre 1924 um 20 Prozent niedriger war als im Jahre 1900. Im Jahre 1921 betrug er 93,5 Prozent, 1923 77,6 Prozent, 1924 80,2 Prozent. Im Jahre 1924 ist dank der etwas gebesserten Konjunktur nicht nur die Arbeitslosigkeit zurückgegangen, sondern auch der materielle Wohlstand der Arbeiter im allgemeinen gestiegen. Aber im Jahre 1925 begann der Arbeitslohn von neuem zu sinken. Während innerhalb 11 Monaten (Januar bis November) des Jahres 1925 der Arbeitslohn von 850 000 Arbeitern um die Summe von 79 000 Pfund Sterling stieg, betragen die entsprechenden Zahlen im Jahre 1924 2 999 000 Arbeiter und 611 300 Pfund Sterling. Vom Sinken des Arbeitslohns waren in der gleichen Periode des Jahres 1925 853 000 Arbeiter betroffen, und zwar um die Gesamtsumme von 157 000 Pfund Sterling, während im Jahre 1924 die entsprechenden Zahlen 487 000 Arbeiter und 61 800 Pfund Sterling betragen. Fast die Hälfte der Summe des Jahres 1925 kommt auf

die Bergwerkindustrie — 67 100 Pfund Sterling für 397 000 Bergarbeiter; dann kommt die Stahlgußindustrie — 35 800 Pfund Sterling und 171 000 Arbeiter; das Transportwesen — 40 400 Pfund Sterling und 151 000 Arbeiter.

Aber den Unternehmern genügt das nicht. In der Dezembernummer der Zeitschrift „Statist“, die dem Finanzministerium nahesteht, ist ein Artikel veröffentlicht, in dem nachgewiesen wird, daß es in England kein Elend gibt, da die Arbeitslosen hohe Unterstützungen vom Staat beziehen, und daß das ganze Übel eigentlich von den hohen Lohnsätzen herkommt. Dabei wird ein von dem französischen bürgerlichen Professor Ruffe kunstvoll und geschickt zusammengestelltes Schema angeführt, aus dem das Parallel-Laufen des hohen Reallohns und der Arbeitslosigkeit nachgewiesen werden soll. Im Verlaufe des ganzen Jahres 1925 überstieg die Herabsetzung der Löhne ihre Erhöhung um die Summe von 79 200 Pfund Sterling pro Woche.

Allbekannt ist auch der grandiose soziale Konflikt, der sich Mitte 1925 in der Bergwerkindustrie auf dem Boden der Unternehmeroffensive gegen den Arbeitslohn abgespielt hat, ein Konflikt, der mit einem „faulen Kompromiß“ auf Kosten der Steuerzahler endete, mit einer „Bestechung der Industrie“ mittels einer Regierungssubvention.

Ein schwerer Kampf um die Aufrechterhaltung der Höhe des Reallohns steht zweifellos noch bevor, wenn im Mai die Subvention der Regierung aufgehört und ein neuer Druck von seiten der Unternehmer eben in dieser Richtung des geringsten Widerstandes unvermeidlich wird. Auch aus dem Regierungsprogramm, das Baldwin im Juli vorigen Jahres der Delegation der Bergarbeiter auseinandergesetzt hat, geht hervor, daß eine Reduzierung des Arbeitslohns auf der ganzen Linie der Industrie unvermeidlich ist.

In Deutschland steigt der Arbeitslohn nach der Stabilisierung der Mark im Jahre 1924 zunächst ungleichmäßig, dann stetig an. Mitte 1925 war der Arbeitslohn ungefähr in der Höhe von 70 bis 75 Prozent des Arbeitslohns der Vorkriegszeit stabilisiert. Im Herbst beginnt wieder ein leichtes Ansteigen. Auf Grund der Angaben des Reichsstatistischen Amtes ist in der Zeit von Januar 1924 bis August 1925 der Stundenlohn des qualifizierten Arbeiters durchschnittlich um 58 Prozent, des nichtqualifizierten Arbeiters um 45 Prozent gestiegen. Aus diesem Grunde erklärten die Unternehmer den „übermäßigen“ Ansprüchen der Arbeiter den Krieg. In dem Memorandum des Deutschen Unternehmerverbandes an den Reichskanzler heißt es, daß das Tempo des Ansteigens der Arbeitslöhne dem Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung nicht entspreche. Dabei nehmen die Unternehmer die Zeit des niedrigsten Arbeitslohns, Anfang 1924, wo der Reallohn nur $\frac{1}{3}$ bis $\frac{2}{5}$ des Lohnes der Vorkriegszeit betrug, zum Ausgangspunkt; die Unternehmer beschwerten sich, daß, während die allgemeine Produktivität der Industrie nur 70 Prozent von der der Vorkriegszeit betrage, die Last der sozialen Ausgaben um 60 bis 100 Prozent gestiegen sei, der Nominallohn aber sei um 50 Prozent gestiegen, der Reallohn entspreche dem der Vorkriegszeit. Wenn man jedoch z. B. die Lage der Bergarbeiter betrachtet, so ist, wie die Unternehmer selber zugeben („Deutsche Bergwerkszeitung“, 18. 11. 25), die Produktivität der Arbeit eines Arbeiters im Ruhrbecken höher als in der Vorkriegszeit; im Jahre 1913 betrug sie pro Arbeitstag 936 kg, im März 1925 902 kg, im August 971 kg, im November 1000 kg. Das wird erreicht durch eine stärkere Anfeuerung der Arbeiter mit Hilfe einer breiten Anwendung von Prämien

und von Überstundenarbeit — bei gleichzeitiger Schließung einer Reihe von Zechen. Trotzdem ist der Arbeitslohn von 6,4 Mark im Jahre 1913 auf 4,7 Mark im Oktober 1925 gesunken, d. h. er beträgt 73,5 Prozent des Vorkriegslohns. Wenn man z. B. das Minimum der Unterhaltskosten nimmt, das Ende November 1925 von dem sozialdemokratischen Statistiker Kuczynski berechnet worden ist, der in bezug auf die Arbeiter nicht gerade sehr freigebig ist (das Budget ist in Kalorien umgerechnet: 3000 Kalorien für erwachsene Männer, 2400 für Frauen und 1600 für Kinder), so mußte im Dezember 1925 das Minimum der Unterhaltskosten einer Woche für eine aus vier Personen bestehende Familie 33,25 Mark betragen; das bedeutet, daß der Bergarbeiter gezwungen ist, buchstäblich zu hungern (die Lebensmittelpreise in Berlin und in den Kohlenbezirken sind fast die gleichen: Ende November kostete in Berlin und in Dortmund 1 Weizenbrot 0,48 und 0,50 Mark, Fleisch 2,20 und 2,30 Mark, Butter 4,70 und 5 Mark, 1 Liter Milch 0,33 und 0,32 Mark usw.).

Die Denkschrift der Unternehmer hat einen äußerst interessanten und charakteristischen Austausch von Denkschriften zwischen den Arbeitgebern und der reformistischen Leitung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hervorgerufen. Die Leitung des Gewerkschaftsbundes warf den Unternehmern „Egoismus“ vor und beschuldigte sie, die ganzen Lasten des Wiederaufbaus auf die Schultern der Arbeiterklasse abwälzen zu wollen. Die Unternehmer parierten diesen Schlag, indem sie in den Mittelpunkt des Streites die Frage der für den deutschen Kapitalismus „unerträglichen“ Last der Beiträge für die soziale Versicherung stellten; dabei nannten sie die ganz phantastische Summe von 2,7 Milliarden Mark im Jahre 1925, die zweimal größer ist als die offiziell vom Arbeitsministerium genannte Summe. In ihrem letzten Bericht vom 15. August erklärte die Leitung des Gewerkschaftsbundes, daß sie die Schwierigkeiten der deutschen Wirtschaft anerkenne und „bereit sei, die Lage zu besprechen“.

Frankreich ist das einzige Land Europas, das sich lange Zeit nach dem Kriege sowohl in bezug auf die Arbeitslosigkeit als auch den Arbeitslohn in günstiger Lage befand. Seit 1924 fällt der Frank sehr stark, und das Ansteigen des Nominallohns bleibt immer mehr hinter dem Anwachsen der Preise zurück. Während z. B. der Index der Einzelpreise (für 13 Produkte des notwendigsten Bedarfs) im ersten Quartal des Jahres 1925 442 betrug, betrug der Index des Arbeitslohns eines Bergarbeiters im ganzen 428. Eine Vergleichstabelle der Arbeitslöhne der Metallarbeiter in den Jahren 1923 bis 1925 zeigt nach Angaben des Unternehmerverbandes folgende Ziffern:

	1923	1925
	(1 Halbjahr)	
Schlosser	3,15 Fr.	3,66 Fr.
Drechsler	3,23 „	3,83 „
ungelernte Arbeiter	2,01 „	2,49 „
Index der Einzelpreise (1914 = 100)	331 „	438,5 „

So ist die Teuerung in dieser Zeit um 25 Prozent gestiegen, der Arbeitslohn der Schlosser ungefähr um 17 Prozent, der Drechsler um 20 Prozent, der ungelerten Arbeiter um 25 Prozent.

Diese Zahlen bestätigen auch die allgemeine Tendenz der Annäherung zwischen dem Arbeitslohn der qualifizierten und der nichtqualifizierten Arbeiter in den Ländern mit sinkender Valuta.

Eine andere Erscheinung der Inflation ist, wie seinerzeit in Deutschland, das starke Sinken des Lebensniveaus der Personen, die freie Berufe ausüben, sowie der Angestellten und die Radikalisierung dieser Elemente. Der Bankbeamtenstreik im Oktober und November vorigen Jahres, der 47 Tage gedauert hat, ist hierfür ein krasses Beispiel. Wie damals, so wird auch jetzt die sich aufwärtsbewegende Lohnskala bei gleichzeitiger Stabilisierung der Valuta zur Kampflosung der Arbeiterklasse.

Schließlich das Land des anwachsenden Kapitalismus und der millionenköpfigen Arbeiteraristokratie — die Vereinigten Staaten. Hier haben wir im großen und ganzen eine Reallohnhöhe, die die der Vorkriegszeit übersteigt. Auf Grund der Angaben der Unternehmerorganisation „National Industrial Conference Board“, die 22 Industriezweige umfaßt, betrug der Index der Arbeitslöhne im April 1925 (1914 = 100): für qualifizierte Arbeiter 228, für nichtqualifizierte 234. Der Index der Lebenskosten betrug zu der Zeit 173. Diese Angaben der Unternehmer werden sicherlich nicht ganz der Wirklichkeit entsprechen, doch geben sie zweifellos ein allgemeines Bild von der Lage. Um so mehr, als diese Zahlen denen der Gewerkschaften fast entsprechen, die in der offiziellen „Labor Review“ veröffentlicht sind: durchschnittliches Ansteigen der Löhne im Mai 1925 in allen Industriezweigen um das 2,25fache im Vergleich zu 1924 — bei dem gleichen Index der Lebenskosten von 173. Es handelt sich hier um die Löhne der organisierten Arbeiter. Der Arbeitslohn der unorganisierten ist bedeutend niedriger. Im allgemeinen ist das Merkmal Amerikas eine außergewöhnliche Ungleichheit in der Bezahlung der Arbeit nicht nur der qualifizierten und nichtqualifizierten Arbeiter, der organisierten und nichtorganisierten, der weißen und schwarzen, sondern es bestehen auch große Unterschiede zwischen den verschiedenen Produktionszweigen und den territorialen Gebieten. Es gibt eine Kategorie von Arbeitern — z. B. die Setzer, Eisenbahner, Bauarbeiter, die in der Automobilindustrie beschäftigten Arbeiter —, wo fast die ganze Masse zur Kategorie der Arbeiteraristokratie gerechnet werden kann. Der Eisenbahnschaffner, der 6,75 Dollar täglich verdient, der New Yorker Setzer, der durchschnittlich über 40 Dollar pro Woche verdient, der Bergarbeiter, der in den Bergwerken des Staates Idaho 5,5 Dollar Tageslohn erhält, sie alle können mit Leichtigkeit das hohe Budget decken, das vom Arbeitsministerium ausgearbeitet worden ist — gegen 1500 Dollar pro Jahr für Nahrung, Kleidung und Wohnung (vier Zimmer mit Badeeinrichtung) für eine fünfköpfige Familie. Gleichzeitig betrug der Wochenlohn der New Yorker Lederarbeiter im Mai 1925 23,7 Dollar, der Textilarbeiter 21,7 Dollar, d. h. nur die Hälfte der obengenannten Summe. Auf Grund der Angaben der „Survey of Corrent Business“ beträgt der durchschnittliche Arbeitslohn der nichtqualifizierten Arbeiter im ganzen Lande 0,38 Dollar pro Stunde, d. h. 20,5 Dollar pro 54stündige Arbeitswoche. Aber auch in diesem gelobten Lande des Kapitalismus ist das Jahr der Stabilisierung gekennzeichnet durch die Offensive der Unternehmer gegen das Lebensniveau der Arbeiterklasse. Insbesondere in der Textilindustrie ist ein starkes Sinken der Arbeitslöhne festzustellen. In New-England, einem der Hauptzentren der Textilindustrie, ist der Lohn um 10 Prozent gesunken, und von dieser Maßnahme sind 60 000 Arbeiter betroffen worden. Im Staate Massachusetts sind in der gesamten Lederindustrie die Löhne um 10 Prozent zurückgegangen. Eine

weitere Reduzierung der Löhne ist bei den Gasarbeitern (gegen 150 000 Mann) und bei den Arbeitern der staatlichen Unternehmungen verkündet worden. In der Kohlenindustrie schließlich verlangen die Unternehmer eine Herabsetzung der Löhne um 15—20 Prozent, ihre Losung ist „Zurück zum Arbeitslohn von 1917“.

Achtstundentag

Auf dem Wiener Kongreß der Amsterdamer Internationale im Juni 1924 stellte der Berichterstatter über die Frage des achtstündigen Arbeitstages, der Vorsitzende der belgischen Gewerkschaftskommission, Mertens, mit Genugtuung fest, daß „trotz aller Versuche von seiten der Unternehmer der achtstündige Arbeitstag in der übergroßen Mehrheit der europäischen Länder unangetastet geblieben ist“. Albert Thomas, der nach ihm sprach, erklärte, daß das Internationale Arbeitsamt „sich im Verteidigungskampf der Arbeiterklasse gegen die Anschläge auf den achtstündigen Arbeitstag als Schützengraben erwiesen habe“.

Ein Jahr später berichtete ein zweiter Referent, der Engländer Tom Shaw, Vorsitzender der Kommission für den achtstündigen Arbeitstag auf der Washingtoner Konferenz im Jahre 1919 und Mitglied des Internationalen Arbeitsamtes, auf dem Marseiller Kongreß der II. Internationale: „Wir hätten nie geglaubt, daß die Regierungen ihre Verpflichtungen nicht einhalten würden . . .“ In der zu seinem Bericht angenommenen Resolution erinnert der Kongreß daran, daß „jeder Staat, der den Versailler Vertrag unterzeichnet hat, moralisch verpflichtet sei, auf gesetzgeberischem Wege den achtstündigen Arbeitstag einzuführen . . .“

Diese zwei Episoden werfen ein grelles Licht auf die Physiognomie der II. und der Amsterdamer Internationale, auf ihre absolute Unfähigkeit, die Lebensinteressen der Arbeiterklasse tatsächlich zu verteidigen. Im „Schützengraben“ des Albert Thomas gibt es Vertreter von 55 Staaten. Trotzdem ist in den letzten zwei Jahren die Washingtoner Konvention nur von einem Staate ratifiziert worden . . . von der Regierung Chiles. Vorher hatten fünf Staaten den Vertrag ratifiziert: Bulgarien, Griechenland, Indien, Rumänien, die Tschechoslowakei. Aber kein einziges Parlament hat die Ratifizierung sanktioniert, und nur in Indien wurde ein entsprechendes Gesetz erlassen — wahrscheinlich, weil die Washingtoner Konferenz, die mit dem niedrigen kulturellen Niveau der Asiaten rechnete, in Indien die 60stündige Arbeitswoche genehmigt hatte. „Empfohlen“ werden Ratifizierung und Gesetzentwurf den Parlamenten in Belgien, Spanien, Schweden, Italien und Lettland. In Frankreich hat das Parlament den Gesetzentwurf über den achtstündigen Arbeitstag angenommen, aber seine Verwirklichung verschoben . . . bis Deutschland den achtstündigen Arbeitstag einführt. Das ist alles, was in bezug auf die hohe Moral und die Prinzipien zu sagen ist. Wie aber sieht es in Wirklichkeit aus? Wie bereits oben erwähnt worden ist, richtete sich die Hauptoffensive der Unternehmer im letzten Jahre gegen den Arbeitstag. Wenn wir die Bergwerkindustrie betrachten, so sehen wir, daß fast überall der Arbeitstag verlängert worden ist. Im zweiten Quartal des Jahres 1925 kamen in Deutschland pro Bergarbeiter 2,6—5 über der Norm geleistete Arbeitstage. In der Braunkohlenindustrie beträgt nach den statistischen An-

gaben des Reichsverbandes der Kohlenindustrie der Arbeitstag übertag 10 Stunden, untag 8—8½ Stunden ohne Unterbrechung. In England beträgt auf Grund des Gesetzes vom 15. August 1919 der Arbeitstag übertag 7 Stunden. „Sunday Times“ vom 25. Januar 1925 verlangt die Einführung des achtstündigen Arbeitstages. In Holland ist die Arbeitswoche um zwei Stunden verlängert worden (von 46 auf 48 Stunden). In Polen — in Oberschlesien — desgleichen. In Österreich hat die Alpinische Hütten-Gesellschaft Überstunden und Nacharbeit eingeführt. Auf Grund einer Enquete, die Ende 1924 vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund unternommen worden ist, und von der 2 362 820 Arbeiter erfaßt wurden, beträgt die Zahl der Arbeiter, die 48 Stunden und weniger arbeiten, 45,3 Prozent. Alle übrigen arbeiten mehr als 48 Stunden, 10,7 Prozent sogar mehr als 54 Stunden. In Polen ist im August 1925 in der metallurgischen Industrie Oberschlesiens der Arbeitstag auf 10 Stunden täglich verlängert worden. In den Vereinigten Staaten Nordamerikas arbeitet fast die Hälfte des Proletariats mehr als 8 Stunden pro Tag. Nach den Angaben der Industrial Commission arbeiten in New York 60,2 Prozent männlicher Arbeiter und 61,9 Prozent der weiblichen 48 Stunden oder weniger pro Woche. In den Staaten Georgia und Alabama arbeiten ⅔ der Arbeiterinnen mehr als 54 Stunden pro Woche. Gleichzeitig aber wächst auch die Zahl der Unternehmungen, die die 48stündige Arbeitswoche einführen. Im Jahre 1925 hat die bekannte Naphthafirma Standard-Oil-Company in allen ihren Unternehmungen den achtstündigen Arbeitstag eingeführt. Das ist das Resultat der rasch fortschreitenden Technik, für die der zehnstündige Arbeitstag eine Bremse ist. So führen die Länder mit hochentwickelter Technik nach und nach das System der drei Schichten (achtstündiger Arbeitstag) ein, die Länder mit wenig entwickelter Technik das Zweischichtensystem (zwölf Stunden).

Der ökonomische Kampf

Die Streikbewegung im Jahre 1925 trägt einen sehr angespannten und einen fast ausschließlich defensiven Charakter, hauptsächlich — gegen die Herabsetzung des Arbeitslohns. In den Fällen, wo der Streik um die Erhöhung des Arbeitslohns geführt wird, wird er verursacht durch das Anwachsen der Teuerung oder das Sinken der Valuta. Das Resultat der Streikbewegung war im allgemeinen wenig günstig für die Arbeiterklasse. Das besondere Merkmal dieser Periode war die lange Dauer und der hartnäckige Charakter der Kämpfe — ferner eine große Zahl von Kompromissen, besonders in England und Deutschland. Dieser letzte Umstand erklärt sich aus den komplizierten sozialen Verhältnissen des Kampfes — die Unternehmer und die bürgerlichen Regierungen waren oft gezwungen, aus Angst vor dem Gespenst der Revolution und des Kampfes der Arbeiterklasse um die Macht, einen Rückzug anzutreten. Das klassische Beispiel eines solchen Konfliktes war der Kampf in der Kohlenindustrie Englands. Die Unternehmer hatten im Juni den alten Vertrag für gelöst erklärt und verlangten die Herabsetzung der Löhne. Die Bergarbeiter leisteten energischen Widerstand. Die Gewerkschaften stellten sich entschlossen auf die Seite der Arbeiter. Der Generalrat der Trade Unions und das Exekutivkomitee der Transportarbeiter und

Eisenbahner verfügten, daß die Kohlegewinnung und der Transport der vorhandenen Reserven absolut einzustellen seien. Die Regierung Baldwin erschrak und entschloß sich zu einem teuer erkauften Experiment — zu einer Regierungssubvention an die Kohlenindustrie für die Dauer von neun Monaten. So hat die konservative Regierung unter dem Druck der sozialen Notwendigkeit den „Sozialismus in seiner schlimmsten Form“, wie dieses Experiment von Lloyd George definiert worden ist, eingeführt, dem Privateigentümer die Profite überlassen und die Verluste nationalisiert. Nach bescheidenster Berechnung werden diese Subsidien der Regierung 20 Millionen Pfund Sterling kosten, was die Hälfte der Kosten für den Unterhalt der Armee in diesem Jahre beträgt.

Das englische Arbeitsministerium veröffentlichte im Juni eine Statistik der Streikbewegung in den letzten 20 Jahren. Aus dieser Statistik geht hervor, daß vor 1921 (das Jahr der ersten Offensive des Kapitals) die Streiks auf dem Boden der Forderung der Erhöhung des Arbeitslohns entstanden sind; in den Jahren 1921—23 war die Bewegung gegen die Herabsetzung der Löhne gerichtet; im Jahre 1924 — wiederum für die Erhöhung und schließlich im Jahre 1925 wieder gegen die Herabsetzung. Am stärksten war die Streikbewegung im Jahre 1921, wo insgesamt $1\frac{1}{2}$ Millionen Arbeiter an Streiks beteiligt waren und der Verlust an Arbeitstagen 86 Millionen betrug. In den 12 Monaten des Jahres 1925 haben 398 000 Arbeiter an der Streikbewegung teilgenommen, die Zahl der verlorenen Arbeitstage war insgesamt 7 910 000; die entsprechenden Zahlen in der gleichen Periode des Jahres 1924 waren 558 000 und 8 420 000.

In Deutschland hat es große Konflikte im Zusammenhang mit einer Reihe von am 31. August abgelaufenen Kollektivverträgen gegeben. Besonders spitzten sich diese Konflikte in der Bau- und in der Bergwerkindustrie zu. In der Bauindustrie begannen die Streiks schon im Juli auf dem Boden der Forderung höherer Löhne; sie erfaßten gegen 150 000 Arbeiter — in Berlin, Baden, Sachsen, Anhalt, Rheinland-Westfalen. Die Unternehmer nahmen ihre Zuflucht zur Aussperrung, die Ende August mit einem Vertrag zu ungunsten der Arbeiter zu Ende ging. Im Ruhrgebiet lehnten die Gewerkschaften die vom Schiedsgericht vorgeschlagene Verlängerung des alten Kollektivvertrages bis zum 31. Oktober ab. Das Abkommen kam nicht zustande, und im September arbeiteten die Arbeiter ohne Kollektivvertrag.

Außerordentlich scharf war der Kampf in Skandinavien. Als im März 1925 die Kollektivverträge erneuert wurden, fanden fast gleichzeitig in Schweden und Dänemark seit langem vorbereitete Aussperrungen statt. Die Unternehmer verlangten die Herabsetzung der Löhne. Die organisierten Arbeiter verlangten ihrerseits eine Erhöhung der Löhne in Anbetracht der wachsenden Teuerung. Die schwedische Aussperrung, von der 130 000 Arbeiter betroffen wurden, endete trotz der Kampf Stimmung der Arbeitermassen, dank der Hinterkulissenarbeit der Reformisten, schon nach elf Tagen mit einem Kompromiß auf der Grundlage der Aufrechterhaltung der alten Lohnsätze. Die Aussperrung in Dänemark, von der 60 000 Arbeiter betroffen wurden, und die den Sympathiestreik der Transportarbeiter hervorgerufen hat, dauerte mehrere Monate und endete mit einem Erfolg für die Arbeiter — mit einer geringen Erhöhung des Arbeitslohns (etwa 3 Prozent).

Sehr erbittert war der Streik der Bankbeamten in Frankreich, der im

August in Marseille und Angers begann. Die Bankbeamten verlangten in Anbetracht der Teuerung eine Zulage von 100 Franken. Der Streik erfaßte 20 000 Angestellte und breitete sich über ganz Frankreich aus. Nach fast 50tägigem Streik endete dieser für die Bankbeamten mit einer vollständigen Niederlage.

In den Vereinigten Staaten führen die gut organisierten Arbeiter der Anthrazit-Gruben (gegen 150 000) seit dem 31. August einen heroischen Streik durch; sie verlangen eine Erhöhung der Löhne um 10 Prozent. Schließlich muß noch besonders hingewiesen werden auf die Massenstreikbewegung in China und Indien, die zum ersten Male einen so großen Umfang angenommen hat. Der große Streik der Textilarbeiter in Schanghai endete mit einem Teilsieg der Arbeiter. Der Streik der 150 000 Textilarbeiter in Bombay, der gegen die Forderung der Unternehmer, den Arbeitslohn um 20 Prozent herabzusetzen, gerichtet war, endete mit einem Sieg der Arbeiter. Das ist der erste große Streik und der erste große Sieg der Arbeiterklasse in Indien gewesen.

Die Auswanderung

Die elende Lage des europäischen Proletariats ist auch in der Änderung der sozialen Struktur der Arbeiter-Emigration zum Ausdruck gekommen. Wenn vor dem Kriege das Hauptreservoir des Emigrantenzustroms in die Vereinigten Staaten in der Hauptsache die nichtqualifizierte Arbeitermasse Ost- und Südeuropas war, so ist jetzt die Lage eine ganz andere: einerseits gibt es jetzt in Europa Länder mit hochentwickelter Industrie, die qualifizierte Arbeiter ausführen — England und Deutschland —, andererseits hat der Zustrom der billigen Arbeitskraft aus Mexiko und Latein-Amerika und die große Abwanderung der Neger aus den südlichen Agrarstaaten nach dem Norden (in den Jahren 1916—1924 sind über eine Million Neger nach dem Norden ausgewandert) der Regierung gestattet, auf den Import der „unruhigen“ Elemente aus Ost- und Südeuropa zu verzichten. Im Jahre 1925 betrug die Zahl der Emigranten in Nordamerika 294 300 gegen 706 800 im Jahre 1924 und 522 900 im Jahre 1923. Die Welle der Emigranten aus den europäisch-bäuerlichen Ländern — Polen, Ungarn, Jugoslawien, Italien, Spanien — ergoß sich nach Frankreich, wo es gegen 3 Millionen ausländischer Arbeiter gibt. Auf Grund der Angaben des Internationalen Arbeitsamtes verteilt sich die Zahl der Emigranten nach Berufen in den Jahren 1922 und 1923 in den sieben transozeanischen Ländern, die eine gewerkschaftliche Statistik führen (Vereinigte Staaten, Argentinien, Kanada, Kuba, Neuseeland, Paraguay und Südafrika) folgendermaßen:

	1922	1923
Freie Berufe	2,7 Prozent	2,5 Prozent
qualifizierte Arbeiter	13,2 „	18,5 „
andere Berufe	43,9 „	43,6 „
ohne Beruf	40,2 „	35,0 „

In diesen Zahlen kommt das Anwachsen der Zahl der aus Europa emigrierenden qualifizierten Arbeiter klar zum Ausdruck. Die Emigration aus

Deutschland ist im Jahre 1925 (das nicht das Jahr der höchsten Nachkriegsemigration gewesen ist) dreimal so groß wie im Jahre 1913. Im ersten Halbjahre 1925 betrug die Zahl der aus England über den Ozean emigrierten Arbeiter 27 626 Mann gegen 17 412 im Jahre 1924. Dabei muß noch hinzugefügt werden, daß die Vereinigten Staaten die Zahl der aus fremden Ländern Einwandernden beschränkt hat, und zwar 1924/25 auf 62 500 aus Großbritannien und Irland und auf 51 200 aus Deutschland. Außerdem emigrierten über 85 Prozent der italienischen Auswanderer nach Frankreich, wo die Nachfrage nach nichtqualifizierter Arbeitskraft der Bauarbeiter, Landarbeiter, Bergarbeiter usw. vorläufig sehr groß ist. Hunderttausende polnischer Emigranten (in der Kohlenindustrie allein 60 000) arbeiten unter unerhört schwierigen Bedingungen in der Landwirtschaft und in den Gruben Frankreichs. 274 000 „Zuaven der Industrie“ — Eingeborene aus Nordafrika (Anfang 1924) — arbeiten für die Metropole. So hat die Regierung der dritten Republik nach dem Kriege eine neue „Fremdenlegion“ geschaffen — halbgeschenktes Maschinenfutter für die in Frankreich regierende großkapitalistische Clique. In der zweiten Hälfte des Jahres 1925 wurde im Zusammenhang mit der wachsenden Krise und der immer größer werdenden Arbeitslosigkeit die Frage der Emigration außerordentlich akut. Aber beschränkende Gesetze, die in allen Ländern in bezug auf die Emigration erlassen werden, nehmen — neben allen übrigen Umständen — den Arbeitslosen die letzte Hoffnung, jenseits des Ozeans ihr Glück zu finden. In Amerika sind mit absoluter Billigung von Seiten der Amerikanischen Arbeitsföderation in die Liste derer, denen die Einwanderung nach den Vereinigten Staaten verboten wird, Analphabeten, Angehörige der gelben Rasse, Anarchisten, Gegner der bestehenden Ordnung usw. aufgenommen worden. Für die Chinesen sind nur noch die Inseln im Stillen Ozean und Indonesien, wo furchtbare Arbeitsbedingungen herrschen, als einzig zugänglicher Arbeitsmarkt übriggeblieben. Die reformistischen Gewerkschaften haben nichts getan, um das Schicksal der einwandernden Arbeiter zu erleichtern. Die Amsterdamer Internationale, die die Idee des „wirtschaftlichen Locarno“ in der Dezember-sitzung ihres Exekutivkomitees und in der gemeinsamen Sitzung mit dem Exekutivkomitee der II. Internationale im August 1925 aufgegriffen hat, beschloß, Anfang 1926 eine Internationale Konferenz für die Erörterung der Fragen der Emigration und der mit ihnen verknüpften ökonomischen Probleme nach London einzuberufen.

Schlußfolgerungen

Welche Schlußfolgerungen können aus dem oben Gesagten gezogen werden?

Das erste, was festgestellt werden muß, ist, daß, trotz einzelner zeitweiliger Besserungen, im großen und ganzen das Lebensniveau der Arbeiterklasse in der Epoche der Teilstabilisierung unaufhaltsam sinkt.

Die zweite und wichtigste Schlußfolgerung ist die, daß in dieser Periode die Elemente der Spaltung innerhalb des Proletariats außerordentlich gewachsen sind. Die Spaltung zwischen den Arbeitenden und den Millionenarmeen der Arbeitslosen, die Spaltung zwischen qualifizierten und nichtqualifizierten Arbeitern, zwischen Männern und Frauen, zwischen Weißen

und Schwarzen — das ist der äußere Reflex der Stabilisierung in bezug auf die Arbeiterklasse.

Die technische Revolution, die augenblicklich in Amerika vor sich geht, droht neue und neue Millionen von Proletariern in den Abgrund des Elends und der Verzweiflung zu stürzen. Im Artikel „Der Ausweg“, vom 3. August 1925, vergleicht die ultrakonservative „Morning-Post“, indem sie von den Verschiebungen in der Kohlenindustrie spricht, diese Verschiebungen mit der industriellen Revolution in England am Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts und erklärt: „In solchen Fällen ist eine große Menge von allerhand Entbehrungen das unvermeidliche Resultat!“

„Aber“, fährt die Zeitung fort, „was die jetzige Lage vor ähnlichen Fällen in der Vergangenheit auszeichnet, ist der offene und bewußte Versuch der Führer der Trade Unions, diese Umstände für die Forcierung der Revolution auszunutzen.“

Diese offenerzigen Worte der konservativen Zeitung setzen das Wesen der Frage richtig auseinander: die veränderten sozialen Verhältnisse des Landes. Darum ist die Frage der Gewerkschaftseinheit jetzt von so ungeheurer Wichtigkeit. „Die Einheit der Gewerkschaften“ — erklärt Purcell — „bedeutet eine Macht — die Macht der Arbeiterklasse im Kampfe gegen das Kapital.“ Die Verwirklichung der Einheit bedeutet den ersten und vielleicht den schwierigsten Schritt auf dem Wege zur siegreichen proletarischen Revolution.

A n u n s e r e B e z i e h e r !

Wir liefern für die Hefte 1—6 und 7—12 Einbanddecken mit Titelblatt und ausführlichem Register und Inhaltsverzeichnis zum Preise von je 1 Mark exkl. Porto und Verpackung. — Gebundene Exemplare beider Halbjahresbände, Ganzleinen, je 10 Mark.

Wir verweisen auf das den Ostfragen gewidmete Sonderheft unserer Zeitschrift, das den Beziehern nur auf besonderen Wunsch, zum Preise von 1,50 Mark, zugestellt wird. Bestellungen durch alle Buchhandlungen, die Literaturstellen oder direkt durch den Verlag.

Soeben erscheint

DAS ERWACHENDE CHINA

EIN ABRISS DER GESCHICHTE
UND DER GEGENWÄRTIGEN
PROBLEME CHINAS

Von

KARL AUGUST WITTFOGEL

AUS DEM INHALT:

Eine kleine Schießerei — Wie schwer wiegt der Tod von 70 Rebellen? — Einige landläufige Irrtümer und Vorurteile über China — Die chinesische Mauer — Die Klassengeschichte des chinesischen Volkes — Das feudale Zeitalter — China, das klassische Kleinbauernland — Der neue Klassenstaat: die Beamten als Ausbeuter — Der Siegeszug der europäischen „Kultur“ — Ein fetter Bissen für die Kapitalisten Europas — Der „Boxer“-Krieg — Die Revolution beginnt — Auch die chinesische Revolution wurde organisiert — Das Programm Sun Yat-sens — Die Industrialisierung Chinas — China im permanenten Bürgerkrieg — Die reaktionären Kräfte und ihr Kopf — Die Lage der arbeitenden Klasse in China — Feinde, wahre und falsche Freunde des chinesischen Freiheitskampfes — Die „Freiheitskämpfer“ von der II. Internationale — Die III. Internationale und die I A H — Sowjetrußland — Literatur über China

174 Seiten in dreifarbigem Umschlag

Brosch. RM 2,20, Ganzleinen RM 3,30

Bezug durch jede Buchhandlung und die Literaturobleute

AGIS-VERLAG, WIEN VIII, ALBERTGASSE 21

Soeben erschien

UNTER DEM BANNER DES MARXISMUS

HEFT 3

I N H A L T

Deborin: Materialistische Dialektik und Naturwissenschaft — Timirjasew: Engels' „Naturdialektik“ und die moderne Physik — Thalheimer: Die Auflösung des Austromarxismus—Marr: Über die Entstehung der Sprache — Rudas: Graziadei, ein Ökonom und Kommunist von Gottes Gnaden — Levien: Bertrand Russels „ABC der Atome“ — Luppol: Die fällige Widerlegung des Marxismus

256 Seiten

Preis RM 3,—

Einbanddecken für die bisher erschienenen Hefte 1 bis 3 mit Titelblatt und Inhaltsverzeichnis, Ganzleinen, M. 1,50 exkl. Porto und Verpackung. Heft 1 bis 3 in einem Band, Ganzleinen, M. 20,—. Bestellungen durch alle Buchhandlungen oder direkt durch den Verlag

VERLAG FÜR LITERATUR UND POLITIK
Wien VIII / Berlin SW 48

Wir empfehlen

KARL BIRO

DIE UNGARISCHE ARBEITERBEWEGUNG

seit dem Sturz der Räterepublik 1919–1925

Die Broschüre erhält durch die letzten ungarischen Ereignisse eine besondere Bedeutung; einer Abhandlung über den spezifischen Aufbau der ungarischen Arbeiterbewegung und der Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung seit dem Jahre 1901 folgt eine Schilderung des blutigen Terrors, unter dem die gesamte Arbeiterbewegung in Ungarn leidet und an dem die ungarische Sozialdemokratie ihr gerüttelt Maß Mitschuld trägt

156 Seiten : Brosch. 1,— M : Geb. 2,— M.

VERLAG CARL HOYM NACHF.